

debatte # 1

Diskussionsbeiträge des Portals www.kommunisten.de der DKP - November 2009

Den Gegenangriff organisieren!

Das Positionspapier

**Braucht die DKP eine
neue strategische Orientierung?**

Willi Gerns

**Abwehrkämpfe führen,
Sozialismus propagieren!**

Björn Blach

**Offensivgeist ja - aber ohne
plakative Verkürzungen**

Klaus Mausner

und 29 weitere Beiträge



WAS IST HEUTE REVOLUTIONÄR?

Was ist heute revolutionär?

84 Genossinnen und Genossen der DKP haben in dem von ihnen verfassten Positionspapier "Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren!" eine Reihe von Thesen zu den Aufgaben einer revolutionären Partei veröffentlicht, die in einigen Punkten nicht der aktuellen Programmatik der DKP entsprechen.

Dieses Papier fand in der Partei Zustimmung, erntete aber auch zum Teil heftige Kritik. Der Parteivorstand wollte allen Genossinnen und Genossen eine fundierte Meinungsbildung und die aktive Teilnahme an der Diskussion ermöglichen. Er hat deshalb die Redaktion des DKP-Portals www.kommunisten.de damit beauftragt, diese Diskussion erstmals in der Parteigeschichte im Medium Internet zu organisieren.

Dies hat einige Nach- aber auch zahlreiche Vorteile. Natürlich verändert es die Art und Weise der politischen Diskussion, die bislang nicht ohne Grund vor allem in den bewährten Strukturen der Partei stattfand.

In der eigenen Grundorganisation finden solche Diskussionen direkt, unmittelbar, unzensuriert und in einem kollektivem Rahmen statt. Jedes Argument zählt und auch weniger formulierungsstarke Genossinnen und Genossen haben eine Chance auf Gehör.

Schriftliche Diskussionsformen, wie wir sie in der Vergangenheit auch in der Parteizeitung praktiziert haben, sorgen zwar meist (nicht immer) für durchdachtere und nachvollziehbarere Argumentationen. In der UZ jedoch wären sie immer beschränkt. Nur ein kleiner Teil der eingereichten Beiträge könnte – zumeist auch nur gekürzt – publiziert werden.

Redaktionelle Zwänge würden die Diskussion langwierig und wenig aufeinander bezogen werden lassen.

Im neuen Diskussionsforum unterliegen die Diskussionsteilnehmer diesen Beschränkungen nicht. Alle Beiträge können in voller Länge erscheinen, meist innerhalb weniger Stunden. Konkrete Bezugnahme aufeinander wird so erleichtert. Sogar die Reichweite ist – so zeigen die aktuellen Zugriffszahlen – mindestens mit jener der UZ zu vergleichen. Doch eine kommunistische Partei existiert nicht nur im virtuellen Raum, die Debatte im Internet kann und darf die politische Diskussion in den Parteigliederungen nicht ersetzen. Nach wie vor haben viele Genossinnen und Genossen keinen eigenen Zugang zum Internet.

Aus diesem Grund wird die Redaktion in unregelmäßigen Zeitabständen die Diskussionsbeiträge in der hier vorliegenden Form als Reader veröffentlichen. Aus Kostengründen wird der Druck nicht zentral organisiert, sondern eine PDF-Datei zur Verfügung gestellt, die dann vor Ort komplett oder auszugsweise ausgedruckt werden kann.

Wir schlagen den Parteigruppen vor, gezielt einzelne Beiträge im Rahmen von Gruppenabenden zu diskutieren und ggf. auch eigene Diskussionsbeiträge zu formulieren. Dabei geht es nicht darum, möglichst viele Unterschriften unter die eigene „Position“ zu sammeln.

Die Debatte, die wir führen, führen wir als Kommunisten, d.h. wir tauschen Argumente und Gegenargumente aus, um kollektiv neue Erkenntnisse zu gewinnen, unsere Positionen und unsere Partei weiter zu entwickeln. Deshalb zählen Argumente – nicht die Anzahl oder der Bekanntheitsgrad von Namen.

Die politische Diskussion ist das Lebenselixier einer revolutionären Partei. Sie ist nicht immer angenehm, nicht immer leicht, nicht immer auf höchstem Niveau. Aber immer wichtig. Und meistens spannend, wie der vorliegende Reader zeigt.

Michael Maercks, Christian Reschke, Redaktion www.kommunisten.de

Inhaltsverzeichnis

Referat auf der 8. Parteivorstandstagung (Heinz Stehr)	4
Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren!	9
Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit (Hans-Peter Brenner)	16
Zur derzeitigen innerparteilichen Auseinandersetzung (Leander Sukov)	20
Grundsätzliches Umdenken über den Kurs der Partei erforderlich (Wolfgang Herrmann)	21
Notwendiger Selbstverständigungsprozeß innerhalb der DKP (Herbert Münchow)	24
Wir brauchen einen langen Atem und revolutionäre Geduld! (Gerd-Rolf Rosenberger)	25
Anmerkungen zu einem „Ratschlag“ an die Partei, zur Vorbereitung ihres Parteitags gedacht! (Robert Steigerwald)	26
Antwort an Robert Steigerwald (Patrik Köbele)	28
Anstatt Eigensinn: Diskussion und Solidarität (Louis Berger)	29
Nicht überall wo Sozialismus drauf steht, ist auch Sozialismus drin! (Bernd Müller-Weathersby)	30
Das Ziel ist die Erarbeitung von Übereinstimmung (Jürgen Lloyd)	31
Braucht die DKP eine neue strategische Orientierung? (Willi Gerns)	36
Kein Widerspruch zum Programm und Statut der DKP (Herbert Münchow)	40
Den Gegenangriff organisieren- mit fehlerhafter Analyse und falschen Schlussfolgerungen? (Frank Dähler)	41
Den Gegenangriff organisieren. Aber wie werden die Betroffenen selbst aktiv? (Klaus Köhler/Walter Herbst)	43
Wem nützt eigentlich das 84er-Papier? (Volker Metzroth)	47

Meine Gedanken zum Diskussionsentwurf von Patrik Köbele und anderen (Carli Trauth)	49
Das Parteiprogramm ist viel zu lang (Ilja Richter).....	51
Eine Position, die wir als Kommunisten einnehmen sollten (Tunia Erler).....	52
Alles, was hier und heute erreichbar scheint, ist den Autoren verdächtig (Bernd Bücking).....	53
„Die besten Worte sind Taten“, ein Anspruch, den wir an uns selbst stellen (Mirko Knoche)	55
Nicht als Grundlage einer Debatte geeignet, höchstens als Indikator für deren Notwendigkeit (Thomas M.).....	56
Bietet sich die stark an die Orientierung der KKE erinnernde Begrifflichkeit „Gegenangriff“ für die politische Situation der BRD an? (Udo Paulus).....	57
Ein Lektürevorschlag (Kurt Wirth).....	59
Sag mir, wo du stehst (Rolf Priemer).....	60
Der übliche Sturm im Wasserglas (Matthias Kramer)	61
Offensivgeist ja – aber ohne linkes Überspitzen und plakative Verkürzungen! (Klaus Mausner).....	64
Den Gegenangriff organisieren! – Aber wie? (Werner Seppmann)	70
Abwehrkämpfe führen, Sozialismus propagieren! (Björn Blach)	75
Sozial is'mus(s) (Dieter Keller).....	79
Das Positionspapier tut gar nicht weh. Allerdings hilft es auch nicht weiter (Leander Sukov).....	83
Ich fürchte, das Papier tut doch weh (Jane Zahn)	85
Namensverzeichnis.....	86

Referat auf der 8. Parteivorstandstagung (Heinz Stehr)

Der folgende Auszug wurde dem Referat des Genossen Heinz Stehr auf der 8. Parteivorstandstagung entnommen. Das Referat kann in voller Länge auf www.kommunisten.de heruntergeladen werden.

Wir wollten nach 1990 eine DKP, zu der auch notwendige Meinungspluralismus, Diskussion, Streit und das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter der Mehrheit gehören.

Unterschiedliche Meinungen und Sichtweisen wurden zuletzt im Herangehen an die Wahlpolitik, zur Frage eines möglichen Aufzugs des Parteivorstandes zur Wahl der Partei „DIE LINKE“, zum wahlpolitisch zählbaren Platz der DKP bei überregionalen und zentralen Wahlen deutlich. Das ist zunächst nicht das Problem.

Nutzen Positionspapiere?

Zum Problem werden Meinungsunterschiede, wenn von Genossinnen und Genossen, die anderer Meinung sind als die Mehrheit des Parteivorstandes, die Position dieser Mehrheit nicht authentisch wiedergegeben wird - wohl auch um die eigene Sichtweise „plausibler“ zu begründen. Zum Problem und zur Belastung der innerparteilichen Demokratie werden Meinungsunterschiede auch, wenn - wie jetzt wieder - Positionspapiere, versehen mit Unterschriften von Genossinnen und Genossen, veröffentlicht werden, die unseren programmatischen Aussagen widersprechen. Ein solches, sich wiederholendes Vorgehen birgt die Gefahr der Fraktionierung der DKP.

Der Parteivorstand sollte auch wahrnehmen, dass nicht alle Unterzeichner allen Positionen des Papiers zustimmen. Die Motivation zur Erarbeitung, zur Veröffentlichung bzw. Unterzeichnung dieses Papiers sind unterschiedlich. Unter den Unterzeichnern sind Genossinnen und Genossen, die auf der Grundlage des Programms tätig sein wollen und andere, deren Ziel es war und bleibt, das Programm zu revidieren.

Das „Gegenangriff“-Papier

Lasst mich in der gebotenen Kürze etwas zum Beitrag „Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren!“ von 84 Genossinnen und Genossen, der Euch vorliegt, sagen. Das ist eine Positionierung vor dem Parteitag um eine Offensivpolitik durchzusetzen. Dabei werden die reale Situation und der tatsächlichen Bewusstseinsstand in der Arbeiterklasse nicht berücksichtigt – nicht einmal auch nur andeutungsweise. Wenn wir ihren Vorschlägen entsprechen würden, müssten wesentliche Aussagen in unserem 2006 beschlossenen Parteiprogramm zur Analyse des heutigen Kapitalismus bzw. Imperialismus grundlegend geändert werden. Sie behaupten, die Imperialismusanalyse im Programm sei falsch. Sie betonen aber auch in dem Euch vorliegenden Beitrag, die nationale Ebene wäre ausschließlich entscheidend. Die Aktionseinheits- und Bündnispolitik bleibt in ihrer Ausarbeitung fast völlig ausgeblendet. Die Orientierung auf gesellschaftliche Allianzen soll so ausgehebelt werden. Auf der Strecke würden – nicht nur deshalb - dann auch unsere Vorstellungen zu antimonopolistischen Übergängen auf dem Weg zum Sozialismus bleiben.

Kein Grund zur Aufgabe unserer Programmatik

Aus unserer Sicht sind aber alle notwendigen Positionen der DKP im Programm, in Beschlüssen der Parteitage und von Parteivorstandstagungen festgehalten. Es kommt darauf an, auf dieser Grundlage die nächsten Aufgaben zu bestimmen und danach zu handeln. Wenn es um Präzisierungen unserer Positionen geht, dann lasst uns das diskutieren, unsere Aussagen erweitern bzw. präzi-

sieren. Aber es gibt keinen Grund zur Aufgabe unserer lang und kollektiv diskutierten und beschlossenen Programmatik und keine Alternative dazu, Politik in der Differenziertheit von Herausforderungen, realen gesellschaftlichen Bedingungen, Eingriffsmöglichkeiten und notwendigen Argumentationen, kurz-, mittel- und langfristig zu entwickeln.

Aktuell geht es darum, vor allem Abwehrkämpfe zu führen, in diese Kämpfen Forderungen zu Alternativen und Perspektiven einzubringen. Eine Offensivpolitik entspricht in keiner Weise den realen Verhältnissen. Wir versuchen, ganz im Sinne der Klassiker zu handeln. 1874 schrieb Engels in seinem Aufsatz über das Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge, diese wegen ihrer unrealistischen Sofortforderungen kritisierend:

„Die deutschen Kommunisten sind Kommunisten, weil sie durch alle Zwischenstationen und Kompromisse, die nicht von ihnen, sondern von der geschichtlichen Entwicklung geschaffen werden, das Endziel klar hindurchsehen: die Abschaffung der Klassen, die Errichtung einer Gesellschaft, worin kein Privateigentum an der Erde und an den Produktionsmitteln mehr existiert...“ (MEW, Bd. 18, S. 533)

Das Profil der DKP ist gefährdet durch sektiererische Verengungen und dogmatischen Positionen. Heute ist auf der Grundlage unseres Programms eine politische Alternative zu entwickeln, die mehrheitsfähig wird in der Bevölkerung. Ihr Hauptinhalt müssen die Forderungen nach Frieden, sozialer Sicherheit, mehr Demokratie, Antifaschismus, Bildung, Kultur sein. Dazu darf man sich nicht durch Verengungen und Sektierertum von der Mehrheit der Menschen entfernen und isolieren.

Aber wir müssen uns darüber im Vorfeld des Parteitages verständigen. Es sind Mitglieder unserer Partei, die sich zu Wort gemeldet haben ...

Die Aufgaben der DKP

Was sind aus dieser Sicht Aufgaben, denen wir uns jetzt stellen müssen?

Aus der Tatsache, dass politische Positionen, die wir seit langem fordern, mittlerweile mehrheitsfähig sind, entsteht die Notwendigkeit, auf der Grundlage des Parteiprogramms, der Beschlüsse der PV-Tagungen, von erarbeiteten und beschlossenen Wahl-

programmen usw. nun politische Konzeptionen für die kommenden Jahre zu entwickeln.

In den Bewegungen und Bündnissen sollten taktische Fragen zur Durchsetzung dieser Positionen und Konzeptionen offen diskutiert werden. Sie können verbunden werden mit strategischen Zielen. Eine durchsetzungsfähige Bewegung muss auf allen Ebenen der Gesellschaft, im Betrieb, vor Ort, in der Region und auch zentral aktionsfähig sein. Eine Bewegung als „Kopfgeburt“, die nicht aus der Gesellschaft wächst, wird kaum Durchsetzungskraft gewinnen und längere Zeit existieren. Dabei muss die gewerkschaftspolitische Orientierung im Sinne von klassenorientierter Politik der inhaltliche Fixpunkt sein, und es muss gleichzeitig immer wieder darum gehen, Gewerkschaften, Belegschaften in die Auseinandersetzung einzubeziehen.

Die DKP hat gerade in diesem Jahr der Wahlkämpfe viele aktuell notwendige Forderungen entwickelt. Das gilt für Forderungen wie die zur EU-Wahl, für die Eckpunkte zur Bundestagswahl und für die Erklärungen des Sekretariats zu den Krisenauswirkungen. Erinnerung sei an jene unverzichtbaren Teile des Programms der DKP, in denen aktuelle, kurzfristige Forderungen entwickelt wurden. Aus meiner Sicht verfügen wir damit über eine kluge inhaltliche Grundlage zur Mitarbeit in Bündnissen, Bewegungen und in zu schaffenden gesellschaftlichen Allianzen. Vor allem mit dem Parteiprogramm verfügen wir über ein interessantes und kreatives marxistisches Konzept für Alternativen zur herrschenden Politik und für Perspektiven bis hin zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Das spiegelt sich auch in Begründungen für Beitritte zur DKP wider.

Wenn wir ein stärkeres Profil der DKP in den Bewegungen und Aktionen erreichen wollen, müssen wir offensiver als bisher auftreten, aber auch verengende, destruktive Debatten in der DKP-Mitgliedschaft überwinden. Destruktive Debatten z. B. zur Wahlpolitik sollten wir überwinden, ohne auf notwendige weitere Diskussionen zum Thema zu verzichten ...

Wo stehen wir?

zur Vorbereitung und Durchführung des 19. Parteitages gehört auch die Antwort auf

die Frage, wo stehen wir, was können wir leisten und wo sind Perspektiven für die Entwicklung der DKP und der UZ zu erkennen. 2006 haben wir eine Mitgliedsbuch-Neuausgabe durchgeführt. Während der darauffolgenden Parteivorstandstagung haben wir im Detail über den Stand der Entwicklung der DKP informiert. Er hat sich aus unserer Sicht nicht wesentlich verändert. Wir verfügen aus den meisten Bezirken und Bundesländern über keine belastbaren Organisationszahlen. Die Parteivorstandsmitglieder hatten die Aufgabe, bis zu dieser Parteivorstandstagung Fragebögen aus ihrer eigenen Grundorganisation und einer weiteren Gruppe mitzubringen, damit wir eine erste Bilanz ziehen können über die Entwicklung in den Parteigruppen. Das Ergebnis, das uns heute vorliegt, ist mehr als dürftig.

Hier werden auch unsere Probleme deutlich: Zur realistischen Einschätzung des Standes der DKP brauchen wir die dafür notwendigen Kenntnisse über organisationalpolitische Grundlagen. Die Berichte zur Entwicklung müssen aus jeder Gruppe, aus jeder Kreisorganisation und aus jedem Bezirk an den Parteivorstand übermittelt werden.

Einige Anregungen zur Diskussion zur Frage, wo stehen wir als DKP.

Wenn man die Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nimmt, dann kann man nicht zu einem anderen Schluss kommen, als dass die DKP für den größten Teil der Bevölkerung kaum wahrnehmbar ist. Wenn wir in den Medien dargestellt werden, dann dient dies im Wesentlichen der Negativdarstellung der DKP, wie wir es z. B. im Umgang mit unserer Genossin Christel Wegner erlebt haben. Aber da haben wir allerdings auch lernen müssen, dass man besser auftreten kann.

Nach wie vor wird die DKP diffamiert und antikommunistisch diskriminiert. Nach wie vor haben manche Mitglieder Ängste, sich öffentlich in einer aktiven Form zur Mitgliedschaft in der DKP zu bekennen. Und sie haben berechnete Ängste, dass die aktive Mitgliedschaft für ihre berufliche Weiterentwicklung ein großes Problem ist.

Beschränkte Möglichkeiten

Mit der vorhandenen Mitgliedschaft und unseren finanziellen und organisationspolitischen Möglichkeiten erreichen wir nur einen kleinen Teil der auch an uns interessierten Öffentlichkeit, so z. B. auch über neue Medien. Es wird eine zentrale Aufgabe bleiben, ausgehend von der realistischen Einschätzung des Standes der DKP nächste Aufgaben so zu formulieren, dass wir uns nicht selbst überfordern oder realitätsfremde Aufgaben stellen, die nicht umsetzbar sind.

In Bewegungen, bei zentralen Aktionen wird die DKP allerdings schon jetzt anders wahrgenommen. Im Jahr 2009 haben wir uns bemüht, so während der Aktionen in Kehl und Straßburg, bei der LLL-Aktion in Berlin, bei der Berliner DGB-Demonstration, bei den Demonstrationen und Aktionen in Stuttgart, Frankfurt/Main, Dortmund, bei vielen Antifa-Bewegungen als DKP wahrnehmbar mit politischem Profil, ausgedrückt in Losungen, in Transparenten und Fahnen, erkennbar zu sein. Zu wenig gelang uns dies in der Anti-AKW-Demonstration in Berlin, besser war es bei der Berliner Demonstration gegen Demokratieabbau am 12. September.

Ein gelungenes Beispiel für die Profilierung der DKP in der interessierten linken Öffentlichkeit war das Fest der Solidarität 2009. Es ist von allen Aktivitäten der DKP, jene, die am meisten ausstrahlt. Das UZ-Pressifest ist inzwischen ein Markenzeichen der DKP.

Wir waren bei den EU-Parlamentswahlen mit Kandidaturen vertreten. Bei den Kommunalwahlen haben Gliederungen der DKP, auch Genossinnen und Genossen, die besonders profiliert sind, viel dazu beigetragen, vor Ort, auch in den Zeitungen, wahrgenommen zu werden. Auch darf, wie z. B. in Essen, Dortmund Düsseldorf, wo wir knapp den Wiedereinzug in die Parlamente verfehlten, nicht hoch genug eingeschätzt werden, dass die Mitglieder einen politischen, ideenreichen Wahlkampf geführt und den Einfluss der DKP erhöht haben.

Die Mitgliederentwicklung

Dennoch, in der Bilanz heute geht kein Weg dran vorbei, dass die Analysen nach der Mitgliedsbuch-Neuausgabe auch dem heuti-

gen Stand der Organisation entsprechen. Die Mitgliedsbuch-Neuausgabe wurde mit 4380 Mitgliedern abgeschlossen, davon – so stellen wir fest – sind 1300 Mitglieder politik- und aktionsfähig. Die DKP verfügt über ca. 80 Kreisorganisationen und 290 Gruppen. Bedingt sind diese Gliederungen politikfähig im Sinne der Umsetzung von Politik und der Entwicklung von Politik der DKP. Die DKP hat 10 Betriebsgruppen. An einigen Konzernbetrieben arbeiten Genossinnen und Genossen an der Gründung oder Weiterentwicklung von Betriebsaktiven. Bis einschließlich Juni haben wir 79,8 Prozent der Mitglieder kassiert.

Die Mitgliedschaft in der Partei ist trotz der Gewinnung junger Mitglieder überaltert. Die Mitgliederentwicklung scheint in etwa so zu sein, dass wir in der absoluten Bilanz ca. 10 Prozent verloren haben, darunter sind auch einige Austritte und Übertritte zur Partei „DIE LINKE“. Gleichzeitig sind Mitglieder der Partei „DIE LINKE“ Mitglied der DKP geworden, wie wir es positiv in Schleswig-Holstein erleben.

Die Perspektiven der UZ

Die UZ-Entwicklung ist anhaltend problematisch. Wir haben auf den letzten beiden PV-Tagungen gründlich darüber diskutiert. 1800 Mitglieder hatten nach der Mitgliedsbuch-Neuausgabe die UZ abonniert. Es gibt heute noch ca. 5500 Abonnenten. Die Finanzierung der UZ ist nicht gewährleistet. So konnten die Gehälter für die Redakteure im Monat September zunächst nur abschlägig gezahlt werden. Wir haben eine anhaltende Debatte über die Perspektive der UZ. Der Beschluss des Parteitages zur Tätigkeit der Zukunftswerkstatt konnte so wie geplant nicht umgesetzt werden. Es gibt heftige Kontroversen, leider auch Kontroversen in der Redaktion, die die Arbeit zusätzlich erschweren.

Die Situation könnte mancher Genossin und manchem Genossen als hoffnungslos erscheinen, könnte eine Haltung fördern, die eher auf Einigeln oder Überwintern hinausläuft. Es könnte auch dazu führen, eine politische Umorientierung zu fordern, die vermeintlich dann alle Probleme lösen würde. All das ist aus meiner Sicht kein Ausweg. Was wir brauchen, ist eine offene, eine soli-

darische, eine konstruktive Debatte mit dem Ziel Auswege zu suchen, Möglichkeiten zu finden, die Stärkung der UZ und der DKP schrittweise durchzusetzen.

Positive Faktoren

Die genannten Fakten zur Entwicklung der DKP sind schonungslos hart und treffen unsere politische und organisatorische Substanz. Wir könnten zu Recht hinzufügen, dass es uns bis heute gelingt, die DKP und die UZ als Wochenzeitung zu erhalten, dass wir in wichtigen außerparlamentarischen Bewegungen Einfluss haben, dass wir Genossinnen und Genossen in unseren Reihen haben, die in Betrieben, Verwaltungen und in gesellschaftlichen Funktionen – dazu gehören auch Kommunalparlamente – großes Vertrauen genießen. Wir dürfen auch nicht gering schätzen, dass die DKP Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Mitglieder hat, die ein hohes Ansehen genießen.

DKP-Publikationen, wissenschaftliche Analysen und Einschätzungen von Genossinnen und Genossen werden geschätzt und auch genutzt für die politische Debatte und zur Formulierung von Positionen in Bewegungen. Wir geben Anstöße, nicht zuletzt mit dem Parteiprogramm, für lebhaftere Diskussionen. Wenn heute über Eigentumsfragen diskutiert wird, ist es auch unser Verdienst.

Dennoch, wir sollten die Suche nach Lösungen, vor allem in die Richtung entwickeln, wie wir politikfähiger werden können, neue Möglichkeiten zur Ansprache von Interessierten schaffen, um dann auch Abonnentinnen und Abonnenten bzw. Mitglieder zu gewinnen. Die Stärkung ist vor allem eine Frage nach der Politikfähigkeit der Partei, der Attraktivität unserer Politik und der organisationspolitischen Umsetzung. Das politische Angebot der DKP muss sowohl in Form der Zeitung als auch in Form von Argumenten, Vorschlägen in Bündnissen und Bewegungen präsent sein.

Bei der Arbeit an diesen Problemen sollten wir nicht unterschätzen, welche große und außerordentliche Leistung es ist, dass die DKP heute existiert, trotz der Tatsache, dass in den letzten 20 Jahren verschärfte antikommunistische Kampagnen, Medienboykotts, trotz der Erfahrung, dass nach den Grünen jetzt die Partei „DIE LINKE“ als linker

Staubsauger wirkt, trotz der realen Situation, dass es auch in jenem Teil der Bevölkerung, der für uns ansprechbar ist, ein ungebrochenes Verhältnis zum Parlamentarismus gibt. All das sollten wir als Verhältnisse und Bedingungen wahrnehmen, die in einem Prozess von Kämpfen und Erfahrungen zu verändern sind.

Voraussetzung dafür ist: Mehr Wissen, mehr Klassenstandpunkte, mehr Bewusstsein zu entwickeln, um die Grundlagen zu einem anderen Handeln auch im Klassenkampf zu entwickeln. Es geht um mehr Engagement, auch um die gesellschaftspolitische Zielstellung mit in das Handeln einzubeziehen.

Unser Ziel ist die Durchsetzung des Sozialismus. Wir wollen die Emanzipation aller in der Gesellschaft erreichen, das Ziel ist

„...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verächtliches Wesen ist“. (Marx. Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEAW, Bd. 1, S. 18).

Das DKP-Profil muss entwickelt werden. Dazu gehört, dass wir Identitätsmerkmale, wie unsere Grundstandpunkte, dass die Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt ist zur Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen, dass die Macht- und Eigentumsverhältnisse radikal verändert werden müssen, dass wir dafür eine revolutionäre Strategie und Taktik benötigen - auch zur Durchsetzung des Sozialismus - und die Politik und Praxis der DKP auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus entwickeln.

Diese Identitätsmerkmale der DKP sind keine Monstranzen, die wir vor uns hertragen. Sie müssen in der jeweiligen konkreten Situation und die dann herrschenden Bedingungen in politische Aktivitäten umgesetzt werden. Dies drückt sich heute in aktuellen Forderungen und in deren Verbindung zu Perspektiven und Alternativen aus.

Mit dieser Feststellung sind wir erneut beim Parteiprogramm. Die Entwicklung von Politikfähigkeit aller DKP-Mitglieder hängt davon ab, inwieweit sie das Programm verstanden und verinnerlicht haben und es in konkrete Politik vor Ort und im Betrieb umsetzen können.

Aufgaben bis zum Parteitag

Es wäre folgerichtig, wenn wir uns ausgehend vom Parteiprogramm für den 19. Parteitag vornehmen sollten ein Dokument zu erarbeiten, zu diskutieren, zu verändern und zu beschließen, das sowohl die politisch-ideologischen Herausforderungen als auch die sich daraus ergebenden organisationspolitischen Aufgaben festlegt. Gleichzeitig muss der 19. Parteitag nach der UZ-Diskussion einen Beschluss zur Zukunft der UZ fassen, in dem wir uns festlegen, wie wir die UZ als Wochenzeitung sichern wollen. Und der 19. Parteitag muss dazu beitragen, dass der notwendige Meinungspluralismus nicht zu einem abzulehnenden ideologischen (und politisch-organisatorischen) Pluralismus verkommt. Wir stehen vor großen Herausforderungen in der nächsten Zeit. Gemeinsam können wir auch für schwierige Probleme Lösungen finden.

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP



UZ

Che würde
UZ lesen!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo.
(bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____ Geburtsjahr _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren!

Alles deutet daraufhin, dass nach der Bundestagswahl die Angriffe auf die sozialen, politischen und demokratischen Rechte massiv zugespitzt werden.

Die Arbeiterklasse befindet sich in der Defensive, das Kräfteverhältnis ist schlecht.

Die Aufgabe der Kommunisten ist es, erst recht in Zeiten der massiven Krise des Kapitalismus, Klassenbewusstsein zu verbreiten und zur Formierung der Klasse von einer Klasse „an sich“ zu einer Klasse „für sich“ beizutragen.

Revolutionäre Politik in nichtrevolutionären Zeiten heißt vor allem, jedes fortschrittliche Interesse aufzugreifen und gemeinsam mit den Betroffenen Widerstand für die Durchsetzung dieser Interessen zu entwickeln. Das gilt auch für Abwehrkämpfe. Dabei gilt es zu verdeutlichen, dass es sich bei den Angriffen auf unsere Rechte nicht um einzelne Aktionen handelt, sondern dass sie Ergebnisse des Grundwiderspruchs unserer Gesellschaft, des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit sind. So kann in diesen Kämpfen Klassenbewusstsein entstehen.

Das erfordert von den Kommunistinnen und Kommunisten die Entwicklung einer Interessenvertretungspolitik, vor allem in Betrieb und Kommune.

Das erfordert von den Kommunistinnen und Kommunisten, Illusionen in den Kapitalismus nicht zuzulassen.

Das erfordert von den Kommunistinnen und Kommunisten, deutlich zu machen, dass eine sozialistische Gesellschaft notwendig ist, um die dringenden Probleme der Menschheit zu lösen und die Arbeiterklasse diese historische Mission zu erfüllen hat. Ansonsten droht der Menschheit die Barbarei.

Wir meinen, dass die Diskussion und das Handeln dazu die Vorbereitung des 19. Parteitags der DKP prägen muss. Deswegen stel-

len wir dieses Papier zur Diskussion. Wir halten es für richtig, wenn dieses Papier diskutiert und weiterentwickelt wird. Wir halten es für richtig, wenn im Ergebnis dieser Diskussion auf dem Parteitag ein Krisenaktionsprogramm der DKP beschlossen wird. Dieses Papier ist dazu ein erster Entwurf.

1. Die Ursache der Krise ist der Kapitalismus

Angeblich ausgelöst habe die „Katastrophe“ die Finanzkrise in den USA, zurückzuführen vor allem auf die unersättliche Gier der Manager – so die vorherrschende Meinung in der Öffentlichkeit, auch bei den Gewerkschaften. Von „Raubtierkapitalismus“ oder „Casinokapitalismus“ ist die Rede, so, als ob alles nur Auswüchse eines an sich guten Systems wären.

Demgegenüber sagen wir Kommunisten:

Es ist die Krise des Kapitalismus, die in seinem Wesen begründet liegt – der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung kommt in der Krise zum Ausdruck. Die größte Krise seit 1929 erschüttert die ganze Welt. Den Abwehrkampf gegen die Folgen der Krise aber können wir nur hier im eigenen Land führen: jede Arbeiterklasse muss zuerst mit der eigenen Bourgeoisie fertig werden -und dabei internationalistische Solidarität entwickeln.

Der Drang des Kapitals nach Maximalprofit und der Druck der Konkurrenz führen im Kapitalismus zu zyklischen Krisen, in denen sich die ungleichmäßige Entwicklung der Wirtschaftssektoren gewaltsam wieder ausgleicht.

Gemessen an der kaufkräftigen Nachfrage wird zu viel produziert, die Krise ist also eine Überproduktionskrise. Obwohl ein Teil der Menschen im Reichtum fast erstickt, hungern Millionen. Im Kapitalismus wird nicht pro-

duziert, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um möglichst viel Profit aus den Arbeitenden zu pressen.

Durch die negative Lohnentwicklung, den Sozialabbau und Geschenke der verschiedenen Regierenden konnte sich das deutsche Kapital in den letzten Jahren zum Exportweltmeister aufschwingen, was die Entwicklung verschärfte. Wenn jetzt die Exportmärkte einbrechen, sind die Überkapazitäten entsprechend groß.

Krise heißt Vernichtung der überschüssigen Waren, Stilllegung von Produktionsanlagen und Massenerwerbslosigkeit.

Finanzkrise

Weil die Profitrate (Verhältnis von erzieltm Gewinn zu eingesetztem Kapital) in der Industrie nur wenig gesteigert werden kann und sie in der Tendenz sogar fällt, fließt ein großer Teil der Gewinne der Kapitalisten nicht in den Produktionskreislauf zurück. Sie dienen zum Aufkauf anderer Unternehmen in Form von Kapitalexport oder sollen zu Extraprofiten im Kreislauf der Geld- und Finanzsphäre führen. Bereits in den letzten Krisen hatte sich das deutsche Finanzkapital – entstanden aus der Verflechtung von Großindustrie- und Bankkapital – den freien Zugang zu den internationalen Finanzmärkten stärker geöffnet. Die Finanzkrise ist die Folge der laufenden Überakkumulation im Kapitalismus.

Krise heißt Vernichtung des überschüssigen Kapitals.

Finanzkrise verstärkt Überproduktionskrise

So ergreift die Krise alle Bereiche: Börse und Banken, Industrie und Handel. Große Monopole wanken und kämpfen gegeneinander ums Überleben.

Durch die Niederlage des Sozialismus und die Öffnung Chinas taten sich dem Kapital riesige neue, unerschlossene Märkte auf. Diese Phase neigt sich dem Ende zu. Die Welt ist wieder aufgeteilt unter den Imperialisten – jetzt können sie sich nur noch gegenseitig Einflussphären abjagen: mit ökonomischem und politischem Druck mischen die wieder

erstarkten deutschen Imperialisten mit, zunehmend gewaltsam.

Die Weltwirtschaftskrise verschärft die Konkurrenz unter den Monopolen und imperialistischen Staaten.

Allgemeine Krise des Kapitalismus

Der Imperialismus ist gekennzeichnet durch den Zwang des Monopolkapitals, seine Profite auf Kosten anderer Monopole sowie der nichtmonopolistischer Unternehmen und durch die erhöhte Ausbeutung der Werktätigen zu steigern. Dazu geht es immer größere Risiken ein. Gleichzeitig verschärfen sich die Probleme der Überakkumulation, der chronischen Unterauslastung der Betriebe und der chronische Massenerwerbslosigkeit. Der Ausweg der Monopolbourgeoisie ist eine immer stärkere Unterordnung des Staatsapparats für ihre Ziele (der bis hin zum Faschismus führen kann), eine gesteigerte

Seite 2 von 9 Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Das hat die Verelendung von ganzen Ländern und Kontinenten und die rücksichtslose Ausplünderung der materiellen Ressourcen der Erde zur Folge, was als Armut- und Hungerkrise sowie als Energie- und Umweltkrise in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Kapitalismus braucht Krieg und Militarisierung nach innen.

2. Die Krisenbewältigungsstrategie des deutschen Imperialismus

In dieser Situation kann nur der Staat als ideeller Gesamtkapitalist das Überleben der betroffenen Banken und Konzerne retten. Da sich in der Krise die Interessengegensätze zwischen den Monopolen verschärfen, treten Widersprüche zwischen ihnen deutlicher zu Tage. Die Theorie der Herrschaft eines transnationalen Kapitals, eines kollektiven Imperialismus, hat sich in der Krise als grundfalsch erwiesen.

Die Monopole wollen die Krise bewältigen mit Hilfe ihrer Heimatbasis, den Nationalstaaten, die sie sich weitgehend untergeordnet haben. Diese haben die Aufgabe, die Profite des Finanzkapitals wieder zu stabilisieren, die Konzerne bei der Eroberung neuer

Märkte zu unterstützen und die Krisenlasten auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Die Verantwortlichen für die Krise werden von der Regierung an führender Stelle herangezogen: die Brandstifter dürfen sich beim Bankenrettungspaket als Feuerwehr betätigen. Das bürgerliche Parlament entrechtet sich selbst, es gibt sein ureigenstes Recht, die Budgetkontrolle, an das Finanzkapital ab. Da die Banken eng miteinander verflochten sind, darf keine untergehen, alle werden als „systemrelevant“ hingestellt relevant sind sie jedoch nur für die Sicherung der Profite der Bourgeoisie und zur Rettung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Die Rettungsmaßnahmen für die Banken führen zu noch mehr Staatsverschuldung und so zu einer weiteren gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Die nächste Krise wird bereits vorbereitet.

Verstärkte Zentralisation des Kapitals

Die Krise führt zu Pleiten, Übernahmen und Fusionen in großem Stil. Die Monopole nutzen ihre Schalthebel in der Staatsmaschine besonders in der Krise, um ihre Position im Konkurrenzkampf zu verbessern.

Der Staat treibt die Monopolisierung voran, um die Kapitalvernichtung möglichst auf Unternehmen und Banken anderer Staaten umzuleiten.

Konjunkturprogramme

„Konjunkturpakete“ heißen die Staatsverschuldungsprogramme zur Sanierung des deutschen Finanzkapitals. Sie enthalten drei Komponenten:

1. Öffentliche Investitionen, die eher kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen.
2. Nur geringe Maßnahmen für den privaten Konsum und für Qualifizierungsmaßnahmen.
3. Bürgschaften für Großunternehmen und die IT-Breitbandoffensive.

Die Abwrackprämie treibt kurzzeitig die Profite der anachronistischen Automobilindustrie in die Höhe. Mit der Kurzarbeit wird

den meisten Unternehmen ein ordentlicher Lohnzuschuss gezahlt, was ihre Profite steigert. Die Milliarden, die den Banken in den Rachen geschmissen werden, müssen bei anderen Banken geliehen werden, und die Zinsen sorgen dort ebenso für steigende Profite.

Die größten Konjunkturprogramme für das Finanzkapital jedoch waren schon immer Rüstung und Krieg. Selbst die „keynesianischen“ Konjunkturprogramme der Bundesregierung der 70er Jahre gingen einher mit riesigen Aufträgen für die Rüstungsindustrie. Die letzten beiden großen Weltwirtschaftskrisen endeten jeweils im Weltkrieg. Auch heute steigt die Kriegsgefahr.

Der größte Anteil an den Konjunkturpaketen ist fürs Monopolkapital bestimmt.

In der Krise werden die Karten neu gemischt. Am Ende wird es eine neue Machtverteilung unter den Imperialisten geben.

Der deutsche Imperialismus will seine Stellung ausbauen.

Dazu will die Bourgeoisie die Krisenfolgen auf uns abwälzen: verstärkte Ausbeutung und Verelendung drohen.

Durch Massenerwerbslosigkeit und Kurzarbeit: Hunderttausende Leiharbeiter und prekär Beschäftigte stehen bereits auf der Straße. Doch spätestens nach der Bundestagswahl werden die Stammebelegschaften der Konzerne, aber auch von Klein- und Mittelbetrieben erfasst werden. Schon die offiziellen Schätzungen gehen von einem Ansteigen der Erwerbslosen auf über 5 Millionen Beschäftigte aus. Ein hoher Grad an Verarmung und Verelendung, wie er jetzt schon in Teilen Ostdeutschlands vorherrscht, wird große Teile der Bevölkerung erfassen.

Durch Lohnabbau: Die Konzerne fordern Einsparungen an Personalkosten in Milliardenhöhe. Die kampfstärksten Teile der deutschen Arbeiterklasse in der Autoindustrie haben bereits Zugeständnisse gemacht. Die Tarifrunden konnten die Preissteigerungen der letzten Jahre nicht ausgleichen.

Durch Sozialabbau: Der Druck auf die Empfänger von Hartz IV nimmt zu. Direkte Rentenkürzungen sollen zwar – vor der Wahl – ausgeschlossen werden, aber auch dauern-

de Nullrunden bedeuten nichts anderes. Die Beiträge der Gesetzlichen Krankenversicherung werden bei abnehmender Leistung steigen. Es droht eine neue Agenda 2010. Städte und Gemeinden werden durch die Krise noch stärker als bisher in die Schuldenfalle getrieben. Sie werden bald mit massiven Leistungseinschränkungen und Preiserhöhungen bei den kommunalen Diensten reagieren. Gesetzlich abgesichert wird der Sozialabbau durch den Beschluss einer sog. „Schuldenbremse“: Bund und Länder werden schrittweise bis zum Jahr 2016 verpflichtet, die jährliche Neuverschuldung drastisch zu reduzieren. Da ist nichts mehr drin für Soziales.

Durch Erhöhung der Massensteuern: die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird vor allem die Ärmsten treffen.

Die Jugend wird von allen Maßnahmen am meisten betroffen sein: bei der Erwerbslosigkeit ist sie überproportional betroffen, die Zahl der Ausbildungsplätze wird reduziert, das Recht auf Bildung steht nur noch auf dem Papier.

Erst nach der Bundestagswahl wird die Arbeiterklasse mit diesen Maßnahmen offen konfrontiert werden – die DKP muss dazu beitragen, den Abwehrkampf zu organisieren. Die politischen Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die Krise sind:

Krieg nach außen...

Um sich im weltweiten Konkurrenzkampf zu behaupten, setzt das Monopolkapital auf Kriegseinsätze in aller Welt. Es geht um den Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten, der auch mit Gewalt gesichert wird. In Afghanistan richtet sich die Bundeswehr auf lang andauernden Krieg und Besetzung ein – eine neue Stufe der Militarisierung. Als ideologische Begleitmusik fördert die Bundesregierung die Tradition des deutschen Militarismus durch öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr, Ordensverleihungen und Heldendenkmäler.

Die Jugend wird zunehmend wieder als Kanonenfutter verheizt, wobei insbesondere Jugendliche aus dem Osten ihrer perspektivlosen Lage dadurch zu entrinnen suchen.

... und Repression nach innen

Gleichzeitig wird eine „Heimatschutztruppe“ aus Reservisten als zweiter Gewaltapparat neben der Bundeswehr gebildet und der Einsatz der Armee im Innern vorbereitet. Das Technische Hilfswerk wird als Streikbrecherorganisation ausgebaut und die zivilmilitärische Zusammenarbeit verstärkt. Dadurch werden zivile Organisationen wie das Rote Kreuz, die Feuerwehr, die DLRG und Krankenhäuser für militärische Aufgaben instrumentalisiert. Der Polizei- und Überwachungsapparat und die Geheimdienste werden seit Jahren ungebremst ausgebaut, Hartz IV-Empfänger ausspioniert. Unsere Rechte dagegen – wie das Versammlungs- und Demonstrationsrecht – werden verstümmelt und das Streikrecht angegriffen.

Der Staat begegnet der „Vertrauenskrise“ gegenüber dem Kapitalismus vorsorgend mit Unterdrückungsinstrumenten, die weit über die Notstandsgesetze hinausgehen.

Ideologische Offensive durch Nationalismus und Antikommunismus, Rassismus und Neofaschismus.

Um die Akzeptanz für die staatliche Repression zu verbreitern, die Arbeiterklasse zu spalten, den Widerstand gegen die Krisenverursacher zu schwächen und linke Organisationen zu isolieren, verstärkt die Bourgeoisie den ideologischen Angriff.

Der Nationalismus wird nicht mehr durch dumpfen Chauvinismus, sondern vor allem durch die Standortideologie in die Bevölkerung getragen. Um den Sozialismus als eine andere Gesellschaftsordnung, die weder Krise noch Krieg gegen unterdrückte Völker kannte, zu diskreditieren, wird gegen die VR China und vor allem gegen die DDR gehetzt. Der Rassismus soll die Solidarität in den Betrieben unterhöheln und damit die Kampfbereitschaft schwächen. Insbesondere in der Form des Antiislamismus sollen Kriege gegen „rückständige Völker“ und „Schurkenstaaten“ gerechtfertigt werden. Neofaschistische Organisationen werden nicht nur geduldet, sondern aktiv vom Staat unterstützt: durch Wahlkampfkostenerstattung aus der Staatskasse finanziert, mit Hilfe der Polizei

vor den Antifaschisten bei öffentlichen Aufmärschen geschützt und durch Abschmettern des NPD-Verbots in ihrer Existenz bestätigt. Auch hier ist die Jugend von allen Teilen der Bevölkerung besonders gefährdet, auf die pseudo-antikapitalistische Demagogie der Faschisten hereinzufallen und als Hilfstruppe der Bourgeoisie missbraucht zu werden.

Die Folge ist ein beängstigendes Ansteigen des rechten Potentials, der rechten Gewalt und der neofaschistischen Gefahr.

3. Was macht den Bossen Dampf? Klassenkampf!

Der Multimilliardär Warren E. Buffet erklärte offen: „Es herrscht Klassenkrieg (...) und es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“ Angesichts dieser Offenheit, ist es notwendig, dass auch wir erklären: Es herrscht Klassenkampf, ein Klassenkampf der Reichen. Und es gibt auf diesen Klassenkampf von oben nur eine wirksame Antwort: Den Klassenkampf von unten.

Entscheidend wird sein, inwieweit es gelingt, die Kämpfe gegen die Offensive des Kapitals auszuweiten, zu intensivieren und ihnen eine Kontinuität zu verleihen. Die DKP sieht sich als Teil dieses Widerstandes und Mitglieder der DKP unterstützen diese Kämpfe in ihren Stadtteilen und Betrieben. Es ist von strategischer Bedeutung, dass die Arbeiterklasse ihr Selbstbewusstsein in diesen Klassenkämpfen wiedererlangt.

Der Klassenkampf, der täglich vor unseren Augen stattfindet, hat viele Fronten – die sensibelste Stelle sind die Betriebe. In ihnen haben die Belegschaften die besten Ausgangsbedingungen, um die Kapitalisten an ihrer schwächsten Stelle zu treffen: Ihrem Profit. Mit Streiks, Betriebsbesetzungen bis hin zum Festsetzen von Managern und Geschäftsführern haben französische Kollegen gezeigt, wie die Antwort der französischen Arbeiterklasse auf die Krise lautet. Dies sind die klaren Antworten, die die Kapitalisten auch hier in der BRD brauchen und die einzigen, die sie verstehen.

Um diesen notwendigen Klassenkampf in den Betrieben aufzunehmen, braucht die Arbeiterklasse eine kämpferische Gewerk-

schaft. Sozialpartnerschaftliche Illusionen und Lohnverzicht zur vermeintlichen „Standortsicherung“ schwächen die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterbewegung. Die Mitglieder der DKP kämpfen deshalb zusammen mit anderen Kollegen – gleich welcher Weltanschauung, Herkunft oder Parteizugehörigkeit – in den DGB-Gewerkschaften für einen Konfrontationskurs mit den Kapitalisten.

Statt Abwälzung der Krise auf die Arbeiterklasse durch Lohnkürzungen, Entlassungen, Sozial- und Bildungsabbau setzen wir Kommunisten den Schwerpunkt auf den Kampf für:

- Gesetzliche radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse müssen abgeschafft werden. Kampf um jeden Arbeitsplatz.
- Weg mit der Rente mit 67. Absenken des Renteneintrittalters auf 60 Jahre.
- Betriebliche Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf.
- Einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro. Billig-Jobs müssen abgeschafft werden. Keine Absenkung der Löhne wegen der Krise.
- Weg mit Hartz IV, das Erwerbslose zugrunde richtet und als Drohkulisse gegen die Belegschaften eingesetzt wird. Keine zeitliche Begrenzung beim Bezug von Arbeitslosengeld.
- Stopp der Privatisierung
- Keinen Cent den Banken und Konzernen. Wir brauchen ein Sofortinvestitionsprogramm u. a. für kostenlose Bildung und Kinderbetreuung; Gesundheit für alle und nicht bloß für Reiche; Schluss mit Altersarmut und Pflege-notstand; Förderung des öffentlichen Wohnungsbaus zur Absenkung der Mieten; Preissenkungen im Öffentlichen Personen- und Nahverkehr.
- Geld ist genug da: Die Reichen sollen zahlen! Millionärssteuer statt Mehrwertsteuer!
- Runter mit den Rüstungsausgaben!

Dieses Sofortprogramm wird äußerst schwer durchzusetzen sein. Die DKP ist sich darüber im klaren, dass solche Abwehrkämpfe weder im altbekannten Tarifpoker zwischen Gewerkschaftsführungen und Arbeitgeberverbänden noch in einem Betrieb allein erfolgreich geführt werden können. Der Abwehrkampf im Rahmen der Krise setzt das Vorgehen der gesamten Klasse und die Notwendigkeit neuer Kampfformen voraus, wie sie in anderen Ländern seit Jahren praktiziert werden: den politischen Massenstreik, der nur erkämpft werden kann. Diese Widerstandsformen der Arbeiterklasse sind es, die im Schulterschluss mit anderen sozialen Bewegungen das Rückgrat des Widerstandes in der BRD bilden und den Bossen Dampf machen können. Und dieser Widerstand ist es auch, der in der Lage ist, sich wirksam gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr, gegen Naziaufmärsche und staatliche Repressionen zu wehren.

Natürlich ist es mit diesen Forderungen noch längst nicht getan. Doch erst der gemeinsame Kampf wird der Arbeiterklasse ein Bewusstsein ihrer selbst geben, ein Klassenbewusstsein bei ihr hervorbringen. Dann wird sie selbstbewusst die Ziele ihrer Kämpfe bestimmen und sich nicht mehr von den Gewerkschaftsführungen am Nasenring herum ziehen lassen. Dann wird sie auch in die Offensive übergehen – nur im Kampf lernt sie ihre eigene Kraft, aber auch den Gegner und ihre Bündnispartner besser einzuschätzen.

Die DKP muss auch Forderungen diskutieren, die über die dringendsten Notwendigkeiten hinausgehen. So brauchen wir z. B. ein kostenloses Gesundheitssystem, das nicht dem Profit unterworfen ist, den Umbau der Verkehrssysteme und den Wechsel zu alternativen, erneuerbaren Energien, um den Klimawandel zu stoppen. Wir benötigen andere Städtebaukonzepte, andere Massenmedien und eine alternative Kultur. Um den Kommunen wieder Luft zum Atmen zu verschaffen, müssen die kommunalen Schulden restlos gestrichen werden. Diese Diskussionen müssen die Frage nach den Grenzen des kapitalistischen Systems aufwerfen bzw. nach der Notwendigkeit eines Gesellschafts-systems, das nicht dem Profitprinzip unterworfen ist.

Grundstrukturen der kapitalistischen Wirtschaft angreifen

Wir wissen, dass im Kapitalismus alle im Klassenkampf errungenen Erfolge, alle Reformen, immer wieder vom Kapital in Frage gestellt und je nach dem Kräfteverhältnis beseitigt werden. Wenn wir nicht die Eigentumsverhältnisse selbst angreifen, werden große Teile der Klasse immer wieder auf das Existenzminimum zurückgeworfen.

Vergesellschaftung der Banken

Der Finanzsektor besitzt eine hohe strategische Bedeutung für das ganze kapitalistische System. Durch die Krise hat die Forderung nach Verstaatlichung der Banken eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung gewonnen. Doch so lange der Kapitalismus herrscht, sind alle Banken bei Strafe des Untergangs den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie und der Konkurrenz unterworfen – die Kapitaleigenschaft wird auch durch die Verwandlung in Staatseigentum nicht aufgehoben. (Die Mehrheit der Banken befindet sich ohnehin bereits in der Hand des Staates.) Diese Forderung in der aktuellen Situation an den kapitalistischen Staat zu stellen, schürt nur Illusionen in seine Überparteilichkeit.

Eine Vergesellschaftung der Banken mit demokratischer Kontrolle setzt mindestens ein Klassengleichgewicht zwischen der Bourgeoisie auf der einen Seite und dem Proletariat mit seinen Bündnispartnern auf der anderen Seite voraus. Denn eine Vergesellschaftung des Bankensektors wäre nichts weniger als die Entmachtung des Finanzkapitals. Dieses wird seine Enteignung mit allen Mitteln zu verhindern wissen, d.h. mit dem Einsatz von Polizei und Armee. – In revolutionären Zeiten allerdings kann die Forderung mobilisierende Wirkung haben, kann sie die Perspektive für den Sozialismus öffnen helfen.

Die Vergesellschaftung des Bankensektors erfordert die politische Macht im Staat durch das Proletariat und seine Bündnispartner, d.h. den Sozialismus.

Wirtschaftsdemokratie

Auch die Industriebetriebe bedürfen einer Kontrolle der Arbeiterklasse, um eine Produktion durchzusetzen, die der Gesellschaft dient und nicht den Profitinteressen weniger Kapitalisten. Die Forderung nach Mitbestimmung im Betrieb, die Kontrolle der Produktion durch die Belegschaften ist so alt wie die Arbeiterbewegung.

Mit der Einsetzung von „Wirtschafts- und Sozialräten“, wie sie die IG Metall vorschlägt, oder mit einem „Parlament der Wirtschaftsdemokratie“ (isw) würde tief in das Eigentumsrecht der Kapitalisten eingegriffen - wenn sie denn wirklich entscheidende Befugnisse über Art und Umfang der Produktion, über Entlassungen und Arbeitsbedingungen hätten und nicht nur Kredite für die Kapitalisten und Kommunen organisieren sollten.

Das können zwar Ansätze für den Klassenkampf sein, aber die Durchsetzung von wirklicher Mitbestimmung durch Fabrikräte z. B. wird eine bisher nicht erreichte Stärke im Klassenkampf erfordern, wie sie in Deutschland 1918/19 nur kurz sichtbar wurde.

Demokratie in der Wirtschaft und Vergesellschaftung der Produktion erfordern die Macht im Staat, d. h. den Sozialismus.

Das Ziel der DKP ist der Sozialismus

Alle Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlast auf die Arbeiterklasse bleiben perspektivlos ohne gesellschaftliche Alternative. Wer den Kapitalismus als Ende der Geschichte akzeptiert, wird selbst tagespolitische Kämpfe mit Verzichtsgedanken im Kopf führen, wird sich arrangieren. Wer die Diktatur des Kapitals, den bürgerlichen Staat, akzeptiert wird Illusionen schüren und Kämpfe lähmen. Der Kapitalismus hat kein Problem der Menschheit gelöst. Es geht um die Befreiung der Arbeit als wichtigste Quelle allen gesellschaftlichen Reichtums von den Zwängen der Profitwirtschaft. Eine Gesellschaft, die sich bewusst auf diesen Weg begibt, ist in der Lage, die Arbeit vernünftig einzusetzen, um Gesundheit, Bildung, Wohnraum, Verkehr und Infrastruktur, technischen Fortschritt im Interesse der arbeitenden Menschen zu gestalten. Der hohe Grad der Vergesellschaftung der Produktion, der bereits jetzt existiert, schreit danach, die Eigentumsverhältnisse dem anzupassen. Die objektiven Verhältnisse sind längst reif für den Sozialismus. Dieser wird aber nicht durch „transformatorisch wirkende Reformen“ (isw) zu erreichen sein, sondern nur durch härtesten Klassenkampf um die politische Macht.

Sozialismus oder Barbarei! Für eine Gesellschaft ohne Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung!

Die folgenden Genossinnen und Genossen unterstützen das Grundanliegen dieses Papiers, dies schließt Kritik in Einzelfragen nicht aus:

Sebastian Bahlo (Frankfurt); Marion Baur (Irland); Jürgen Beese (Essen); Erika Beltz (Gießen); Michael Beltz (Gießen); Markus Bernhardt (Berlin); Mario Berrios (Wildau); Achim Bigus (Osnabrück); Björn Blach (Stuttgart); Daniel Bratanovic (Trier); Sebastian Carlens (Göttingen); Fritz Dittmar (Hamburg); Hans Dölzer (Hirschberg); Helmut Dunkhase (Berlin); Anke Dussman (Essen); Monika Ebert (Mannheim); Manfred Feldmann (Landshut); Werner Feldmann (Augsburg); Dieter W. Feuerstein (München); Pablo Graubner (Marburg); Marc Galwas (Berlin); Wolfgang Garbers (Hamm); Hermann Glaser-Baur (Irland); Günter Gleising (Bochum); Michael Götz (Hamburg); Ina Gold (Stuttgart); Ulrike Grotehusman (Hamburg); Michael Grüß (Berlin); Heinz W. Hammer (Essen); Olaf Harms (Hamburg); Andreas Hartle (Hannover); Christoph Hentschel (München); Wolfgang Herrmann (Dreesch); Hans Heinz Holz (S. Abbondio); Matthias Hör (Augsburg); Heide Humburg (Bremen); Andreas Hüllinghorst (Berlin); Ludwig Jost (München); Hans-Joachim Knoben (Bonn); Patrik Köbele (Essen); Toni Köhler-Terz (Jena); Detlef Krüger (Schöneiche); Manfred Kriegeskorte (Wiehl); Axel Koppey (Rödermark); Thomas Knecht (Friedrichsdorf); Günther Klein (Stuttgart); Dietmar Koschmieder (Berlin); Simon Lochmann (Trier); Anton Latzo (Langerwisch); Stefan Lorenzen (Hamburg); Thomas Lühr (Marburg); Johannes Magel (Hannover); Siw Mammitzsch (Essen); Jutta Markowski (Essen); Stefan Marx (Illigen); Mathias Meyers (Mainz); Brigitte Müller (Wansdorf); Wolfgang Müller (Regensburg); Renate Münder (München); David Nagelsmann (Dortmund); Stefan Natke (Berlin); Uwe Nebel (Mannheim); Tobias Niemann (Wuppertal); Ghassem Niknafs (Hamburg); Rainer Perschewski (Berlin); Dietmar Petri (Wiehl); Sabine Petz (Regensburg); Jörg Pflüger (Hamburg); Klaus von Raussendorff (Bonn); Wera Richter (Berlin); Wolfgang Richter (Dortmund); Gerd-Rolf Rosenberger (Bremen); Tina Sanders (Hamburg); Ansgar Schmidt (Münster); Nadja Schmidt (Mühlacker); Roland Schmidt (Mannheim); Hans-Günter Szalkiewicz (Berlin); Jan Tacke (Dortmund); Gregor Thaler (München); Ursula Vogt (Regensburg); Peter Willmitzer (München); Holger Wendt (Bochum); Michael Weisser (Bonn); Thomas Wolf (München)

Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit (Hans-Peter Brenner)

Überarbeiteter Diskussionsbeitrag auf der 8. PV-Tagung der DKP

Ich habe zwei grundsätzliche Probleme mit dem Papier:

- Falsche Inhalte und falsche Strategie
- möglicher Stellenwert im parteiinternen Meinungsstreit bei der Vorbereitung auf den 19. Parteitag.

Ich konzentriere mich bewusst auf den ersten Gesichtspunkt, obgleich ich weiß, dass für etliche andere Genossinnen und Genossen, der zweite Gesichtspunkt vielleicht sogar schwerer wiegt.

Ich frage zunächst nach dem inhaltlichen Anspruch

Offenbar gehen die Verfasser und die Unterzeichner, bei denen es aber sicher auch unterschiedliche Sichtweisen geben mag, davon aus, dass die bisherigen politischen Positionen und Stellungnahmen, die seitens der Partei und des Parteivorstandes zur tiefen Krise der Finanzwirtschaft und des kapitalistischen Systems überhaupt in den letzten Monaten veröffentlicht wurden, so unzureichend und falsch sind, dass dem eine grundsätzlich Gegenposition gegenüber gestellt werden muss. Dies soll wahrscheinlich auch der inhaltlichen Einstellung und Vorbereitung auf den bevorstehenden Parteitag dienen.

Ich verstehe das Papier so, dass es beabsichtigt,

- eine „genauere“ Imperialismus- und Krisenanalyse vorzulegen und
- eine strategisch „offensivere“ und „klassenmäßiger“ politische Orientierung zu begründen (den sog. „Gegenangriff“)-

Damit soll offenbar eine politische „Korrektur“ in den bisherigen Orientierungen der DKP bewirkt werden.

Deshalb muss das Papier nicht nur daran gemessen werden, ob es die Wirklichkeit von heute besser und richtiger analysiert und daraus Orientierungen ableitet, die geeignet sind, die von den Mitgliedern beschlossenen Orientierungen und Kampfaufträge zu realisieren. Es ist auch zu prüfen, ob es sozusagen „stillschweigend“ eine grundsätzliche Korrektur an der beschlossenen Strategie und Programmatik der DKP beinhaltet und worin diese besteht.

Viel Richtiges

Vorweg noch eine kleine aber für mich doch sehr Anmerkung:

Da es nicht von irgendwem verfasst wurde, sondern von Kommunistinnen und Kommunisten - darunter auch erfahrenen Parteimitgliedern - die sich Gedanken zur politischen Lage und zur Situation der DKP gemacht haben, muss es natürlich vieles enthalten, mit dem wir alle übereinstimmen.

Das gilt ganz sicher bei all dem, was ich als das „ABC des Marxismus“ bezeichnen möchte.

Natürlich ist z.B. die Aussage richtig „Die Ursache der Krise der Kapitalismus“. Wer wollte das als Kommunist bestreiten?

Doch was sagt das über die konkrete Art und Weise, wie diese Krise entstanden ist? Und was sagt dies aus über die Antworten, die wir gemeinsam mit der heutigen Arbeiterklasse und mit der DKP in ihrer Verfasstheit des Jahres 2009/2010 geben oder finden müssen?

Reicht es aus zu sagen „Weg mit dem Kapitalismus.“ Wird nicht von uns mehr erwartet, als diese ganz allgemeinste der allgemeinen Aussagen?

Das Problem der strategischen Einordnung

Ist es schon „revolutionäre Politik“, wenn man mit einer ganz allgemein richtigen Forderung nach „Sozialismus“ auf das Dasein und die Probleme im Hier und heute antwortet? Und wenn man auf alles was in Richtung einer Veränderung des Kräfteverhältnisses, des Aufbaus und Ausbaus von Gegenmächtepositionen zielt, verzichtet?

Wenn man z.B. die alte gewerkschaftliche und auch kommunistische Forderung nach Vergesellschaftung des Bankensektors zeitlich vertagt auf eine Phase nach (!) der Erringung der Macht?

Ist es eine „Offensive“, wenn man möglichst laut „Sozialismus“ ruft und dann aber im Praktischen auch „nur“ zu „Abwehrkämpfen“ (In der DKP völlig unbestrittenen !!) gegen den sozialen Kahlschlag und politisch reaktionären Kurs der künftigen Schwarz-Gelb-Regierung auffordert? Ist „Offensive“ also eigentlich nichts anderes als „Abwehr“ plus vermehrtes Reden über Sozialismus?

Ich habe den Eindruck, dass die Verfasser die jahrzehntelangen Diskussionen über die antimonopolistisch-sozialistische Strategie und Taktik, der Entwicklung von Teil- und Nahzielen für den Tageskampf und deren Verbindung mit einer längerfristigen Perspektive, der Öffnung des Weges zum Sozialismus vergessen haben.

Meines Erachtens liegt dem ganzen Papier entweder ein großes Unverständnis über die Dialektik des antimonopolistisch-demokratischen Kampfes mit dem Kampf um den Sozialismus vor, oder es soll (unausgesprochen) eine strategische Korrektur an dem vorgenommen werden, was die DKP seit der Neukonstituierung 1968 strategisch völlig zu Recht versucht.

Nämlich: es geht uns Kommunistinnen und Kommunisten um eine schrittweise Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses durch die Mobilisierung für Forderungen und Maßnahmen, die in ihrem Wesen antimonopolistisch sind bzw. um Reformen, die mit einer antimonopolistisch-sozialistischen Perspektive verknüpft werden.

Es dreht sich dabei um den Kern der bisherigen und aktuellen Programmatik und

Strategie der DKP. Es geht um die dialektische Verbindung des demokratisch-antimonopolistischen mit dem sozialistischen Kampf.

Keine „links-doktrinäre“ Verengung zulassen !

Diese Strategie der DKP beruht auf der Erkenntnis die Lenin und mit ihm die Kommunistische Internationale zwischen dem III. und dem IV. Weltkongress der Komintern erarbeitet und auf dem VII. Weltkongress noch einmal präzisiert hatte. Es war Georgi Dimitroff, der diese strategische Konzeption nach der Niederlage gegenüber dem deutschen Faschismus in Erinnerung rief und allen dogmatischen und ultralinken Verfechtern einer „rein sozialistischen Offensivpolitik“ ins Stammbuch schrieb.

Er erklärte in seinem Referat auf dem VII. Komintern-Kongress (1935):

„Vor fünfzehn Jahren hat Lenin uns aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen. Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen. Die 'linken' Doktrinäre haben sich stets über diesen Hinweis Lenins hinweggesetzt, als beschränkte Propagandisten haben sie immer nur vom 'Ziel' gesprochen, ohne sich je um die Übergangsformen zu kümmern. ... Um den Millionenmassen zu helfen, möglichst schnell an Hand der eigenen Erfahrungen zu lernen, was sie zu tun haben, oder entscheidende Ausweg zu finden ist und welche Partei ihr Vertrauen verdient, - dazu sind sowohl Übergangslösungen als auch besondere Formen des Übergang oder des Herankommens an die proletarische Revolution` notwendig. ..

Der gewöhnliche Fehler linker Art ist die Vorstellung - dass - sobald eine politische (oder revolutionäre) Krise entstanden ist - es genüge, wenn die kommunistische Führung die Losung es revolutionären Aufstandes aufstellt, damit die breiten Massen dieser Losung Folge leisten. Nein, sogar bei einer solchen Krise sind die Massen bei weitem nicht immer dazu bereit. Wir haben das am Beispiel Spaniens gesehen. Um den Millionenmassen zu helfen, möglichst schnell an Hand der eigene Erfahrung zu lernen, was sie zu tun haben, wo der entscheidende Ausweg zu finden ist und welche Partei ihr vertrauen verdient - dazu sind sowohl Übergangslösungen als auch besondere „Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische Revolution“ notwendig.“ (G. Dimitroff: Arbeiterklasse gegen Faschismus . Zit. n.: Der VII. Weltkongress der Komintern. Hrsg. „Spartakus - Assoziation Marxistischer Studenten“, S. 86 f, München, o.J.)

Konnte Dimitroff damals mit Recht von einem möglichen Einfluss der Kommunisten auf „Millionenmassen“ reden, so haben wir heute als KP in Deutschland in dieser Hinsicht eine ganz andere und sehr beschränkte Qualität von Masseneinfluss. Unter diesen Bedingungen ist die abstrakte Sozialismus-Propaganda noch sinnloser geworden.

Das müssen auch solche stärkeren KPen in Europa wie unsere griechische Bruderpartei erfahren, deren jüngstes Ergebnis bei den Parlamentswahlen sicherlich die eigenen hochgespannten Erwartungen in die Bestätigung ihrer eigenen „Offensiv-Strategie“ nicht erfüllt hat.

Allgemeinheitsgrad, der mit der „konkreten Analyse der konkreten Situation“ nichts zu tun hat

Ein weiterer Punkt: Bestreitet irgendjemand in der Führung der DKP, bestreitet etwa das Parteiprogramm, dass im Prinzip (!) natürlich die Krise grundsätzlich mit dem System der Kapitalismus zu tun hat, wie es das Papier betont. Doch es reicht einfach nicht aus, nur zu sagen, was ein jeder, der ein Wochenendseminar zur Einführung in den Marxismus absolviert hat, dann auch sagen könnte, nämlich: dass in der Krise der „Grundwiderspruch des Kapitalismus“ zum Ausdruck kommt. Das war und ist immer richtig.

Doch was sagt das über den Kapitalismus von heute aus? Ist nicht der Allgemeinheitsgrad solcher zentraler Aussagen des „Offensiv-Papiers“ über die Krise so groß, dass man nur noch von „Parolen“ sprechen kann? Gilt der Lenin –Satz nicht mehr: „Konkrete (!) Analyse der konkreten (!) Situation“ ?

Die aktuellen Analysen des Sekretariats und des Parteivorstands der DKP zur Krise und auch die grundsätzlichen Aussagen des DKP Parteiprogramms zum dauerhaft krisenmäßigen Gesamtzustand des Kapitalismus sind im Vergleich dazu um ein mehrfaches präziser und klarer.

Ebenso die Analysen, die unsere fachlich und wissenschaftlich ausgebildeten Genossen und Genossen z.B. in den Marxistischen Blättern dazu publizieren (Vgl. das Schwerpunktheft der Marxistischen Blätter zur Krise) oder auch das Buch des marxisti-

schen Ökonomen Lucas Zeise. Faktenreich und auf hohem informativen Niveau sind auch die Analysen des von marxistischen und gewerkschaftlich organisierten Ökonomen gebildeten „isw“ in München.

Sachlich fehlerhafte politökonomische Einschätzungen

Das theoretisch Oberflächliche und insgesamt politikstrategisch Nicht-Dialektische wird auch durch politökonomisch falsche Einschätzungen ergänzt.

Ich will dies stichwortartig an einigen konkreten Punkten des Papiers festmachen:

- Es ist einfach nur ein Teil der Wahrheit, wenn der Eindruck erweckt wird, die Zeit neuer, unerschlossener Märkte sei jetzt vorbei und die Kapitalisten „können sich jetzt nur noch gegenseitig Einflussphären abjagen“.

Mit der Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts werden doch aber immer wieder neue Märkte für neue Produkte geschaffen um die dann der Konkurrenzkampf geführt wird.

- Zur „Krisenbewältigungsstrategie“ des deutschen Imperialismus: auch hier gibt es nur eine halbrichtige Einschätzung. Richtig ist, dass die imperialistischen Mächte die Krise vor allem mit Hilfe ihrer jeweiligen Heimatbasis bewältigen wollen. Zugleich gibt es aber

gemeinsame Bemühungen der imperialistischen Hauptmächte (G 7, G 8) und als neues Moment jetzt auch die Einbindung der wichtigsten Schwellenländer (G 20). Obwohl da große Widersprüche deutlich werden, ist das ja nicht nur Theaterdonner.

- Die Aussage des Papiers, „da die Banken eng miteinander verflochten sind, darf keine untergehen, alle werden als systemrelevant hingestellt“ ist schlicht falsch. Darf wirklich keine untergehen? Und was ist mit dem Untergang dutzender Großbanken allein in den USA und auch in anderen Ländern?

- Die Kritik an der alten Forderung der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Parteien nach „Verstaatlichung der Banken“ ist ebenfalls absolut unangemessen. Schon das Kommunistische Manifest spricht von der Zentralisation des Bankwesens und

der Schaffung einer Nationalbank. Verstaatlichungsforderungen sind zwar per se noch lange nichts Sozialistisches, sondern können absolut systemkonform sein.

Aber wenn sie aber mit der Forderung nach demokratischer Kontrolle verbunden und zugleich klar gemacht wird, wo die Grenzen von Verstaatlichung im Kapitalismus liegen, kann durchaus eine mobilisierende Übergangsforderung sein, von der aus an die Eigentumsfrage überhaupt herangeführt werden kann.

Erinnert sei auch an F. Engels Herangehen im „Anti-Dühring“ oder auch die bekannten Aussagen Lenins vom September 1917 zur Rolle einer „revolutionär-demokratischen“ (noch nicht „sozialistischen“) Kontrolle über die wichtigsten Betriebe im staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Über diese und andere ganz oder teilweise falschen Aussagen kann und muss man diskutieren. Sie können aber keinesfalls dem Anspruch nach einer „besseren“ oder klareren Analyse und politischen Orientierung gerecht werden als diejenigen, die im Parteiprogramm, in den vom letzten Parteitag beschlossenen und in den dann vom Parteivorstand und seinem Sekretariat erarbeiteten Krisenanalysen und –Krisenalternativen.

Tendenz zur ökonomistischen Verengung

Sie tragen in diesem Papier überdies die Tendenz zu einer ökonomistischen Verengung in sich, wenn die Rolle der unstrittig notwendigen betrieblichen Auseinandersetzungen und Kämpfe – bis hin zu Betriebsbesetzungen – zur „sensibelsten“ und dann auch noch bedeutsamsten Form des Klassenkampfes erklärt wird.

Die zitierten einzelnen französischen Beispiele (u.a. auch das punktuelle Festsetzen von Managern) können im Einzelfall eine symbolische Rolle spielen. Sie sind aber keinesfalls die (!) ausschlaggebende Option. Sie können nicht massenhafte Streikbewegungen mit Demonstrationen, deren Steigerung zu Flächenstreiks und deren weitere Zuspitzung zur Form der politischen Streiks unter Einbeziehung anderer sozialer und politischer Forderungen und der damit verbundenen Ausweitung der Teilnehmer über die Betriebsbelegschaften hinaus

Man hat insgesamt in Kauf genommen, dass dieses Papier in manchen Aussagen schon eine Woche nach Zusendung an den PV veraltet ist, da es schnell noch vor der Bundestagswahl „reingedrückt“ wurde.

Wollten die Initiatoren damit im Wissen darum, dass der PV in Vorbereitung auf den nächsten Parteitag Rechenschaftsbericht und Beschlussvorlagen erarbeitet „noch Pflöcke setzen“? Sie haben der Partei und sich selbst damit keinen Gefallen getan.

Zur derzeitigen innerparteilichen Auseinandersetzung (Leander Sukov)

Zur derzeitigen innerparteilichen Auseinandersetzung

1.) Es gibt ganz offenbar in der Partei eine größere Anzahl von GenossInnen, die bemängeln, dass

a.) es eine mangelnde Diskussion um die Auseinandersetzungen hinsichtlich der Imperialismusfrage, der Europäischen Linken, der Position gegenüber der PdL und der Außendarstellung der Partei gibt.

b.) es – ihrer Meinung nach – gleichwohl eine starke Hinwendung zur PdL und zur Europäischen Linken gibt und sich schleichend eine Abwendung von der Liebknecht'schen Formel vom „Hauptfeind im eigenen Lande“ durchgesetzt hat.

Zur Kritik und zu Positionen

Kritisiert wird dabei, dass die Diskussionen in einzelnen Landesverbänden, Kreisen und Gruppen nicht in dem Maße in die Diskussion der Gesamtpartei einfließen können, welches nach Meinung der Kritiker notwendig wäre, um zu einem offenen Diskussionsprozess und damit zu einer neuen Einheit zu kommen. Dieser Vorwurf erscheint mir richtig zu sein. Es ist versäumt worden, Plattformen – z.B. im Internet – zu schaffen, die eine umfangreiche Vordiskussion ermöglichen und der Berichterstattung aus den Gliederungen gedient hätten. Der Parteivorstand hat es nicht nur versäumt die Diskussion zu ermöglichen, er hat sie sogar – z.B. in der Yahoo-Mailingliste „dkp-im-netz“ verhindert. Das war taktisch falsch. Die unter debate.kommunisten.de gegebenen Möglichkeiten können ein erster Schritt sein. Es braucht jedoch weitere.

✂

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



Diese Zeit braucht

UNSERE ZEIT!

Jetzt 10 Wochen testen!

kostenlos

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Grundsätzliches Umdenken über den Kurs der Partei erforderlich (Wolfgang Herrmann)

"Da haben wir den Salat"

Ihr habt es alle gelesen, das Referat des Vorsitzenden der DKP, Genossen Heinz Stehr, auf der 8. Tagung des Parteivorstandes.

Das Krisenpapier der 84 wurde versenkt. Auf die Internetseite der Eurokommunisten "kommunisten.de", auf die Werbeseite des Parteivorstandes "DKP in die EL". Dort nun soll der Aufruf zum Umsteuern diskutiert werden.

Heinz Stehr meint im Referat, dass

"wir nach 1990 eine DKP wollten, zu der auch notwendige Meinungspluralismus, Diskussion, Streit und das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter der Mehrheit gehören".

Wenn aber ein auf Meinungspluralismus beruhender Streit beginnt, dann ist das nach Heinz Stehr eine Belastung der innerparteilichen Demokratie.

"Zum Problem und zur Belastung der innerparteilichen Demokratie werden Meinungsunterschiede auch, wenn - wie jetzt wieder - Positionspapiere, versehen mit Unterschriften von Genossinnen und Genossen, veröffentlicht werden, die unseren programmatischen Aussagen widersprechen. Ein solches, sich wiederholendes Vorgehen birgt die Gefahr der Fraktionierung der DKP."

Heinz Stehr meint, dass der Beitrag "Den Gegenangriff organisieren - die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren!", von 84 Genossinnen und Genossen unterschrieben, eine Positionierung vor dem Parteitag ist,

"um eine Offensivpolitik durchzusetzen. Dabei werden die reale Situation und der tatsächlichen Bewusstseinsstand in der Arbeiterklasse nicht berücksichtigt - nicht einmal auch nur andeutungsweise".

Es ist leider harte Realität, dass der mit der Programmannahme gesteuerte Kurs des Parteivorstandes die DKP in eine Krise geführt hat. Um aus ihr herauszukommen,

muss umgesteuert werden. Ansonsten brauchen wir den 19. Parteitag nicht mehr!

Ich hatte dem Krisenpapier zugestimmt. Ich hatte aber auch gemeint, dass es nicht mehr ausreicht. Wenn wir das Ruder in der DKP herumreißen wollen, dann müssen wir es dem Steuermann aus der Hand nehmen.

Unsere Gruppe hat sich bereits mit dem Zustand der DKP beschäftigt und ihre Meinung in "Umdenken und „Umsteuern“ zum Ausdruck gebracht. Wir rufen auf!

Umdenken und Umsteuern

Die Basis der Partei beginnt unruhig zu werden. Seit der 7. Tagung des Parteivorstandes wird offensichtlich, dass viele dem Kurs der Mehrheit des Parteivorstandes kritisch gegenüber stehen. Die Reaktion auf Leo Mayers Referat zu Ergebnissen und Schlussfolgerungen für die DKP aus den EU-Wahlen ist geteilt.

Die DKP-Wohngebietsgruppe Oberberg ist der festen Überzeugung, dass ein grundsätzliches Umdenken über den Kurs der Partei, voran beim Parteivorstand, erforderlich ist. „Wenn das nicht erfolgt,“ so die Oberberger Genossinnen und Genossen, „halten wir den Bestand der Partei für gefährdet. („unserzeit“ vom 11. September 2009).

Das Wahljahr 2009 offenbarte die ganze Schwäche der DKP. Sie ist hausgemacht. Die Fehlentscheidungen des Parteivorstandes, empfohlen und durchgesetzt vom Sekretariat, haben es der Partei versagt, über den Wahlkampf ihr Anliegen an die Frau und an den Mann zu bringen. Der Europawahl-Auftritt mit Spitzenkandidat Leo Mayer war berechnend. Man wollte der Europäischen Linken nicht weh tun.

Der Parteivorstand der DKP hatte falsch entschieden, als er die Teilnahme der DKP an

der Bundestagswahl im gesamten Bundesgebiet ablehnte und das Pressefest dem Wahlkampf vorzog. Heute zeigt sich, dass Patrik Köbele mit seiner Einschätzung besser lag als Heinz Stehr und Leo Mayer, als er 2008 rechtzeitig die Positionierung der DKP zu den Wahlen im Jahr 2009 forderte. Er und die 19 Mitunterzeichner des Offenen Briefes lagen auch richtig, als sie im März ein Umsteuern in der DKP forderten. Das Wahldebakel der DKP besteht darin, dass sie gar nicht erst antrat.

Am 4. September lesen wir in „unsere zeit“ von Heinz Stehr, er sähe „nicht einen einzigen Grund, durch den irgendeine Form von Distanz zur Linkspartei gerechtfertigt werden könnte“. Und Leo Mayer setzte noch einen drauf. Am 11. September ist von ihm in „unsere zeit“ zu lesen: „Wenn bei dieser Bundestagswahl jemand für einen Politikwechsel stimmen will, dann kann er nur die Partei Die Linke wählen.“

Wie grotesk liest sich das angesichts Leo Mayers Einschätzung auf der 7. Tagung des Parteivorstandes:

„Aber die Linke hat kein glaubwürdiges, alternatives politisches Projekt, das dem Leben der Menschen eine andere Perspektive geben könnte. In der Krise wird die Linke nicht als Alternative und Hoffnung gesehen; es wird nicht erwartet, dass die Linke etwas an der Arbeitslosigkeit ändern kann...“

Bei dieser „Linke“ soll die DKP weiter mitmachen?

Unsere Gruppe unterstützt das Krisenpapier „Die Gegenwehr organisieren“. Dieser Beitrag wurde von der 8. Tagung des Parteivorstandes auf die Internetseite „kommunisten.eu“ verbannt. Er wäre unreal, meinte Heinz Stehr.

Wir meinen, dass unsere Offensive für ein Umdenken und Umsteuern in der DKP weiter gehen muss. Die Verfasstheit der DKP zeigt, wohin ein umstrittenes Programm die Partei führt. Es brauchte nicht einmal drei Jahre, um das Dilemma des Programms offen zu legen.

Nicht mehr hinzunehmen ist der Umgang der DKP mit den kommunistischen und Arbeiterparteien. Anstatt gemeinsam mit den vorwärtsgerichteten Parteien zu marschieren, wird auf neue Netzwerke orientiert. Wir unterstützen die Forderung der Anhaltiner

Genossinnen und Genossen nach sofortigem Austritt der DKP aus der EL.

Schließlich verweist das Statement von Wolfgang Teuber über die „uz“ darauf, wie bescheiden es mit den Kommunikationsmitteln der DKP bestimmt ist. Das ist keine technische, sondern eine inhaltlich Frage. Auch in den Kommunikationsmitteln der DKP muss ein Umdenken und Umsteuern erfolgen. Warum halten nur ein Drittel der DKP-Mitglieder die „uz“? Da stimmt doch etwas nicht.

Es wird eine wichtige Aufgabe unserer kommenden Arbeit sein, die Partei auf den Klassenkampf der Zukunft einzustellen. Das erfordert ein kompromissloses Abgehen vom dogmatischen Auslegen unklarer und umstrittener Programmpositionen, eine klare Ausrichtung auf die politische Führung der Arbeiterklasse und die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie.

Wir brauchen ein Umdenken und Umsteuern in der Partei. Diese Aufgabe ist mit dem aktuellen Parteivorstand nicht zu bewältigen. Wir treten dafür ein, junge Kräfte in die erste Reihe zu bringen.

Wir sind dafür, dass Positionen für eine kämpferische Partei in der Partei diskutiert werden müssen. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben.

Karl Marx macht uns darauf aufmerksam, dass Kommunisten nichts zu verbergen haben. Gilt das nur, wenn wir uns den Klassengegner vornehmen und nicht, wenn wir unsere eigenen Schwächen ansprechen?

Von Fehltritt zu Fehltritt rettet sich der Parteivorstand mit dem Hinweis, dass wir ein Programm haben, das die Mehrheit entschieden habe und die Minderheit sich dem fügen müsse.

In der SDAPR hatten die Bolschewiki in der Partei die Mehrheit, aber nicht in den Instanzen. Dort saßen mehrheitlich die Menschewiki. Es brauchte einige Zeit, bis sich die Bolschewiki auch in den Instanzen durchsetzen konnten. Wie viel hervorragende Werke Lenins beschäftigen sich mit den innerparteilichen Angelegenheiten zwischen Bolschewiki und Menschewiki? „Was tun?“ oder „Ein Schritt vorwärts - zwei Schritte zurück“.

Warum also haben wir Hemmungen, uns innerparteilich auseinander zu setzen und die Differenzen in der Partei zu diskutieren?

Uns wurde gesagt, dass das Austragen innerparteilicher Angelegenheiten der Partei Schaden brächte. Wir fragen welchen? Die Geschichte lehrt doch gerade, dass die offene Auseinandersetzung reinigend wirkt und das Unter-den-Teppich-kehren zum Verfall führt.

Konkrete Vorschläge

Wir schlagen für die Vorbereitung des 19. Parteitages der DKP eine Offensive vor, die auf ein Umdenken und Umsteuern in der DKP orientiert und folgende Aufgaben erfüllen sollte:

1. Die Ausarbeitung eines neuen Programms der DKP. „Den Gegenangriff organisieren“ könnte dafür eine Grundlage sein. Der 19. Parteitag muss die Thesen des Programms, die Maßnahmen ihrer breiten Beratung in der Partei und die Annahme des Programms durch Mitgliedervotum beschließen.
2. Die Ausarbeitung und Verabschiedung eines Aktionsprogramms für die Zusammenarbeit der Kommunistinnen und Kommunisten in der Bundesrepublik. Es muss Schluss gemacht werden mit dem kindischen Wettbewerb vorm Spiegel "Wer ist die Schönste im ganzen Land?" Es müssen gemeinsame Wege besritten werden, um die Arbeiterklasse für den politischen Kampf zu gewinnen. Auch wenn die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für die DKP wichtig ist, sie ist kein Ersatz für die politische Mobilisierung der Arbeiterklasse.
3. Die Ausarbeitung und Verabschiedung eines Aufrufs an die revolutionär eingestellte Jugend des Landes. Dazu gehört

die vorbehaltlose Einbeziehung der SDAJ in den Prozess des Umdenkens und Umsteuerns. Unter den jungen Genossinnen und Genossen wachsen die Zweifel über die „verschwommene Linie“ der Mehrheit des Parteivorstandes.

4. Die Ausarbeitung und Verabschiedung von Sofortmaßnahmen für die politische und organisatorische Stärkung der Kampfkraft der DKP. Die DKP muss eine einheitliche Partei in Ost und West sein. Die Sofortmaßnahmen müssen berücksichtigen, dass der Parteivorstand in die Hauptstadt Berlin gehört.
5. Die sofortige Aufnahme kameradschaftlicher Beziehungen zu den Kommunistischen und Arbeiterparteien in aller Welt. Vor allem ist eine rasche Rückkehr der DKP in den aktiven Kampf der europäischen Kommunistischen und Arbeiterparteien erforderlich. Die DKP tritt aus der EL aus.
6. Die Ausarbeitung und Verabschiedung einer klaren Konzeption für die Kommunikationsmittel der DKP. Es geht um die inhaltliche Ausrichtung und nicht um technische Maßnahmen.
7. Die kompromisslose Entscheidung der Basis auf die Auswahl der Delegierten für den Parteitag und die Kandidatinnen und Kandidaten für die Organe der Partei. Die Basis muss dafür Sorge tragen, dass der Mehrheitswille der Parteibasis auch in Mehrheiten auf dem 19. Parteitag zum Tragen kommt. Die Parteibasis muss bestimmen, wer sie in den Leitungsorganen vertritt.

Der 19. Parteitag der DKP muss ein Parteitag werden, auf dem die Weichen für eine revolutionäre DKP gestellt werden. Sorgen wir dafür ab sofort durch eine kämpferische Basisarbeit!

Notwendiger Selbstverständigungsprozeß innerhalb der DKP (Herbert Münchow)

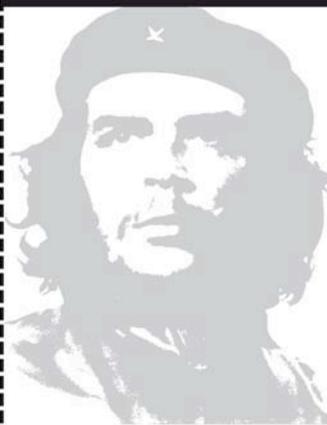
Es wird behauptet, dass das Papier "Den Gegenangriff organisieren..." dem Programm der DKP widersprechen würde. An welchen Stellen soll dies der Fall sein? Der Beweis fehlt. Ganz unabhängig davon, wer das Papier initiiert hat und ob einem die Namen gefallen oder nicht, wird hier ein äußerst notwendiger Selbstverständigungsprozeß innerhalb der DKP eingeleitet.

Warum sich Hans-Peter Brenner an dem Wort "Gegenangriff" stößt, bleibt für mich sehr unklar. Gegenmacht verzichtet natürlich nicht auf den Gegenangriff. Und der Angriff auf uns Lohnarbeiter - auf alle kleinen Leute - ist doch wohl da und wird jetzt verstärkt - ohne Hemmungen auf der Seite des Kapitals. In Gewerkschaftsreden früherer Jahre als der Klassenkampfgedanke noch nicht obsolet war, tauchten solche klaren Worte noch auf, sie tauchen ja auch bei Marx auf. Es liegt auf der Hand, dass ein Aktionsprogramm der DKP, das davon ausgehen muss, dass die Krise politische und soziale Folgen haben wird, die dramatisch sind, Erfahrung zur Erkenntnis vertiefen muss. Das kann nur geschehen, wenn man sich mit marxistischer Klarheit über die eigenen Aufgaben verständigt. Sicherlich ist an dem Papier einiges zu diskutieren - m. E. auch zu ändern bzw. richtiger

darzustellen -, aber es mit dem Bannstrahl des Linksradikalismus zu belegen, ist unerhört. Weitaus problematischer waren da die Äußerungen des Parteivorsitzenden zur Linkspartei während des Wahlkampfes - Linksradikalismus war das nicht, aber bereits eine Art Selbstaufgabe.

Warum kann dieser Text nicht in die UZ? Beherrscht der PV diese Debatte nicht? Wenn man sich auf das Parteiprogramm beruft, was richtig und notwendig ist, dann aber nicht nach dem Auswahlprinzip "Wie es euch gefällt".

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP





Che würde
UZ lesen!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo.
(bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____ Geburtsjahr _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Wir brauchen einen langen Atem und revolutionäre Geduld! (Gerd-Rolf Rosenberger)

Selbst wenn man mit dem Positionspapier nicht in allen Punkten übereinstimmt, ist es doch großartig, dass in unserer kleinen kommunistischen Partei so offensiv und lebendig diskutiert wird. Und dazu gehören selbstverständlich auch unterschiedliche politische Positionen und Meinungen. Wir brauchen diese Streitkultur, um unsere DKP voranzubringen. Es lohnt sich immer noch, jene so oft zitierten und so selten beherzigten Worte Rosa Luxemburgs nachzulesen:

„.....Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der Gerechtigkeit, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die Freiheit zum Privilegium wird.“ (Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. IV, Berlin 1974, Seite 359)

Meines Erachtens muss eine kommunistische Partei zusammengeschnitten und diszipliniert sein, um wie eine Einheit den Notwendigkeiten des Verlaufs einer revolutionären Bewegung standhalten zu können. Um zu dieser Einheit zu gelangen, vertraute LENIN auf die offene Debatte, die Konfrontation zwischen Strömungen und auf das eigenständige Denkvermögen der Kommunistinnen und Kommunisten.

Es ist gut, dass das Positionspapier veröffentlicht und zur Diskussion gestellt wird. Und vielleicht auch eine breite Debatte in den Kreisen und Gruppen geführt wird, aber bitte nicht so, dass Genossinnen und Genossen, weil sie das Papier unterschrieben haben, diszipliniert werden. Gerade auf dem bevorstehenden Parteitag muss es diskutiert werden und wir müssen zeigen, wie breit unsere innerparteiliche Demokratie entwickelt ist. Es ist sehr schade, dass das Positionspapier nicht in der UZ veröffentlicht wird. Da gehört es genauso rein, wie zu überlegen ist, in absehbarer Zukunft eine ganze Zeitungsseite in der UZ für solche Diskussionen und Leserbriefe zu öffnen. Gemeinsam müssen wir unsere DKP nach vorne bringen durch mehr Mitglieder, durch eine starke Wochenzeitung UZ, marxistisch-leninistische Bildungsarbeit, durch offensive und kreative Diskussionsangebote, kluge Bündnispolitik, all das trägt dazu bei, dass es in unserer Partei zu keinerlei Fraktionierung und Spaltung kommt und wir geschlossen nach außen unsere Politik in die Öffentlichkeit bringen.

Wir brauchen einen langen Atem und revolutionäre Geduld!

Anmerkungen zu einem „Ratschlag“ an die Partei, zur Vorbereitung ihres Parteitags gedacht! (Robert Steigerwald)

Als ich das Papier der 84 Genossinnen und Genossen zu lesen begann, stieß ich gleich nach wenigen Sätzen auf eine Bemerkung, die mich stutzig machte. Da ist zu lesen, das Papier, seine Diskussion und das Handeln dazu müsse „die Vorbereitung des 19. Parteitags prägen.“ Das vorgelegte Papier sei ein „erster Entwurf“ für ein „Krisenaktionsprogramm der DKP“.

Also die 84 Genossinnen und Genossen setzen sich an die Stelle des Parteivorstands, den ein Parteitag als oberstes Führungsorgan der Partei zwischen den Parteitag gewählt und folglich auch mit der Maßgabe betraut hat, einen künftigen Parteitag vorzubereiten. Dem wird gewissermaßen die Arbeit abgenommen. Eleganter kann man dessen „Absetzung“ und die Einsetzung eines neuen Führungsorgans nicht vornehmen!

„Gegenangriff“ oder „Abwehr“?

Dann habe ich diesen „ersten Entwurf“ eines „Krisenaktionsprogramms“ gelesen, das „Den Gegenangriff“ einzuleiten bestimmt ist und finde, dass die meist verwandte Vokabel lautet: „Abwehr“. Unter Gegenangriff stelle ich mir etwas anderes als „Abwehr“ vor.

Zu den konkreten zumeist wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen des Papiers sei zu bemerken, dass es bereits im Parteiprogramm von 1978 ein eigenes Kapitel mit der Überschrift „Für eine Wende zum demokratischen und sozialen Fortschritt“ gibt, in dem nicht wahllos, wie im 84-er Papier, Verteidigungsmaßnahmen vorgestellt werden und zugleich gesagt wird, es könne sich in diesem Verteidigungskampf das Kräfteverhältnis so ändern, dass aus der Verteidigung herauszukommen ist.

Es wird auf konkrete Aktivitäten verwiesen, die eine solche „Wende“ herbeiführen könnten, also der dialektische Zusammen-

hang von Abwehr, Verteidigung und Gegenangriff herausgearbeitet – etwas, das im 84-er Papier völlig fehlt. Die Substanz dieses Kapitels des alten Programms ist in das neue übernommen worden. Das ist unseren 84 Genossinnen und Genossen entweder nicht gut genug, oder kennen sie etwa das bestehende Parteiprogramm so wenig?

Bevor man sich ins Gefecht begibt, sollte man sich vernünftiger Weise über das Kräfteverhältnis Klarheit verschaffen. Da haben wir auf der einen Seite unsere Partei mit ihren ungefähr vier bis fünftausend Mitgliedern, dessen Durchschnittsalter eher bei den 60 als bei den 50 Jahren liegt, deren Mitglieder schon aus diesen Gründen nur noch wenig in Betrieben und Gewerkschaften aktiv sein können.

Das wäre unser „Potential“ für den „Gegenangriff“. Und bei diesem Unternehmen würden wir in einer Bevölkerung wirken, die uns gerade – wie die jüngsten Wahlen zeigten – selbst bei aktivstem und einfallreichsten Wahlkampf gerade so um die 0,1 Prozent ihre Stimme gegeben hat. Und der Gegner ist keineswegs weidwund! Hervorragende Bedingungen für einen „Gegenangriff“! Ist dies das richtige, wissenschaftliche, marxistische Herangehen an die Erarbeitung eines „Krisenaktionsprogramms“ zur Vorbereitung eines Parteitags? Ich habe aber darüber hinaus auch erhebliche inhaltliche Kritikpunkte einzubringen.

Das Dogma vom nationalen Kampfboden

Da ist das Dogma – denn ein solches ist es – vom primär nur „nationalen“ Kampfboden. Dass es nicht nur „nationale“, sondern auch erheblich „internationale“ imperialistische Aktivitäten gegen die Krise gibt, scheint den Autoren ihres Dogmas wegen entgangen zu

sein. Da ist der Unsinn, der heutige Imperialismus habe seine Möglichkeit, neue Märkte zu erschließen, ausgeschöpft. Kennen unsere Genossen nicht Hybrid-Antriebe, Windparks, Sonnenkollektoren usw. als neue ökonomische Waffen?

Blieb ihnen bisher verborgen, dass es um und mit ihnen auf den Märkten jene imperialistischen Konkurrenzkämpfe gibt, aus denen Kriege erwachsen und auch in Zukunft erwachsen können!?

Welche „neuen“ Kampfformen?

Dass sie in der Frage der Verstaatlichung von Banken Konfusion anrichten hat Hans-Peter Brenner ihnen in der jüngsten Parteivorstandstagung schon dargelegt. Er hat ebenso das Gerede von den neuen Kampf- formen, wozu als einzige dann der politische Streik benannt wird, zu Recht als gemessen an dem Anspruch, mit dem das Papier auftritt, mager bewertet.

Der Mensch geht vor Profit

- Löhne und Renten erhöhen. Das stärkt die Nachfrage, sichert Arbeitsplätze und verbessert das Leben.
- Steuerreform – die Reichen, die Konzerne und Banken sollen zahlen.
- Spekulation mit Energie und Lebensmittel verbieten.
- Öffentliches Eigentum an Sparkassen und Landesbanken erhalten. Aber: Schluss mit dem Filz der neoliberalen Eliten. Demokratische Kontrolle von Unten.
- Nicht die Mängel und Verluste des Finanzsystems sozialisieren, sondern die großen Banken und Finanzkonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle der Bürger überführen.
- Demokratisierung der Europäischen Zentralbank. Ihre Aufgabe: Vollbeschäftigung und Entwicklung, Finanzierung langfristig angelegter Struktur- und Regionalprogramme für den Übergang zu einer anderen Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise.
- Energiekonzerne enteignen. Power To The People!



www.kommunisten.de

- Ich will mehr über die DKP wissen
- Ich möchte Mitglied der DKP werden
- Ich möchte die UZ – Zeitung der DKP 10 Wochen kostenlos kennenlernen

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Ausgefüllt abschicken an: DKP Parteivorstand, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

Antwort an Robert Steigerwald (Patrik Köbele)

Lieber Robert, leider hast Du den Text nicht richtig gelesen. Du schreibst:

“Da ist zu lesen, das Papier, seine Diskussion und das Handeln dazu müsse „die Vorbereitung des 19. Parteitags prägen.“

Im Papier heißt es aber:

“Das erfordert von den Kommunistinnen und Kommunisten die Entwicklung einer Interessenvertretungspolitik, vor allem in Betrieb und Kommune. Das erfordert von den Kommunistinnen und Kommunisten, Illusionen in den Kapitalismus nicht zuzulassen. Das erfordert von den Kommunistinnen und Kommunisten, deutlich zu machen, dass eine sozialistische Gesellschaft notwendig ist, um die dringenden Probleme der Menschheit zu lösen und die Arbeiterklasse diese historische Mission zu erfüllen hat. Ansonsten droht der Menschheit die Barbarei. Wir meinen, dass die Diskussion und das Handeln dazu die Vorbereitung des 19. Parteitags der DKP prägen muss.“

Du schreibst: “Das vorgelegte Papier sei ein „erster Entwurf“ für ein „Krisenaktionsprogramm der DKP“. Also die 84 Genossinnen und Genossen setzen sich an die Stelle des Parteivorstands, den ein Parteitag als oberstes Führungsorgan der Partei zwischen den Parteitag gewährt und folglich auch mit der Maßgabe betraut hat, einen künftigen Parteitag vorzubereiten. Dem wird gewissermaßen die Arbeit abgenommen. Eleganter kann man dessen „Absetzung“ und die Einsetzung eines neuen Führungsorgans nicht vornehmen!”

Im Papier aber heißt es:

“Wir halten es für richtig, wenn im Ergebnis dieser Diskussion auf dem Parteitag ein Krisenaktionsprogramm der DKP beschlossen wird. Dieses Papier ist dazu ein erster Entwurf.“

Ich hoffe nicht, dass es ein Unterschied im Parteiverständnis ist, aber aus meiner Sicht darf jede Gliederung der Partei (Gruppe, Kreis oder Bezirk), aber auch durchaus jede Gruppe von Genossinnen und Genossen formulieren, was sie “für richtig hält”.

Antwort von Robert Steigerwald

Lieber Patrick, immerhin gibt es ein Parteistatut, das gewisse Dinge regelt. Warum nicht klipp und klar, prägnant formulieren? Warum muss man so formulieren, dass es einer Anleitung bedarf, wie zu lesen sei? Viele Worte um einen Kerngedanken herum machen stutzig. Kerngedanke ist nicht die Diskussion – für die ich bin – sondern die Aktion, die anders als im Parteistatut vorgesehen die Parteitagsvorbereitung prägen soll. Das steht im Text.

Also: Lasst uns Themen festlegen, über die sachbezogen diskutiert werden kann, dann hat die Sache Sinn, sonst ist es nur ein weiterer Akt in dem nun schon ziemlich viele Jahre anhaltenden, ergebnislosen Drama.

Anstatt Eigensinn: Diskussion und Solidarität (Louis Berger)

Zur ersten Klarstellung: Ich schreibe das Folgende als eher junges Mitglied, das auch erst eine eher kurze Zeit dieser Partei angehört, also auch von sich behauptet, noch nicht so ganz verbraucht in dieser Lagerauseinandersetzung zu sein, die sich augenscheinlich einerseits beim Konflikt um den Inhalt dieses Papiers an sich, andererseits auch in der Beurteilung des Umgangs mit diesem Papier und der parteilichen Diskussionsbasis im Allgemeinen zeigt.

Weniger ist in diesem Zusammenhang wohl zum Inhalt von „Den Gegenangriff organisieren“ zu sagen. Der Titel suggeriert eine Fehlstellung der Partei (oder des PVs?), allerdings kann ich diesen Unterschied zwischen Parteiprogramm und Positionspapier nicht ganz erkennen, wie auch meine Vorschreiber schon festhielten. Es existieren zwar einige inhaltliche Schnitzer, die ich persönlich anders sehen würde, aber im Allgemeinen stehen wir hier doch einer redaktionellen Bearbeitung von eigentlich kommunistischen Allgemeinplätzen gegenüber, die jedes aufrechte Mitglied unsere Partei teilen kann.

So, dass wir als Avantgarde der Arbeiterklasse den Klassenkampf in die Gewerkschaften, in die sozialen Bewegungen, in die Betriebe, in die Schulen und allgemein das Leben unser Mitmenschen tragen müssen.

Dass wir bestimmte soziale Forderungen haben, deren Durchsetzung wir verlangen, wie die Abschaffung von Hartz IV und der Rente mit 67, die Vergesellschaftung der Finanzkonzerne und den Austritt aus der NATO, ohne allerdings das überzubewerten und es als unser einziges Ziel sehen.

Unser Ziel muss und darf nur der bedingungslose Sozialismus als einzige Alternative zur kapitalistischen Produktion sein, im Hinblick auf unser großes Ziel, die Errichtung des Kommunismus!

Hier beginnt aber schon der Streit, sind wir denn wirklich alle so überzeugte Sozialisten? Dies scheint genau dieses Papier nach Meinung der Autoren auch anprangern zu wollen, die eben diese Frage verneinen würden. Allerdings bleibt diese Kritik, wie oben schon angeschnitten, hinter ihren eigenen Zielen zurück, es wird weder ein wirklicher „Gegenangriff“ formuliert, noch lässt sich in diesem Papier die nötige Willenskraft dafür spüren, eher wirkt es, als ob man sich endlich mal wieder hätte in den Diskurs einschalten und ein Papier „auf den Markt“ werfen müssen, um sich selbst in Hinblick auf den Parteitag zu positionieren.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer begraben, sowohl PV als auch die Unterstützer dieses Papiers scheinen nicht an einer wirklichen Diskussion interessiert zu sein, die aber im Hinblick auf den Zusammenhalt und die Zukunft der Partei, dringend stattfinden müsste, vielleicht war dafür, die Einführung dieses Debattenportals zeigt es, doch das richtige Mittel.

Um aber am Ende noch mal auf das zurück zu greifen, was ich am Anfang berichtet habe: Ich habe doch noch ein reges Interesse, dass sich die DKP, unsere Partei, die einzige Partei, die noch dazu bereit steht, „alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, weiterhin besteht und ihre notwendige Arbeit unter den Menschen entfalten kann. Genauso würden sich das Marx, Engels und Lenin, die „Väter der Bewegung“, aber auch die Genossinnen und Genossen wünschen, die aufgrund dessen im 3.Reich gefoltert wurden, und die Repressionen der BRD in Richtung KPD, später DKP ertragen mussten.

Diesem Diskurs muss sie sich stellen, um später nicht vor einem nicht mehr kittbaren Scherbenhaufen zu stehen. Dies ist der einzig gangbare Weg!

Nicht überall wo Sozialismus drauf steht, ist auch Sozialismus drin! (Bernd Müller-Weathersby)

Vorweg finde ich es gut und klug dass der PV diese parteiöffentliche Diskussion auf der Plattform hier ermöglicht. Eine Diskussion in der U.Z. würde an der Leserschaft, die in der Mehrheit ja nicht aus Parteimitgliedern besteht vorbei gehen.

Mein Dank gilt auch den 84 Genossinnen und Genossen des Papiers, da sie endlich den Mut aufbrachten ihre geschlossenen Fraktionsstrukturen öffentlich zu machen. Da ich bis dato keinerlei Informationen über solche Diskussionsstrukturen hatte und ich dummerweise nur in meiner DKP Gruppe hier vor Ort eingebunden bin, erfahre ich ja sonst darüber nichts.

Als ich das Papier las , fühlte ich mich zurück versetzt in die 70 er Jahre als ich jung auf den Land lebend eines Samstag Mittag sah, wie sich auf den Rathausplatz ein Bus voll mit Leute des KBW entlud, alle bewaffnet mit Trommeln, die diese dann laut mit Sprechchören skandierend durch die Innenstadt trugen. Der Erfolg war, das die Bevölkerung glaubte, irgendeine außerirdische Macht wäre über sie hergefallen und das Ergebnis war die Flucht in die Häuser. Nach 2 Stunden war der Spuk vorbei und der Bus, ein zentraler Wahlkampftrupp des KBW zog zum nächsten Ort weiter.

Warum erzähle ich das? Das Papier erinnert mich stark an diesen Trupp des KBW. Nur zu glauben, das ich den Leuten immer erzählen muss, das der Sozialismus nötig sei, um sie aus ihren Elend zu Erlösen, geht meiner Meinung an den Aktuellen Ist-Zustand der Leute vorbei. Wir müssen die Leute bei ihren alltäglichen Sorgen und Nöten abholen

und müssen ihre Probleme ernst nehmen, ansonsten erscheinen wir wie ein Fremdkörper, der überhaupt nichts mit den Leuten zu tun hat und diese verschreckt.

Hätten die Bolschewiki in Februar bis Oktober 1917 immer nur die Losung „Sozialismus jetzt“ oder „alle Macht den Sowjets“ geschrien, die Oktoberrevolution hätte nie stattgefunden. Es ist ein Verdienst Lenins eine flexible Strategie und Taktik der Losungen zu entwickeln, die den jeweiligen realen Bedingungen der Zeit entsprach.

Sind wir denn heute in unseren Land schon so weit über alles, die Losung Sozialismus jetzt“ rüber zuschreiben oder sind wir nicht in einer Situation, in der wir wirklich alles und jeden gewinnen müssen um Abwehrkämpfe gegen die Offensive von Kabinett und Kapital zu organisieren.

Brauchen wir nicht jeden, der unter diesen System leidet um ihn davon zu überzeugen, dass es nötig ist, sich gemeinsam gegen Ungerechtigkeiten zu wehren. Nur in diesen gemeinsamen Kämpfen kann meiner Meinung das Bewusstsein reifen, das auf Dauer der Kampf um Reformen nicht ausreicht. Wir müssen aber an der Seite der Kämpfenden stehen um mit ihnen DANN!!!! über Revolutionen reden zu können.

Dafür brauchen wir aber eine einheitliche und geschlossen handelnde Partei, ansonsten kann ich mich auch in einer Bürgerinitiative engagieren. Diese geschlossene und einheitlich handelnde Partei sehe ich derzeit sehr stark durch das permanente Hinterfragen des gültigen Parteiprogramms und des gewählten Parteivorstandes in Gefahr.

Das Ziel ist die Erarbeitung von Übereinstimmung (Jürgen Lloyd)

„Die Mitglieder der DKP lassen sich von dem Grundsatz leiten, dass nur ein einheitliches, von der ganzen Partei getragenes Handeln das Unterpfand ihrer Aktionsfähigkeit und Stärke ist. Voraussetzung dafür ist die solidarische Diskussion und die Erarbeitung von Übereinstimmung.“

Ich denke, dass diese Aussage des Programms bei allen Genossinnen und Genossen auf Zustimmung trifft. Aber die Praxis der Partei bleibt leider trotzdem dahinter zurück. Es gibt grundlegend unterschiedliche Positionen in einer Reihe von Themen. Zu denen gehören insbesondere:

1. Die Einschätzung des Imperialismus und die Rolle, die Nationalstaaten und übernationale Regulierungssysteme darin spielen. Dies verdichtet sich u.a. in der Haltung zur EU.
2. Das Verhältnis der DKP zur Partei ‚Die Linke‘ und zur Mitgliedschaft in der ‚EL‘ – Dies oft verquickt mit der Einschätzung zur Teilnahme und Bewertung von Wahlen.
3. Die Frage der strategischen Orientierung und der Bündnispolitik: Fokussierung auf eine Orientierung auf Bewegungen oder Fokussierung auf eine Orientierung auf Klassenkampf.

Die unterschiedlichen Positionen sind nicht neu und nicht erst seit dem Positionspapier der 84 Genossinnen und Genossen „Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren!“ und der Einrichtung eines Debattenforums durch den Parteivorstand existent.

Ein bekannter Streit

Diesen Positionsstreit gab es nahezu unverändert auch bereits vor dem letzten Parteitag und der Programmdiskussion in dessen Vorfeld. Offensichtlich ist eine „solidarische Diskussion und die Erarbeitung von Übereinstimmung“ hier nicht gelungen. Die

gemeinsame Diskussion eines Programms kann und sollte ohne Zweifel ein wichtiger Schritt hierzu sein. Es wäre aber ein Fehler, anzunehmen, dass die Verabschiedung eines Programms die Erarbeitung von Übereinstimmung ersetzen kann. Dabei habe ich Verständnis für Befürchtungen im PV, die Diskussion berge die Gefahr von Lähmung, von Fraktionierung bis hin zum faktischen Ende für die Partei.

Nicht immer solidarisch

Die Tatsache, dass die Diskussion teilweise in einer Form geführt wird, die nicht mehr solidarisch zu nennen ist, bestärkt mich dabei in meinem Verständnis. Aber es gibt keine Alternative dazu, die Debatte trotzdem zu führen. Ein „Ende der Debatte“ vor einer „Erarbeitung von Übereinstimmung“ ist keine machbare Option.

In seinem Referat zur 8. PV-Tagung sagt Heinz Stehr, dass Meinungsunterschiede zum Problem werden, wenn von Vertretern der Minderheit die Position der Mehrheit nicht authentisch wiedergegeben wird. Dem ist zuzustimmen. Es wäre eine ungerechte Polemik, Heinz zu unterstellen, eine entstellende Wiedergabe der Positionen der Minderheit durch die Mehrheit nicht auch als problematisch verurteilen zu wollen. Zumindest habe ich ihn so verstanden. Nicht verstehen kann ich aber die zweite Warnung von Heinz, dass Positionspapiere von Genossinnen und Genossen, die nicht dem Stand des Parteiprogramms entsprechen, ein Problem und gar eine Belastung der innerparteilichen Demokratie seien. Wie denn sonst könnte eine abweichende Position in der Partei zur Diskussion gestellt werden – gerade auch mit dem Ziel, Übereinstimmung erarbeiten zu wollen?

Ich wiederhole die Formulierung von der „Erarbeitung von Übereinstimmung“ so penetrant, weil sie m. E. den Kern dessen trifft,

was notwendig ist. Das Ziel, Andere von den eigenen Positionen überzeugen zu wollen, ist sicherlich nicht nur gerechtfertigt sondern gehört auch zur Ernsthaftigkeit eigener Überzeugung. „Erarbeitung von Übereinstimmung“ verweist aber auf mehr als nur Überzeugungsarbeit: Es impliziert, dass gerade die Auseinandersetzung mit abweichenden Positionen eine Methode ist, um in gemeinsamer Arbeit bessere, Fehler vermeidende Positionen zu gewinnen.

Streit kann auch nutzen

Diese Methode ist nun nicht neu. Bereits in der Antike wurde von Plato und noch mehr von Aristoteles als Methode gelehrt, im (Streit)-Gespräch richtige Erkenntnisse zu erarbeiten und diese Methode wurde von ihnen Dialektik genannt. Diese antike Dialektik ist etwas anderes, als wir seit der Neuzeit unter Dialektik verstehen – aber Kant, Fichte, Hegel und Marx haben bewusst diese Bezeichnung der alten Griechen übernommen. Es gibt keine Möglichkeit, die Debatte in der Partei nicht zu führen. Noch mehr: Wir dürfen uns nicht erlauben, die Debatte um unterschiedliche Positionen in der Partei lediglich als unvermeidbares Übel zu führen, sondern wir müssen sie als konstruktive Arbeit begreifen, gemeinsam Fehler zu vermeiden und richtige, sich in erfolgreicher Politik beweisende Erkenntnisse zu schaffen. Wenn sich das jetzt nach „Friede Freude Eierkuchen“ anhören mag – es ist das genaue Gegenteil: Es ist nicht der Aufruf: „Streitet euch doch nicht!“, sondern: „Führt den Streit – und zwar richtig! D.h. Kämpft um die ‚Erarbeitung von Übereinstimmung‘!“

Wir sollten nicht vorschnell Schubladen aufmachen und die unterschiedlichen Positionen darin ablegen. Trotzdem denke ich, dass beide Seiten im Wesentlichen zustimmen würden, dass sie ihre jeweilige Kritik aus Sorge äußern vor einer drohenden Zunahme opportunistischer und revisionistischer Positionen auf der einen Seite, respektive linksradikaler, sektiererischer Positionen auf der anderen Seite. (Manche haben dabei jedoch keine „Sorge vor einer drohenden Zunahme“ mehr, sondern machen den Vorwurf, es gäbe bereits einen vollendeten Übergang auf die jeweilige andere Position.) Ich halte die Sorge auf beiden Seiten für berechtigt. Die DKP ist sowohl durch opportu-

nistische als auch durch sektiererische Positionen bedroht und beide Fehler würden sich verheerend auf die Zukunft der Partei auswirken. Dabei ist es doch keine neue Erkenntnis, dass das Verhältnis von rechtem Opportunismus und ‚linkem‘ Sektierertum ein dialektisches Verhältnis ist. Georgi Dimitroff, der auf dem 7. Weltkongress der Komintern zu deren Generalsekretär gewählt wurde, analysierte in seinem berühmten Hauptreferat die Herausforderungen der Einheitsfrontpolitik an die Kommunistischen Parteien. Dort finden sich in aller Klarheit formuliert die Grundlagen einer, den Entwicklungsstand der Massen berücksichtigenden Bündnispolitik – also der Politik, die die Mehrheit des PV sich verpflichtet fühlt, gegen die Autoren und Unterzeichner des „Gegenangriff“-Papiers zu verteidigen. Über viele Seiten formuliert dort Dimitroff die Kritik am Sektierertum, von dem er sagt, es sei inzwischen keine bloße Kinderkrankheit mehr sondern ein tief wurzelndes Übel:

„Man ignorierte die Notwendigkeit eines zähen Kampfes unter den Massen zur Gewinnung ihres Vertrauens. Man vernachlässigte den Kampf für die Anforderungen der Arbeiter und die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften und den faschistischen Massenorganisationen. Die Einheitsfrontpolitik wurde häufig durch bloße Appelle und abstrakte Propaganda ersetzt.“

Aber dann fährt Dimitroff mit dem Folgenden fort:

„Indem wir auf das entschiedenste für die Ausmerz- und Überwindung der letzten Reste des selbstgefälligen Sektierertums kämpfen, müssen wir gleichzeitig auf jede Art und Weise unsere Wachsamkeit und den Kampf gegen den Rechtsopportunismus sowie gegen alle seine konkreten Erscheinungsformen verstärken, unter Beachtung dessen, dass seine Gefährlichkeit mit der Entfaltung der breiten Einheitsfrontpolitik zunehmen wird.“

Dieses Verständnis für die Dialektik, die darin besteht, dass gerade mit der erfolgreichen Umsetzung einer gegen die Fehler des Sektierertums gerichteten Politik die Gefahr des Opportunismus umso größer wird, (und natürlich auch gleichermaßen für den spiegelverkehrten Fall, den Dimitroff einige Seiten vorher benennt) – dieses Verständnis ist das, was wir dringend von Dimitroff und von Lenin lernen können und müssen. Leo Mayers Aussage in seiner Europawahl-Analyse – „deshalb muss Erstens im Vordergrund die Zusammenarbeit und die Stärkung der Bewegungen und der politischen Linken stehen -und nicht der Kampf gegen Opportunismus

und Reformismus“ – ist genau das Falsche: Je mehr wir die Zusammenarbeit mit Bündnispartnern suchen und je erfolgreicher wir dabei sind, desto wichtiger wird der Kampf gegen Opportunismus und Reformismus. Um auch hier kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es geht keineswegs darum, einen „goldenen Mittelweg“ zwischen Opportunismus und Sektierertum zu propagieren. Es muss darum gehen, die Gefahr beider Fehler zu verstehen und ernst zu nehmen. Wir müssen dahin kommen, gerade im Kampf gegen den Opportunismus, die Warnung vor Sektierertum als berechtigte Ergänzung zu verstehen und umgekehrt gerade bei der Abwehr von Sektierertum die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Opportunismus zu begreifen.

Zur Dialektik von Sektierertum und Opportunismus

Sowohl das Positionspapier der 84 als auch die Antworten von Heinz Stehr und Hans-Peter Brenner die im Diskussionsforum im Internet veröffentlicht sind, genügen diesen Anforderungen nicht. Ohne hier die Texte in allen Details zu kommentieren, möchte ich meine Kritik an einzelnen Beispielen darstellen: Ich kann dem „Gegenangriff“-Papier im Abschnitt 1 zur Beschreibung der Krisenursachen („Die Ursache der Krise ist der Kapitalismus“) und im Abschnitt 2 zur Beschreibung der Strategie des deutschen Imperialismus in weiten Teilen folgen. Meine Zustimmung findet auch die, von Heinz zu Recht als Abweichung vom Programm benannte Aussage „Die Theorie der

Herrschaft eines transnationalen Kapitals, eines kollektiven Imperialismus, hat sich in der Krise als grundfalsch erwiesen“. Hans-Peter Brenner spricht hierzu von einer „halbrichtigen Einschätzung“: Er räumt ein, „dass die imperialistischen Mächte die Krise vor allem mit Hilfe ihrer jeweiligen Heimatbasis bewältigen wollen“ – ergänzt aber zu Recht, dass es zugleich auch gemeinsame Bemühungen der imperialistischen Hauptmächte und inzwischen auch der wichtigsten Schwellenländer gibt. Doch abgesehen davon, dass im Positionspapier der 84 keine Leugnung solcher Zusammenarbeit zwischen imperialistischen Konkurrenten zu finden ist, schafft dieser Hinweis keine Antwort auf das m. E. wesentliche Problem der Fokussierung auf „transnationales Kapital“ und das ist der damit verbundene Verzicht darauf, die Widersprüche und Konkurrenz zwischen imperialistischen Mächten aktiv auszunutzen zur Stärkung unseres Kampfs. Am Beispiel Opel gäbe es da noch einiges aufzuholen. Im Abschnitt 3 des Positionspapiers, der sich mit unserer Gegenstrategie beschäftigt, häufen sich dann aber die Anzeichen dafür, was Lenin die Kinderkrankheit und Dimitroff als tief wurzelndes Übel bezeichnete. Der Anfang mag dabei noch eine sprachliche Schwäche sein: Gegen die Erklärung des Multimilliardärs Warren Buffet,

„Es herrscht Klassenkrieg (...) und wir gewinnen“

erwidert das Positionspapier:

„Angesichts dieser Offenheit, ist es notwendig, dass auch wir erklären: Es herrscht Klassenkampf, ein Klassenkampf der Reichen“.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



Diese Zeit braucht

UNSERE ZEIT!

kostenlos

Jetzt 10 Wochen testen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Nein – diese Erklärung abzugeben ist weder notwendig noch wirklich hilfreich. Notwendig ist der wirklich geführte Klassenkampf und nicht seine Proklamation. Auf den ersten Blick vielleicht auch nur eine sprachliche Schwäche ist der im Vorwort formulierte Satz:

„Das erfordert von Kommunistinnen und Kommunisten, Illusionen in den Kapitalismus nicht zuzulassen.“

Was soll das denn heißen? Der Nutzen eines proklamierten Verbots von Illusionen ist nun wirklich eine Illusion. Illusionen lassen sich nur dadurch beheben, dass im Klassenkampf konkret die Wirklichkeit erfahrbar wird. (Und diese Erfahrungen – das sei in die andere Richtung gesagt – können nicht Bewegungen machen sondern nur konkrete Individuen.) Deswegen ist die Forderung nach Vergesellschaftung der Banken durch Kommunisten unbedingt zu unterstützen. Es stimmt nicht, was im Positionspapier steht:

„Diese Forderung in der aktuellen Situation an den kapitalistischen Staat zu stellen, schürt nur Illusionen in seine Überparteilichkeit.“

Im Gegenteil: Im gemeinsamen Kampf für diese Forderung werden sich die Erfahrungen machen lassen, die solche Illusionen zerplatzen lassen. Und dies nicht erst in revolutionären Zeiten. In revolutionären Zeiten bestände stattdessen die Möglichkeit, diese Forderung auch umsetzen zu können. Im Vorwort des Positionspapiers steht hierzu richtig:

„Revolutionäre Politik in nichtrevolutionären Zeiten heißt vor allem, jedes fortschrittliche Interesse aufzugreifen und gemeinsam mit den Betroffenen Widerstand für die Durchsetzung dieser Interessen zu entwickeln.“

Der im Diskussionsforum abrufbare Text von Heinz Stehr ist lediglich ein Auszug aus seinem Referat auf der 8. PV-Tagung. Heinz schreibt darin zu den Positionen der 84:

„Sie behaupten, die Imperialismusanalyse im Programm sei falsch.“

Dies ist m. E. eine authentische Wiedergabe. Nicht jedoch der folgende Satz:

„Sie betonen aber auch in dem euch vorliegenden Beitrag, die nationale Ebene wäre ausschließlich entscheidend.“

Entweder war der den Genossen vorliegende Beitrag ein anderer als der, der mir vorliegt, oder ich bin nicht in der Lage, diesen Text korrekt zu lesen. Eine solche Aussage

konnte ich zumindest nirgends im Positionspapier finden. (Offensichtlich anders als Robert Steigerwald, der für mich unverständlicherweise in seinem Debattenbeitrag davon spricht, im 84-er Papier sogar ein „Dogma (...) vom primär nur ‚nationalen‘ Kampfboden“ gefunden zu haben.) Eine solche verengende Einschätzung unserer Handlungsfelder wäre sicherlich falsch – aber auch hier gilt, dass es ein Problem ist, wenn eine abweichende Position „nicht authentisch wiedergegeben wird – wohl auch um die eigene Sichtweise ‚plausibler‘ zu begründen“. Zusammenfassend urteilt Heinz:

„Das Profil der DKP ist gefährdet durch sektiererische Verengungen und dogmatische Positionen.“

Dem kann ich zustimmen, hätte jedoch mehr Sorge um die Politik als um das Profil der DKP. Ich denke auch, dass Heinz dies genauso sieht. Aber ich spare es mir hier auszuführen, welche gleichzeitige Bedrohung für Politik und Profil der Partei an dieser Stelle notwendig auch zu nennen gewesen wäre. Und dies weiterhin nicht um ausgleichende Gerechtigkeit anzustreben, sondern weil eine richtige Politik nicht entwickelt werden kann, ohne das dialektische Verhältnis der beiden Fehler, Opportunismus und Sektierertum zu begreifen.

Im Diskussionsbeitrag von Hans-Peter Brenner scheint eine tiefe Verärgerung über das Positionspapier zum Ausdruck zu kommen. Dies mag erklären, dass hier mehrfach Positionen so zugespitzt wiedergegeben werden, dass diese wirklich nicht mehr ‚authentisch‘ zu nennen sind. Beispiel:

„Reicht es aus zu sagen ‚Weg mit dem Kapitalismus.‘ Wird nicht mehr erwartet, als diese ganz allgemeine der allgemeinen Aussagen?“

In diesem Zorn geht dann leider fast unter, wenn Hans-Peter mit der Frage „Ist ‚Offensive‘ also eigentlich nichts anderes als ‚Abwehr‘ plus vermehrtes Reden über Sozialismus?“ den meiner Meinung nach wirklichen Kern der Kritik am Positionspapier aufwirft: Die Frage nach den konkreten Formen in denen wir dazu beitragen können, dass die Massen sich von Illusionen befreien und an revolutionäre Positionen herangeführt werden. Auch Hans-Peter zitiert aus Dimitroffs Komintern-Referat:

„Die ‚linken‘ Doktrinäre haben sich stets über diesen Hinweis Lenins hinweggesetzt, als beschränkte Propagandisten haben sie immer nur vom ‚Ziel‘ gespro-

chen, ohne sich um die Übergangsformen zu kümmern.“

Doch dann ersetzt Hans-Peter mit drei Auslassungspunkte den nächsten Satz aus Dimitroffs Referat:

„Die Rechtsopportunisten dagegen versuchten, ein besonderes ‚demokratisches Zwischenstadium‘ zwischen der Diktatur des Proletariats zu konstruieren, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spaziergangs aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken.“

Dimitroff betont, dass Lenin nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen bürgerlicher und proletarischer Diktatur spricht, sondern eben „von einer Form des Übergangs und des Herantretens an die ‚proletarische Revolution‘“. Dimitroff lediglich so einseitig zu lesen, heißt, ihn zu amputieren, heißt, auf das dringend notwendige Verständnis der Dialektik von Opportunismus und Sektierertum zu verzichten.

Für eine realistische Politik

Wir werden keine erfolgreiche kommunistische Politik entwickeln, wenn wir den sektiererischen Fehler begehen, die eigene Erkenntnis über die Realität und nicht die im Kampf um konkrete Interessen gewonnenen Erfahrungen lebendiger Menschen zur Grundlage unserer Politikentwicklung zu machen. Wir werden keine richtige Politik entwickeln, wenn wir darauf verzichten, auch reformistische Forderungen zu unterstützen, falls diese das Potential haben, dass

im Kampf für diese Forderungen Erkenntnis schaffende Erfahrungen gemacht werden können. Wir werden aber ebenso wenig eine richtige Politik entwickeln können, wenn wir die Arbeit mit lebendigen Menschen ersetzen durch die Arbeit mit abstrakten Bewegungen, wenn wir vergessen, dass wir die Menschen mit ihren Erfahrungen nicht alleine – schon gar nicht in reformistisch ausgerichteten Bewegungen alleine lassen dürfen sondern für klare marxistische Erklärungen verantwortlich sind. Wir werden aber die einen wie die anderen Fehler nicht vermeiden, wenn wir nicht verstehen, dass der eine Fehler nur zu bekämpfen ist, wenn gleichzeitig der andere mit bekämpft wird.

Die Debatte ist keine Last, sondern eine Chance

Es gibt gute Gründe, die nicht zu verhindernde Debatte in der Partei, nicht als unvermeidbare Last anzusehen sondern als notwendige Arbeit, die Kraft der Partei zu stärken, opportunistische und sektiererische Fehler zu vermeiden. Um dies zu schaffen gilt weiterhin: Voraussetzung dafür ist die solidarische Diskussion und die Erarbeitung von Übereinstimmung.

Die Verantwortung dafür trägt die Partei im Ganzen und sie liegt bei jeder einzelnen Genossin und jedem einzelnen Genossen – inklusive der im Parteivorstand tätigen.

Braucht die DKP eine neue strategische Orientierung? (Willi Gerns)

In dem Papier „Den Gegenangriff organisieren ...“ gibt es viele Aussagen, die in der DKP unbestritten sind. Manche halte ich für falsch. Das betrifft insbesondere diejenigen, die Hans-Peter Brenner in seinem Diskussionsbeitrag bereits benannt hat. Ernste Probleme bereitet mir vor allem die im „Gegenangriff“ entwickelte strategische Linie. Auf einen kurzen Nenner gebracht wird ausgehend vom Widerstand gegen die Angriffe von Kapital und Kabinett sowie aktuellen Tagesforderungen unvermittelt auf den Kampf um den Sozialismus orientiert. Der Kampf um antimonopolistische Übergangsforderungen als vermittelndes Glied für die Heranführung an den Kampf um den Sozialismus fehlt. Soweit solche Forderungen benannt werden, wird sofort versucht den Nachweis zu führen, dass sie erst im Sozialismus zu verwirklichen seien. Das betrifft die Überführung der Banken in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum oder auch die Forderung nach echter Mitbestimmung und Kontrolle der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in den Betrieben und in der Wirtschaft insgesamt.

Ein solches Herangehen widerspricht nicht nur unserem aktuellen Parteiprogramm, sondern der seit Konstituierung der DKP 1968 erarbeiteten strategischen Orientierung des Kampfes um antimonopolistische Übergänge mit denen der Weg zum Sozialismus geöffnet werden soll. Nun dürfen natürlich auch strategische Orientierungen kein Dogma sein. Sie müssen sich ändern, wenn die Voraussetzungen, die ihnen zugrunde liegen, sich grundlegend verändert haben.

In dem in Anlage beigefügten Beitrag „Zur Strategie des Kampfes um antimonopolistische Übergänge auf dem Weg zum Sozialismus“ wird darum an die Voraussetzungen erinnert, von denen die DKP bei der Ausarbeitung dieser Orientierung ausgegangen ist und geprüft, ob diese unter den heutigen Be-

dingungen noch tragen. Um das Resümee vorwegzunehmen:

Meiner Überzeugung nach ist dies nach wie vor der Fall. Mehr noch, die Realitäten des heutigen Kapitalismus und der heutigen Klassenkampfbedingungen insgesamt machen mehr denn je eine Strategie der Heranführung an den Kampf um den Sozialismus über antimonopolistische Übergangsforderungen und eventuelle Übergangsetappen notwendig. Zugleich sind wir im Rahmen dieser Strategie mit neuen Entwicklungen im Imperialismus vor neue Herausforderungen gestellt.

Zur Strategie des Kampfes um antimonopolistische Übergänge auf dem Weg zum Sozialismus

Die DKP hat von ihren ersten programmatischen Aussagen an in antimonopolistischen Übergängen den unter den konkreten Bedingungen unseres Landes wahrscheinlichsten und günstigsten Weg zum Sozialismus gesehen und eine entsprechende Strategie entwickelt. Dabei konnten wir uns sowohl auf aktuelle theoretische Arbeiten kommunistischer Wissenschaftler stützen wie auf geschichtliche Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung.

Was die geschichtliche Seite angeht, so müssen hier besonders Lenins Schrift "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" und seine Arbeiten aus der Periode zwischen der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution und der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Russland genannt werden, in denen er grundlegende Fragen der Übergangsproblematik unter den Bedingungen des Imperialismus herausarbeitete. Einen bedeutenden Beitrag zu diesem Fragenkomplex hat auch die Kommunistische Internationale geleistet, insbesondere auf ihrem IV. Kongress 1922 und auf dem VII. Weltkongress 1935 mit den

Orientierungen auf eine Arbeiter- bzw. Volksfrontregierung.

Von großer Bedeutung waren die Erfahrungen der demokratischen Revolution in Spanien, in der es zur Herausbildung von Keimformen eines demokratischen Staates neuen Typs kam. Im Zusammenhang mit der Herausbildung volksdemokratischer Staaten nach dem zweiten Weltkrieg - in der DDR in Gestalt der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht - wurden weitere wichtige Erfahrungen gesammelt. Das gilt auch für die revolutionären Prozesse in Chile Anfang der 70er Jahre und die Nelkenrevolution in Portugal.

Aus Niederlagen lernen

Wenn die meisten dieser Prozesse letztlich mit einer Niederlage endeten, so ist das kein Argument gegen den Kampf um antimonopolistische Übergänge. Für die Niederlagen gab es jeweils konkrete Gründe. Die hat es aber auch für die Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und den übrigen sozialistischen Ländern Europas gegeben.

Die Möglichkeit von Übergängen auf dem Weg zum Sozialismus und deren Inhalte wurden in der Geschichte der Arbeiterbewegung stets aus den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes abgeleitet. Das gilt auch für die DKP. Die tiefste sozialökonomische Ursache für den Kampf um antimonopolistische Übergänge auf dem Weg zum Sozialismus sehen wir in den objektiven Entwicklungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Der Kapitalismus in der Bundesrepublik ist Monopolkapitalismus und innerhalb dieses Entwicklungsstadiums staatsmonopolistischer Kapitalismus geworden. Welche Schlussfolgerungen haben wir daraus gezogen?

Hauptgegner: Monopole

1. Die Monopole, die ihre Macht mit der Macht des kapitalistischen Staates vereinigt haben, stellen das Rückgrat der heutigen kapitalistischen Gesellschaft dar. Mit der Überwindung der Monopolmacht würde darum das wichtigste Hindernis für die Öffnung des Weges zum Sozialismus überwunden. Deshalb ist es objektiv notwendig, die ganze Kraft auf den Kampf gegen das Mono-

polkapital, gegen die vereinigte Macht von Monopolen und kapitalistischem Staat zu konzentrieren.

Kampf für Demokratie ist Kampf für Sozialismus

2. Unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus erhalten der demokratische Kampf und seine Verflechtung mit dem Kampf um den Sozialismus eine neue Qualität. War in der Anfangsperiode der Arbeiterbewegung der Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten gegen den Feudalismus oder feudale Überreste gerichtet, so muss er heute vor allem gegen das Monopolkapital und seinen Drang nach Unterdrückung und Aushöhlung demokratischer Rechte geführt werden. Es geht dabei ebenso wenig um eine Wiederherstellung der durch die Monopole und ihren Staat immer mehr negierten klassischen bürgerlichen Demokratie, wie es auch utopisch wäre, zum Kapitalismus der freien Konkurrenz zurückkehren zu wollen.

Es geht vielmehr um die Herausbildung von Bedingungen für die Entwicklung einer qualitativ neuen, einer antimonopolistischen Demokratie. Da der Kampf um Demokratie heute gegen die Macht der Monopole und damit gegen das Haupthindernis auf dem Weg zum Sozialismus gerichtet werden muss, wird er objektiv noch stärker als früher zu einem unmittelbaren Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus.

Bedeutung der Bündnispolitik

3. Aus der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ergeben sich zugleich wichtige Schlussfolgerungen für die Bündnispolitik. Durch die Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates ist ein Machtkartell entstanden, das nur durch eine starke Gegenkraft überwunden werden kann.

Diese wird umso stärker sein, je mehr es gelingt, möglichst viele Gegner der Monopolbourgeoisie aus allen Gruppen und Schichten, die - und wenn dies auch nur in Teilfragen der Fall ist - in Widersprüche zum staatsmonopolistischen System geraten, in ein breites antimonopolistisches Bündnis zusammenzuführen.

Erfolgsfaktor Bewusstsein

4. Schließlich und nicht zuletzt haben wir uns davon leiten lassen, dass für eine erfolgreiche sozialistische Umwälzung neben der Reife der materiellen Voraussetzungen in Gestalt eines bestimmten Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte und der kapitalistischen Produktionsverhältnisse auch ein entsprechender Reifegrad des subjektiven Faktors gegeben sein muss. Dazu gehört eine bestimmte zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse, ein hoher Grad ihrer Organisiertheit und der Verwirklichung ihrer Aktions-einheit, die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus durch die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihre Bereitschaft zum Kampf für den Sozialismus. Es genügt, diese Faktoren zu nennen, um zu der Einsicht zu gelangen, dass in der Bundesrepublik heute von der Reife des subjektiven Faktors für eine sozialistische Umwälzung absolut keine Rede sein kann. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten muss erst in einem langen Prozess des Klassenkampfes aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen an die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus und die Bereitschaft des Kampfes für den Sozialismus herangeführt werden. Die täglichen Kampferfahrungen stoßen heute aber vor allem auf die Allmacht der Banken und Konzerne und die deren Interessen dienende Politik des Staates.

Aus diesen Erkenntnissen haben wir, angefangen von der „Grundsatzklärung“ 1969, über die „Thesen des Düsseldorfer Parteitags“ 1971 und das „Mannheimer Programm“ 1978 bis hin zu unserem aktuellen Parteiprogramm eine strategische Orientierung entwickelt, die ausgehend von der Verteidigung des Erreichten und nächste Schritte nach vorn über grundlegende antimonopolistische Forderungen und Übergänge an die sozialistische Umwälzung heranzuführen soll.

Was hat sich geändert?

Hat sich an den genannten Voraussetzungen für unsere strategische Orientierung nun so Grundlegendes geändert, dass wir sie durch eine andere ersetzen müssten? Ist es nicht mit der weiteren Konzentration und Zentralisation der Monopole in Gestalt der großen transnationalen Konzerne und der

Vereinigung von deren Macht mit der Macht der Nationalstaaten, der supranationalen und globalen Institutionen des Kapitalismus noch notwendiger geworden auf diesen Hauptgegner den Kampf zu konzentrieren? Hat unter diesen Bedingungen etwa der Kampf um Demokratie und eine antimonopolistische Bündnispolitik an Bedeutung verloren? Und hat sich etwa an dem, was zum Bewusstseinszustand und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse gesagt wurde Grundlegendes zum Positiven gewandelt? Davon kann selbstverständlich keine Rede sein.

Zudem und nicht zuletzt haben sich mit der Niederlage des Sozialismus sowie der enormen Schwächung der kommunistischen Bewegung und dabei unserer Partei im Besonderen die Kräfteverhältnisse im Klassenkampf derart gravierend zuungunsten der Kräfte des Fortschritts verändert, dass eine Strategie des Kampfes um antimonopolistische Übergangsforderungen auf dem Weg zum Sozialismus meiner Überzeugung nach heute noch notwendiger ist als jemals zuvor.

Aber selbstverständlich sind wir im Rahmen einer solchen Strategie, insbesondere mit den sich unter dem Stichwort „Globalisierung“ vollziehenden neuen Prozessen im Imperialismus vor neue Herausforderungen gestellt. Dazu gehört sicher, dass der Stoß noch stärker gegen die transnationalen Konzerne und die Institutionen der imperialistischen Globalisierung gerichtet werden muss und dass dabei der internationalen Solidarität ein noch größeres Gewicht zukommt.

Für beides sehe ich, wenn auch noch bescheiden, durchaus neue Möglichkeiten und Ansätze.

Ich denke dabei z.B. an die Konzernbetriebsräte in transnationalen Konzernen, die bei entsprechendem Willen der dorthin entsandten Belegschaftsvertreter und entsprechendem Druck der Beschäftigten durchaus zu Instrumenten eines länderübergreifenden koordinierten Kampfes der Arbeiter und Angestellten gegen die Allmacht der Konzerne werden könnten. Und ich denke auch entstandenen und sich international vernetzen den Bewegungen gegen die die Interessen der großen Konzerne vertretenden Institutionen wie den Internationalen Währungs-

fonds, die Weltbank, die Welthandelsorganisation, und die Großen 7 bzw. Großen 8.

Vor neue internationalistische Herausforderungen werden wir Kommunisten auch durch die weitere Integration des Europas der Monopole gestellt. Sie betreffen die Koordination unserer Aktivitäten bei der Verteidigung sozialer und demokratischer Er rungenschaften und im Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik. Sie erfordern davon ausgehend aber auch immer dringlicher die Herausarbeitung einer gemeinsamen Strategie zur Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole und die gemeinsame Diskussion von Vorstellungen über künftige sozialistische Gesellschaften.

Zu den neuen internationalistischen Herausforderungen gehört nicht zuletzt, unter den Bedingungen der imperialistischen Globalisierung, dass die europäische und weltweite Vernetzung des gewerkschaftlichen Kampfes eine neue Qualität erfahren muss und wir Kommunisten ungeachtet aller Schwierigkeiten internationale Strukturen schaffen müssen, die den neuen Kampfbedingungen entsprechen.

Im Zusammenhang mit diesen und anderen neuen Herausforderungen haben wir unsere Strategie im neuen Parteiprogramm präzisiert. Das Programm stellt darum meiner Überzeugung nach einen zuverlässigen Kompass für die Gestaltung kommunistischer Politik unter den heutigen Bedingungen dar.



Ich will mehr Infos über die DKP

Name/Vorname

Straße

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: **DKP-Parteivorstand • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Homepage: www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de**

Kein Widerspruch zum Programm und Statut der DKP (Herbert Münchow)

Robert verweist richtig auf das Parteistatut. Das geht auch mir die ganze Zeit durch den Kopf. So ist es auch mit dem Parteiprogramm. Hier bleiben die Kritiker aus den Reihen des Parteivorstandes nach wie vor die Antwort schuldig, die Antwort nämlich, wo der Widerspruch zum Programm der DKP zu finden ist. Falsch ist es auf jeden Fall zu behaupten, antimonopolistische Übergänge seien gefährdet (siehe letzte Tagung PV). Warum? Und wovon hängen sie ab? Diese Möglichkeit war einst mit dem Kräfteverhältnis eines real existierenden Sozialismus verbunden. Außerdem:

Antimonopolistische Übergänge ergeben sich aus einem stark entwickelten Klassenkampf, aus dem Kampf einer Arbeiterklasse, die sich ihrer selbst bewusst ist, sie ergeben sich nicht im Gegensatz zum real existierenden Kapitalismus, der umfassender ist als das dominierende Monopol. Falsch verstandene Volksfrontpolitik, die wie Volksrevolution zur Losung erhoben wird, kann gewaltigen Schaden anrichten. Gesellschaftliche Allianzen ohne Klassenstruktur dürften in unserer Umgebung schwerlich zu finden sein. Diese Polarisierung ist ein Ergebnis der Klassenpolarisierung. Für Lenin war der Marxsche Ausdruck "Volksrevolution" eine Einschätzung, die einem bestimmten Kräfteverhältnis entsprach.

Das Papier, das vom PV aus der UZ-Debatte verdammt wurde (obwohl es die Nicht-Genossen unter den UZ Lesern sehr wohl interessieren würde), steht vor den gleichen Problemen wie jeder Beschluss des PV, in dem es heißt: Die Aufgabe besteht darin einen Politikwechsel herbeizuführen, das Kräfteverhältnis zu ändern. Offen bleibt doch immer: Wie kommen wir dahin? Wir greifen hier eine alte und immer wieder aktuelle Diskussion zur Taktik auf - und kommen, ob es nun beliebt oder nicht, zu Fragen der Losungen, Forderungen, Übergangsforderungen usw. Aber zurück zum Statut: Lesen wir es doch mal gründlich. Das dem PV (!!!!!) vorge-

legte Papier widerspricht weder dem Programm, noch widerspricht sein Werdegang und sein Anspruch dem Statut. Im Gegenteil: Schaut euch die Rechte und Pflichten der Parteimitglieder an. Schaut euch Artikel 3 an usw. Nicht das ist das Problem, sondern die Reduzierung des Statutes auf die Frage der Fraktionen, die unangenehm, aber nicht verboten sind - bei Lenin nur unter ganz besonderen Bedingungen -, und die Reduzierung des Statutes auf die Frage der Einheit und Geschlossenheit überhaupt.

Problematisch ist es allerdings, wenn man zunehmend als Mitglied der DKP den Eindruck gewinnt, dass der PV von der Ausnahmeregel der Mehrheitsbeschlüsse als "Argument" (Artikel 3) in einer Weise Gebrauch macht, dass man um die weitere Diskussion in der Gesamtpartei zur kollektiven Meinungsbildung wirklich fürchten muss. Das Wort "solidarisch" wird dadurch oftmals zur Leerformel, weil es jede weitere Diskussion unterbindet, statt sie zu befördern. Wir hängen doch nicht dem Katholizismus an. Bernd Müller-Weathersby schreibt: "Brauchen wir nicht jeden, der unter diesen System leidet um ihn davon zu überzeugen, dass es nötig ist, sich gemeinsam gegen Ungerechtigkeiten zu wehren. Nur in diesen gemeinsamen Kämpfen kann meiner Meinung das Bewusstsein reifen, das auf Dauer der Kampf um Reformen nicht ausreicht. Wir müssen aber an der Seite der Kämpfenden stehen um mit ihnen DANN!!!! über Revolutionen reden zu können." Das ist unbedingt richtig und besagt, dass wir unsere Meinung nicht aufzwingen und von ihrer Annahme nicht jede weitere Zusammenarbeit abhängig machen. Aber es besagt nicht, dass wir unsere Meinung wegen der Gefährdung antimonopolistischer Übergänge, gesellschaftlicher Allianzen, breiter politischer Bündnisse oder aus Rücksichtnahme auf UZ Leser aus Gewerkschaftsführungs- oder anderen Kreisen, die möglicherweise erschrecken, verschweigen.

Den Gegenangriff organisieren- mit fehlerhafter Analyse und falschen Schlussfolgerungen? (Frank Dähler)

„Die objektiven Verhältnisse sind längst reif für den Sozialismus“ („Gegenangriff“-Papier, S. 8) - diese - nicht neue- Feststellung, der wohl alle Mitglieder dieser Partei zustimmen können, bringt unsere Sehnsucht und die objektive Notwendigkeit zum Ausdruck. Damit eine solche Aussage aber nicht eine reine Proklamation bleibt und man den komplizierten Weg in die Zukunft gehen kann, müssen die „objektiven Verhältnisse“, handelnde Subjekte und nicht zuletzt die Lage der kommunistischen Partei heute möglichst genau und differenziert betrachtet werden. Dieser Aufgabe- und der müssen sich die AutorInnen und letztlich auch UnterzeichnerInnen des „Gegenangriff -die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren“-Papiers bei einem so formulierten Anspruch stellen - wird das Papier nicht gerecht, die Analyse greift an wichtigen Stellen zu kurz, die Schlussfolgerungen sind entsprechend ungenau bzw. falsch.

Fehlende Fragen, fehlende Antworten

So besteht die Analyse der Lage der Arbeiterklasse am Beginn des Papiers aus einem Satz. Und dabei belassen es die AutorInnen dann im Wesentlichen. Keine Frage danach, von einer Antwort ganz zu schweigen, warum die „Arbeiterklasse sich in der Defensive“ befindet und das „Kräfteverhältnis schlecht ist“ (S.1). An dieser Stelle müsste man sich nämlich mit der differenzierten Lage und mit dem Bewusstsein der Arbeiterklasse beschäftigen und auseinandersetzen und auch damit, woran Kommunistinnen und Kommunisten anknüpfen müssen bzw. können. An anderer Stelle des Papiers heißt es dann, die „kampfstärksten Teile der deutschen Arbeiterklasse in der Autoindustrie haben bereits Zugeständnisse gemacht“ (S.4). Diese Feststellung- wenn man deren

Inhalt teilt- sagt ja durchaus etwas aus über das Bewusstsein der Klasse, bleibt aber leider unkommentiert. Und es ist richtig, dass „die Mitglieder der DKP ...zusammen mit anderen Kollegen in den DGB-Gewerkschaften für einen Konfrontationskurs“ (S. 6) mit dem Kapital kämpfen, aber setzt dies heute nicht in vielen Fällen erst einmal den Kampf um die Köpfe der KollegInnen voraus, damit sie eine solche über tarifpolitische/betriebliche Fragen hinausgehende Perspektive erkennen und für sich sehen?!

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP



UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo.
(bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____ Geburtsjahr _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Kampf in Etappen

Eine Betrachtung des -durch jahrzehntelange Sozialpartnerschaft und vielfältige Beeinflussung durch im Wesentlichen kapitalistische Medien geprägte- Massenbewusstseins könnte die AutorInnen ggf. zu der Erkenntnis führen, dass der Kampf um eine sozialistische Perspektive offensichtlich nur in Etappen erfolgen kann. Eine solche Erkenntnis passt aber nicht in das hier vertretene irrealer Konzept einer „Offensivstrategie“. Hier wird es nicht reichen, der Arbeiterklasse zu sagen, dass sie Ihre historische Mission zu erfüllen hat!

Der zu kurz gegriffenen Analyse der Arbeiterklasse entspricht dann die Auflistung der Herausforderungen an die Partei. Auch hier fehlt die Bestandsaufnahme des Zustandes der Partei völlig - wie viel Kraft hat die Partei?; wie groß ist der Anteil von G.u.G. in betrieblichen Funktionen ? u.s.w. - denn ohne Zweifel befindet sich die DKP in einer schwierigen Lage (Krise?). Die Verantwortung dafür aber in Positionen des aktuellen Programms und bei bestimmten Köpfen an der Spitze der Partei heute zu sehen, halte ich für ahistorisch - weil es die Entwicklungen vor und seit 1989 ausblendet-, und damit falsch.

An anderer Stelle wird die Theorie „eines Kollektiven Imperialismus“ als „grundfalsch“ bezeichnet (S.3), untermauert durch die Einschätzung, dass sich die „Imperialisten jetzt...nur noch gegenseitig Einflussphären abjagen“ können. So falsch die Theorie vom „Kollektiven Imperialismus“ sein mag, wenn man sie verabsolutiert, so falsch ist es aber auch zu leugnen, dass die kapitalistischen Haupt- und Nebenmächte durchaus „kollektiv“ handeln, wenn es um ihre Interessen geht - z.B. mit militärischen Mitteln wie beim Überfall auf Jugoslawien und beim Krieg in Afghanistan und nicht zuletzt beim gemeinsamen Kampf gegen die realsozialistischen Länder. Dass es bei diesem „kollektiven“ Vorgehen parallel dazu gegensätzliche Inter-

essen gibt, liegt wohl in der (imperialistischen) Natur der Sache.

Im Abschnitt zur „Wirtschaftsdemokratie“ heißt es, dass die „Forderung nach Mitbestimmung im Betrieb, die Kontrolle der Produktion durch die Belegschaften....., die Einsetzung von `Wirtschafts- und Sozialräten´, wie die IG Metall sie vorschlägt... zwar Ansätze zum Klassenkampf sein“ (S.8) können. Wenn Belegschaften massenweise diese Forderungen stellen und sich z.B. durch Streiks dafür einsetzen würden, dann hätte diese Republik tatsächlich schon ein anderes Gesicht, aber Voraussetzung dafür wäre ein verändertes (Massen-)Bewusstsein (s.o.). Doch reicht den AutorInnen - so zumindest der fatale Eindruck- diese neue Etappe der „Ansätze zum Klassenkampf“, um die hart genug gerungen werden müsste (!), als nächster Schritt nicht und soll offensichtlich irgendwie (??) übersprungen werden und die „Mitbestimmung durch Fabrikräte“ als höhere Stufe durchgesetzt werden, nach dem Motto: Wenn der Klassenkampf für die eine fortschrittliche Etappe (noch) nicht reicht, heben wir ihn eben gleich auf die nächst höhere!?

Mag man das Parteiprogramm an der einen oder anderen Stelle kritisieren, für unvollständig oder fehlerhaft halten, es wird wissenschaftlichen, marxistischen Ansprüchen in allen Punkten eher gerecht. Das vorgelegte Papier knüpft meines Erachtens in wichtigen Punkten nicht an der gesellschaftlichen (Bewusstseins-)Realität in diesem Land an und kommt daher auch zu falschen Schlussfolgerungen.

Die hier vertretenen Positionen bergen die Gefahr, dass die DKP sich von der Arbeiterklasse (noch) weiter entfernt, dass sie im Bündnisbereich - der im Papier faktisch keine Rolle spielt! - und in der Linken (!) - die mehr ist als die Partei „die Linke“ - auf Unverständnis stößt, kurz, dass sie sich in die Isolation begibt.

Den Gegenangriff organisieren. Aber wie werden die Betroffenen selbst aktiv? (Klaus Köhler/Walter Herbst)

Es geht in der derzeitigen Diskussion um weltanschauliche Grundlagen und andererseits um politische, strategische und taktische Positionierungen – irgendwie also „ums Ganze“.

Aktive und bekannte GenossInnen haben sich Gedanken zur aktuellen politischen Lage und zur Zukunft der DKP gemacht. Dies ist gut so. Das dies durch unterschriebene Positionspapiere neben den DKP-Strukturen geschieht, um sich Mehrheiten zu verschaffen, ist zu kritisieren.

Jedoch: Die Diskussion wird derzeit in den Strukturen der DKP geführt. und die Partei wird dies – so hoffen wir – aushalten und positiv zur Klärung und Weiterentwicklung nutzen. Wir erwarten diese Diskussion innerhalb der DKP, bei Respektierung des Rechts, immer und jederzeit die Meinung äußern zu können.

I. Das Positive am „Gegenangriff“

1. Es ist gut, dass das Papier „Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren!“ zur breiten Diskussion führt – gerade auch in Vorbereitung des anstehenden Parteitages. Wir hoffen, dass dies – wie es jetzt geschieht – zu einer weiteren Versachlichung der notwendigen Diskussionen auf Grundlage unserer wissenschaftlichen Weltanschauung führt.

2. Im Vorspann wird auf die aktuelle Defensivposition der Arbeiterklasse verwiesen. Gleichzeitig wird eine Verbindung von den notwendigen (Abwehr-) Kämpfen und der Zukunftsperspektive der Bewegung – dem Sozialismus – gezogen. Aus den Kämpfen heraus sei es die Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten zu verdeutlichen, dass es sich bei den Ursachen der Angriffe auf die politischen, sozialen und demokratischen Rechte der Menschen um

schen Rechte der Menschen um Ergebnisse des Grundwiderspruchs in unserer Gesellschaft zwischen gesamtgesellschaftlicher Schaffung der Werte und privater Aneignung handelt.

Deutlich wird hierbei von den Verfassern benannt, das auch Abwehrkämpfe zum Ausgangspunkt von weitergehenden Entwicklungen werden können: „So kann aus diesen Kämpfen Klassenbewusstsein entstehen.“

3. In den Kapiteln 1 („Die Ursache der Krise ist der Kapitalismus“) und 2 („Die Krisenbewältigungsstrategie des deutschen Imperialismus“) werden einige allgemeingültigen Grundlagen unserer Weltanschauung in kurzer und knapper Form benannt.

Es wird aber wohl von keinem Kommunisten oder keiner Kommunistin bestritten, dass der Kapitalismus die Ursache der Krise ist, das der Imperialismus in der Krise Kapital vernichtet oder das die Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung abgeladen werden. Unbestreitbar wichtig ist, sich diese Grundlagen unserer Weltanschauung immer wieder zu vergegenwärtigen. Hierzu sollte entsprechend auch um eine Ausweitung und Intensivierung der marxistischen Bildungsarbeit gerungen werden.

II. Die Unzulänglichkeiten des „Gegenangriff“

1. Viele der kurzen und knappen Aussagen in den Kapiteln 1 und 2 sind im Parteiprogramm der DKP deutlicher und umfassender formuliert. Wir vermissen im „Gegenangriff“ eine umfassendere Nutzung der Dialektik als Methode unserer wissenschaftlichen Weltanschauung. Es lohnt sich in Kapitel „I. Imperialismus heute“ und Kapitel „II. Der deutsche Imperialismus“ des Parteiprogramms nachzulesen, z.B. zu den Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus, zur Rolle

der Nationalstaaten, der EU und zur Funktion des Staates.

2. Die folgenden Aussagen halten wir für problematisch; Sie werden im „Gegenangriff“ auch nur formuliert und nicht begründet:

a) „Den Abwehrkampf gegen die Folgen der Krise aber können wir nur hier im eigenen Land führen: jede Arbeiterklasse muss zuerst mit der eigenen Bourgeoisie fertig werden – und dabei internationalistische Solidarität entwickeln.“

und

b) „Die Theorie der Herrschaft eines transnationalen Kapitals, eines kollektiven Imperialismus, hat sich in der Krise als Grundfalsch erwiesen.“

Warum werden nationale Kämpfe verabsolutiert? Wieso werden die internationalen ökonomischen Verflechtungen und imperialistische Strategien der Monopole und der Bourgeoisie (z.B. Internationalisierung des Kapitals) nicht berücksichtigt (oder gesehen)? Warum wird die Notwendigkeit von international abgestimmten Aktionen und Kämpfen der Arbeiterklasse, ihrer Gewerkschaften und globalisierungskritischer Netzwerke negiert bzw. auf „internationalistische Solidarität“ reduziert?

Natürlich müssen wir hier vor Ort die Auseinandersetzungen an unseren Wohnorten und Kommunen, in den Betrieben und an anderer Stelle führen. Aber was ist mit der Dialektik zwischen (Abwehr-) Kämpfen vor Ort, dem Bewusstseinsstand und Zugängen der Menschen ihre eigenen Interessen wahrzunehmen sowie globalen Kämpfen und Vernetzungen?

Schon Marx und Engels wiesen im „Manifest der Kommunistischen Partei“ auf die Grundlagen zur Internationalisierung des Kapitals hin:

„Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörende Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich

verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

Und heute?

„Mehr und mehr werden die letzten Schranken der nationalen Märkte niedergerissen. Der Weltmarkt wird immer mehr zu einem einheitlichen, den ganzen Globus erfassenden Feld kapitalistischer Konkurrenz. Bei der neuen Stufe der Internationalisierung geht es nicht mehr nur um die weitere Verflechtung des Handels und der Märkte. Die neuen Kommunikationstechnologien ermöglichen heute die Vernetzung der Produktionsprozesse und Finanzströme über den ganzen Globus. Im Zentrum der weltweiten Konkurrenz steht der Kampf, durch markt- und produktionsbeherrschende Positionen sowie die Führung im Wettlauf um Innovationen Monopolprofite zu erlangen. Die rasch voranschreitende Internationalisierung der Ökonomie gerät in Widerspruch zu den beschränkten Möglichkeiten nationaler Wirtschaftspolitik. Diese ökonomischen Prozesse und die damit verbundenen politischen wie kulturellen Entwicklungen werden Globalisierung genannt. Sie kennzeichnen die Erscheinungsform des Imperialismus am Beginn des 21. Jahrhunderts, ohne sein Wesen zu verändern. Zu den beherrschenden Kapitalien auf dem Weltmarkt und zu einer strukturbestimmenden Form des Kapitalverhältnisses in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe des monopolistischen Kapitalismus wurden die Transnationalen Konzerne und Transnationalen Finanzgruppen. Die Transnationalen Konzerne organisieren den Produktionsprozess in weltweiten Netzen nach den günstigsten Verwertungsbedingungen und globalisieren die Mehrwertproduktion. Sie können die Wirtschaftspolitik von Staaten durchkreuzen und diese erpressen. Die Staaten werden in einen erbarmungslosen Konkurrenzkampf um die für die Transnationalen Konzerne profitabelsten Konditionen verstrickt.“ (Programm der DKP)

Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium hat sich weiterentwickelt. Dies erfordert auch eine Weiterentwicklung von Strategie und Taktik der kommunistischen Partei. Die Anwendung der Dialektik in der Verbindung nationaler und internationaler Kämpfe ist unter diesen Bedingungen gefordert. Dies wird im „Gegenangriff“ nicht ausreichend verfolgt.

3. Im Kapitel 3 des „Gegenangriff“ („Was macht den Bossen Dampf? Klassenkampf!“) werden aktuelle politische Forderungen als Illusionen schürend hingestellt, z.B. die Forderung nach „Vergesellschaftung des Bankensektors“ und nach „Wirtschaftsdemokra-

tie“. Alternativen jedoch beschränken sich im „Gegenangriff“ auf Forderungen nach dem politischen Streik und der Radikalisierung nach französischem Vorbild.

Die richtige Einschätzung im Vorspann des „Gegenangriff“, dass

a) aus den Kämpfen Klassenbewusstsein entsteht und

b) eine Verbindung von den notwendigen (Abwehr-) Kämpfen und der Zukunftsperspektive der Bewegung (Sozialismus) in der Klasse hergestellt werden kann,

wird jedoch leider nicht wieder aufgegriffen, steht also letztendlich ohne Konkretisierung da.

Welche Losungen, Kampfformen und politische Forderungen sind denn nun einerseits politisch richtig und mobilisieren andererseits? Etwa „Vorwärts zum Sozialismus“?

In den letzten Dekaden, besonders aber in den 1970er und 1980er Jahren, wurde intensiv über Übergänge zum Sozialismus diskutiert: Wende zu demokratischen und sozialem Fortschritt, antimonopolistische Demokratie etc. Viele Schriften, Abhandlungen, Artikel und Bücher sind darüber erschienen sowie Konferenzen und Tagungen abgehalten.

Damals waren die Zeiten anders: Es gab noch den Sozialismus als Gegenpol zum Kapitalismus und der Imperialismus formierte sich zum Neoliberalismus und Internationalisierung. Es gab noch einigermaßen Erfolgchancen für die Arbeiterklasse, der Jugend und Studenten in den Kämpfen. Die Forderungen z.B. nach einer „antimonopolistischen Demokratie“ als Übergang zum Sozialismus waren richtig, knüpften bei den realen Möglichkeiten, dem Bewusstseinsstand und den Menschen an.

Es geht um die Dialektik von Reform und Revolution zur Schaffung dieser Übergänge. Warum wird dies im „Gegenangriff“ ignoriert?

Heute, wo sich die Kampfbedingungen ungleich schwieriger darstellen, das Bewusstsein der Klasse sicherlich nicht entwickelter ist als „damals“, der Sozialismus als unsichtbarer Partner an den Verhandlungstischen der Gewerkschaften nicht mehr existiert und – nicht zu vergessen – die kom-

munistischen Kräfte zahlenmäßig geringer und der Antikommunismus und Repressionen noch massiver betrieben werden: Warum sollten die Möglichkeiten der Übergänge zum Sozialismus und antimonopolistisch-demokratische Forderungen jetzt falsch sein? Mit wem soll denn der „Gegenangriff“ durchgeführt werden? Hierzu vermissen wir Aussagen. Wenn z.B. formuliert wird, dass Forderungen nach Vergesellschaftung der Banken erst in „revolutionären Zeiten“ zu erheben seien, geht dies nicht nur an den realen Möglichkeiten vorbei, sondern hat auch anscheinend eine andere Sicht auf die Kräfte und Bündnispartner, die diese Forderungen in den Bewegungen aufgreifen und umsetzen müssen.

Friedrich Engels schrieb in „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“:

„Wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur fernern Verwaltung der modernen Produktivkräfte aufdeckten, so zeigt die Verwandlung der großen Produktions- und Verkehrsanstalten in Aktiengesellschaften, Trusts und Staatseigentum die Entbehrlichkeit der Bourgeoisie, für jenen Zweck.“

Und weiter formulierte er:

„Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.“

Die Forderung nach Vergesellschaftung der Banken ist genau aus diesen Überlegungen heraus, und weil es am derzeitigen Bewusstseinsstand der Mehrheit der Bevölkerung ansetzt, richtig.

4. Wir vermuten bei den Verfassern des „Gegenangriff“ auch eine Sorge angesiedelt (zumindest unterschwellig), dass sich die DKP reformistischen und opportunistischen Auffassungen zuwenden könnte (oder schon zugewendet hat?!). Diese Sorge ist grundsätzlich – wenn sie denn vorhanden ist – von der ganzen Partei ernst zu nehmen. Andererseits besteht bei anderen Mitgliedern sicherlich auch die Sorge, dass es zu „linken“ und doktrinären Verengungen kommt. Auch dies ist von der Partei ernst zu nehmen.

Selbstverständlich ist auch die DKP grundsätzlich nicht davor gefeit in Opportunismus und Reformismus – die Geschichte der KPen seit 89/90 gibt Zeugnis darüber – aber auch andererseits linksradikal in doktrinär-sektiererischen Auffassungen abzuweichen.

Rosa Luxemburg wies auf diese Gefahren in ihrer Analyse zu „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ hin und formulierte gleichzeitig die Dialektik zwischen dem Tageskampf und dem Kampf für die sozialistische Umwälzung:

"Die Vereinigung der großen Volksmassen mit einem über die ganze bestehende Ordnung hinausgehenden Ziele, des alltäglichen Kampfes mit der revolutionären Umwälzung, das ist der dialektische Widerspruch der sozialdemokratischen Bewegung, die sich auch folgerichtig auf dem ganzen Entwicklungsgang zwischen den beiden Klippen: zwischen dem Preisgeben des Massencharakters und dem Aufgeben des Endziels, zwischen dem Rückfall in die Sekte und dem Umfall in die bürgerliche Reformbewegung vorwärts arbeiten muss."

Dieses „vorwärts arbeiten“ liegt in der Anwendung des Marxismus, des dialektischen und historischen Materialismus in der jeweils konkret historischen Situation. Eine

unserer schärfsten Waffen zur Erklärung der Welt und für den Klassenkampf ist die Dialektik: Wenden wir sie an!

Die Öffnung des Weges zum Sozialismus wird nur über demokratische Erfahrungen der Massen und antimonopolistisch-demokratische Veränderungen möglich sein. Die Menschen müssen mitgenommen werden, entsprechend müssen auch die zu wählenden Forderungen und politischen Losungen formuliert werden – die sozialistische Perspektive muss gleichzeitig mit vermittelt werden: Das ist die Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten.

Engels wies in einem „Brief an Florence Kelley-Wischnewetzky“ auf die Sinnlosigkeit selbst größtenteils richtiger Positionen hin, „wenn sie nicht an die wirklichen Bedürfnisse der Leute anzuknüpfen versteht“.

Der Mensch geht vor Profit

- Löhne und Renten erhöhen. Das stärkt die Nachfrage, sichert Arbeitsplätze und verbessert das Leben.
- Steuerreform – die Reichen, die Konzerne und Banken sollen zahlen.
- Spekulation mit Energie und Lebensmittel verbieten.
- Öffentliches Eigentum an Sparkassen und Landesbanken erhalten. Aber: Schluss mit dem Filz der neoliberalen Eliten. Demokratische Kontrolle von Unten.
- Nicht die Mängel und Verluste des Finanzsystems sozialisieren, sondern die großen Banken und Finanzkonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle der Bürger überführen.
- Demokratisierung der Europäischen Zentralbank. Ihre Aufgabe: Vollbeschäftigung und Entwicklung, Finanzierung langfristig angelegter Struktur- und Regionalprogramme für den Übergang zu einer anderen Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise.
- Energiekonzerne enteignen. Power To The People!



www.kommunisten.de

- Ich will mehr über die DKP wissen
- Ich möchte Mitglied der DKP werden
- Ich möchte die UZ – Zeitung der DKP 10 Wochen kostenlos kennenlernen

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Ausgefüllt abschicken an: DKP Parteivorstand, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

Wem nützt eigentlich das 84er-Papier? (Volker Metzroth)

Die Krisenanalyse gibt Teile dessen recht schwach und unvollständig wieder, was in Referaten und Diskussionsbeiträgen, in Publikationen der DKP, des ISW und anderer besser beschrieben und fortgeschrieben wurde und wird. Die ökonomischen Forderungen sind auch im aktuellen DKP-Info abgedruckt, das von meiner Gruppe z.B. an die Belegschaft eines Metallbetriebes verteilt wurde und diese Woche in der Innenstadt verteilt werden wird. Das DKP-Info beschränkt sich allerdings nicht auf ökonomische, sondern formuliert auch politische Forderungen. Es war seit August in Arbeit, sage also keiner, es hätte des 84er-Papieres bedurft (es wurde am 21. September dem Parteivorstand zugemailt), um die Positionen der Partei darzustellen.

Wem nutzen die verbalradikalen Attacken gegen Gewerkschafts- führungen?

Den fortschrittlichen Kräften erfahrungsgemäß nichts, sie sind allenfalls Munition für Kräfte in den Gewerkschaften, die diese auf die Rolle einer Hilfstruppe für die SPD und als Ordnungsfaktor beschränken wollen und denen dabei Linke (ob aus DKP, PdL, Sozialdemokraten oder Parteilose) im Wege sind. Aus den Fehlern der KPD zu lernen wäre hier nicht verkehrt. Oder sähen es die Autoren als Erfolg an, wenn bis dato unorganisierte, weil von der Unternehmerpropaganda verblendete Kolleginnen und Kollegen, bei uns die "Argumente" dafür fänden, nicht den Gewerkschaften beizutreten?

Folgte man der Argumentation gegen die Verstaatlichung der Banken, wäre das ein Bruch mit bisheriger Politik, der auch den Kampf gegen weitere Privatisierungen als unsinnig erscheinen ließe, dort wo Staatseigentum noch nicht in den Händen privater Profiteure ist. Man frage einmal Post- und Telekombeschäftigte, ob es für sie ein Unter-

schied war, in einem staatlichen Betrieb oder in einem kapitalmarktgesteuerten Transnationalen Konzern zu arbeiten. Die Forderung nach einer Re-Kommunalisierung der Berliner Wasserversorgung wäre dann absurd. Dass Verstaatlichung noch nicht Vergesellschaftung ist, zieht sich wie ein roter Faden durch Beschlüsse und Veröffentlichungen unserer Partei.

Auf die Frage nach Möglichkeiten des Übergangs zum Sozialismus gibt schon das Mannheimer Programm Antworten die weiter richtig sind, ebenso zur die Rolle von Aktionseinheit und Bündnispolitik dabei. Die Letzteren spielen im 84er-Papier keine Rolle. Nur vergessen? Dann sollte das Elaborat schleunigst als auch handwerklich schlecht gemacht zurückgezogen werden. Oder soll hier mit der bisherigen Politik der DKP gebrochen werden, wie es schon in Leserbriefen gefordert wurde? Dann soll man das aber klipp und klar sagen und nicht beschönigend von Diskussionsangeboten an die Partei sprechen oder so tun, als benötige der Parteivorstand derartige Hilfe zur Vorbereitung des Parteitages.

Es ist das Recht von Mitgliedern der DKP, solche Papiere zu erarbeiten und zu verbreiten. Mit welchem Recht wird aber eine Veröffentlichung in der UZ gefordert? Mit gleichem Recht könnte dann z.B. jede Gruppe fordern, dass ihre Anträge im Stadium der internen Diskussion veröffentlicht werden. Das kann nicht die Aufgabe der UZ sein. Mit dem Diskussionsforum auf kommunisten.de haben alle die Möglichkeit zu diskutieren, auch jene LeserInnen der UZ, die nicht der DKP angehören und sich für diese Diskussion interessieren.

Eine andere Diskussionskultur

Eine andere Diskussionskultur wird von einigen gefordert. Die fordere ich auch! Und dazu gehört, dass anerkannt wird, dass unse-

re Partei nach 1989 programmatisch diskutierte, angefangen von den Thesen zur Programmatischen Erneuerung bis letztendlich zu unserem Programm, das wir vor knapp 2 Jahren verabschiedet haben. Meine Gruppe z.B. hatte sich über Monate bei jeder Mitgliederversammlung vor der Beschlussfassung damit auseinandergesetzt. Und wie die Mehrheit in der Partei sind wir davon überzeugt, dass wir ein gutes Programm haben, auf dessen Grundlage der jüngste Parteitag die Handlungsorientierung beschloss, unserer Bezirk dann seinen Arbeitsplan und darauf aufbauend wir vor Ort den unseren.

Papiere oder Debatten?

Es ist kein Ausdruck von kommunistischer Diskussionskultur, aber vielleicht ein gezieltes Manöver, wenn zu jedem möglichen Anlass der Partei Diskussionen über Papiere aufgenötigt werden, die unserer Programmatik widersprechen. Sollen wir immer wieder von vorne diskutieren müssen, weil die Vorstellungen einer Minderheit bezüglich der Einschätzung des Imperialismus, des Charakters der EU, der Rolle der Transnationalen Konzerne und des Parteikonzeptes zu deren Enttäuschung nicht mehrheitsfähig waren und sind? Nach dem Motto: "Zur Strafe das Ganze noch mal von vorne"? Darin sehe ich keine konstruktive Diskussionskultur oder vorwärts weisenden Meinungsstreit!

Wer jetzt aufruft, den Gegenangriff zu organisieren, will suggerieren, dass dieser organisierbar sei, dass die Kräfte - das "revolutionäre Subjekt" als Klasse "für sich" - dazu vorhanden und bereit wären, die Verhältnisse reif seien. Wenn der Gegenangriff dann nicht organisiert wird, müsse es wohl an der Führung liegen, die nicht die richtigen Be-

schlüsse fasse oder gar die Mitgliedschaft am Kämpfen hindere. Daraus soll wohl dann der Schluss gezogen werden, und vielleicht ist dies auch der Kern des Anliegens vieler der 84 GenossInnen: Wir bräuchten eine neue Parteiführung, und alles wäre bestens. Jede realistische Betrachtung bezüglich der Kräfte der Partei entfällt. So war auch schon das Papier gestrickt, mit dem die Partei in eine bundesweite Kandidatur zur Bundestagswahl getrieben werden sollte, die aufgrund der realen Kräfte in einem Debakel geendet hätte. Und schuldig hätte dann wieder der Parteivorstand sein sollen. Dass die Verfechter der bundesweiten Kandidatur zumeist schon in ihren eigenen Bezirken auf Ablehnung stießen, sei der Vollständigkeit halber gesagt.

Das 84-er Papier hilft uns nicht weiter

Während der jüngsten Bezirksvorstandssitzung im Rheinland-Pfalz diskutierten vier Parteigenerationen (Eintritt in die KPD bis 1956, in der Zeit der Illegalität, von der Konstituierung der DKP bis 1989 und ab 1990) über die Situation der Partei. Die Einschätzung war einstimmig: das 84er-Papier hilft uns nicht weiter, es nötig uns Diskussionen auf, die uns nicht voran bringen, es birgt die Gefahr einer Fraktionierung der Partei in sich. Gerade deshalb sollen nach Meinung der BV-Mitglieder möglichst viele GenossInnen Stellung beziehen, auch wenn sie das Papier für glatten Unsinn halten, mit dem sie sich erst gar nicht zu befassen bereit sind. Es muss den Initiatoren verdeutlicht werden, dass sie nicht die selbsternannten Sprecher einer ihnen vermeintlich zustimmenden schweigenden Mehrheit sind.

Meine Gedanken zum Diskussionsentwurf von Patrik Köbele und anderen (Carli Trauth)

Zu erst einmal möchte ich sagen, dass mir die Ausdrucksweise nicht gefällt, sie ist zu schwülstig und zu brachial. Schon in der Überschrift wird etwas verlangt, was wir überhaupt nicht leisten können. Einen Gegenangriff können wir nur organisieren, wenn wir auch Aussichten haben, diesen Kampf zu gewinnen. Wir sind aber im Moment schwach (0.1%).

Ihr sagt ja selbst: Die Arbeiterklasse befindet sich in der Defensive, das Kräfteverhältnis ist schlecht.

„Revolutionäre Politik in nichtrevolutionären Zeiten“ heißt vor allem Geduld zu bewahren und jedes fortschrittliche Interesse aufzugreifen..., das bedeutet Kleinarbeit und viel Fingerspitzengefühl. Revolutionäre Phrasen sind da eher hinderlich.

Ernsthaft Interessenvertretungspolitik in Betrieb und Kommune entwickeln können wir nur, wenn wir dort auch verankert sind. Das geht nur mit den Menschen, nicht ohne sie, denn eine Stellvertreterpolitik wollen wir ja gerade nicht. Man kann nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Die Illusionen in den Kapitalismus sind leider längst da, ob wir das zulassen wollen oder nicht.

Ein Krisenaktionsprogramm der DKP

Das hört sich gut an, aber was soll das sein?

In diesem Entwurf finde ich nichts dazu. Wir Kommunisten haben eigentlich nur die Alternative „Sozialismus“ anzubieten, ein Krisenaktionsprogramm 2010 müsste aber konkrete Maßnahmen enthalten, die sich jetzt und hier umsetzen lassen.

Das von der Partei: Die LINKE am 10.10. beschlossene „10-Punkte Sofortprogramm der LINKEN“ sollten wir nicht außer Acht

lassen. Solche Maßnahmen sind immer Zwischenschritte (Kompromisse), die gerade ihr fürchtet, wie der Teufel das Weihwasser (Reformismus).

Im Folgenden weiß ich nicht, warum ihr uns (also den Rest der Partei) so belehren wollt und all das, was wir selbst schon erfasst haben noch einmal wiederkaut. In einigen Punkten sagt ihr aber anderes aus. Das müsst ihr dann auch begründen und nicht nur behaupten.

Den Abwehrkampf ... müssen wir natürlich im eigenen Land führen, aber nicht ausschließlich, denn das Kapital organisiert sich weltweit, also müssen wir das auch tun.

Mit der eigenen Bourgeoisie werden wir (die DKP oder die Arbeiterklasse oder das deutsche Volk?) bestimmt nicht fertig, wenn nicht gleichzeitig und organisiert die Klassenkämpfe in den anderen Ländern auch gewonnen werden.

Ihr sagt: Die Theorie der Herrschaft eines transnationalen Kapitals, eines kollektiven Imperialismus, hat sich in der Krise als grundfalsch erwiesen.

Ich frage: Wessen Theorie, was ist dort grundfalsch, und was folgt daraus?

Ihr sagt: Der Staat treibt die Monopolisierung voran...

Diese Behauptung verstehe ich nicht, bitte begründen. (ein Monopol, das der Staat der BRD direkt beeinflusst hat, ist das Postmonopol, das er zerschlug)

Welche große Weltwirtschaftskrise war vor dem 1. Weltkrieg?

Bezüglich der Auseinandersetzung in Frankreich sagt ihr: Dies sind die klaren Antworten, die die Kapitalisten auch hier in der BRD brauchen und die einzigen, die sie verstehen.

Ich hoffe nur, ihr meint nicht die Antworten der hilflosen unorganisierten Jugendlichen, die Autos umstürzen und in Brand setzen, denn das kratzt die Kapitalisten überhaupt nicht und gibt dem Staat den Vorwand, seine Repressalien gegen das Volk zu verstärken.

Mit den aufgeführten Forderungen stimme ich durchaus überein, nur da fehlen noch einige.

Die Forderung: „Keine zeitliche Begrenzung beim Bezug von Arbeitslosengeld“ kann man so nicht stellen, da ihre Finanzierung ein geschlossener Topf ist (Arbeitslosenversicherung, nicht aus Steuern finanziert und damit ein anderer rechtlicher Status).

Es kann also nur gemeint sein, die Arbeitslosenhilfe wieder einzuführen und zu erhöhen, oder?

Ein Sofortprogramm ist das aber nicht, da müssten die einzelnen Maßnahmen und ihre Durchsetzung schon genauer beschrieben werden.

Zur Durchsetzung sprecht ihr von neuen Kampfformen, nennt aber dann nur den politischen Massenstreik. Ich bin der Meinung, dass wir die Arbeitsplatzangst vieler Werktätigen berücksichtigen müssen und auch solche Kampfformen entwickeln und unterstützen sollten, an denen sich zu beteiligen die Menschen auch trauen.

Wieso fordert ihr von der DKP Dinge, die wir (die Mitglieder) sowieso tun.

Wofür haben wir jahrelang eine Programmdiskussion geführt und dann endlich 2006 das neue Parteiprogramm verabschie-

det, damit dieses dann nicht angewandt wird?

Natürlich dürfen wir nicht aufhören, unsere eigene Programmatik ständig weiterzuentwickeln, aber wir müssen sie nicht neu schreiben.

Ihr sagt: Wenn wir nicht die Eigentumsverhältnisse selbst angreifen, werden....

Soll die DKP Betriebe enteignen?

Zur Wirtschaftsdemokratie, muss ich anmerken: Bei aller Bescheidenheit haben die Betriebsräte mit ihren rechtlichen Möglichkeiten vieles verhindert und manches erreicht.

Es gibt nicht nur die Erfahrungen von 1918/19. Ist die „Bolivarische Revolution“ in Venezuela etwa verfrüht? Die haben noch lange keinen Sozialismus und verstaatlichen trotzdem die Ölindustrie. Was sie aber haben, ist eine Verankerung in der Bevölkerung, im Militär und die Mehrheiten im Parlament.

Davon sind wir leider weit entfernt

Zum Schluss bitte ich darum bei Zitaten die Quellen anzugeben, damit man das im Zusammenhang nachlesen kann. „transformatorisch wirkende Reformen“ sind doch wohl nur im „härtesten Klassenkampf“ zu erreichen und somit kein Widerspruch, sondern eines der möglichen Ergebnisse desselben.

Die Diskussionsmöglichkeit auf „kommunisten.de“ finde ich gut und hoffe, dass sie ein konstruktives Ergebnis haben wird.

Das Parteiprogramm ist viel zu lang (Ilja Richter)

Zunächst war für mich das Parteiprogramm viel zu lang gestaltet. Ich wollte ja einfach wissen, was will die DKP? Doch so einfach war das eben nicht! Ich hatte den Eindruck, dass ich nach den Dingen, die die DKP wirklich will, was ihre Bestrebungen in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation sind, erst einmal im gesamten 40-seitigen(!?) Schriftstück suchen musste wie zu Ostern die Eier, die die Alten meist so gut verstecken, dass sie trotz ihrer Farbigkeit nur mit dem Blick eines Raubvogels zu finden sind. Neben und inmitten all der Analysen der Welt, in der wir leben, fand ich letztlich all das, was mich bewegte, der Partei beizutreten.

Doch stand eben plötzlich die Frage im Raum: Was macht ein Arbeiter, der seiner Arbeit nachgeht und am Abend nach getaner Arbeit noch die Muße findet, sich für Politik zu interessieren? Ich glaube kaum, dass die-

ser Arbeiter die Lust und manchmal auch die Fähigkeiten hat, sich diese 40 Seiten reinzuziehen, um eventuell zu erkennen, dass das, was dort steht, wirklich ihn angeht! Deshalb fordere ich für die und von der DKP ein überarbeitetes Parteiprogramm, was auf den ersten Blick die Ziele der Partei beinhaltet und das trotz der Komplexität unserer Welt einfach zu verstehen ist. Wie ist es sonst möglich, neue Mitglieder und Mitstreiter für unsere Ziele finden.

Es ist sicher und bestimmt möglich, ein Parteiprogramm von 10 Seiten zu verfassen. Sonst geht es den meisten Menschen so: Du bestellst im Restaurant ein Essen und bekommst eine riesige Portion, die zwar sehr lecker aussieht, doch du bist aufgrund der Menge schon satt, bevor du den ersten Happen zu dir genommen hast. Also, meine Meinung: weniger ist mehr!

Eine Position, die wir als Kommunisten einnehmen sollten (Tunia Erler)

Bis jetzt habe ich die Auseinandersetzung über das eindeutig als "Positionspapier" im Entwurf ausgewiesene Papier verfolgt und möchte dazu folgendes beisteuern:

Der Begriff Position (von lateinisch *positio* „das Setzen, Stellen; Lage, Stellung“) --> Beispiele für Positionsangaben ohne äußeres Bezugssystem: ein Standpunkt, eine Meinung.

Also was ist hier gemeint mit "Position", ist es die Position, die wir als Kommunisten einnehmen sollten oder die Position, in der wir uns gerade befinden?

Ich verstehe es als "Position, die wir als Kommunisten einnehmen sollten" und in diesem Sinn kann ich mich mit dem Entwurf auch einverstanden erklären. Allerdings bedarf es, nach Feststellung der Position einer Analyse unserer tatsächlichen aktuellen Bedingungen und danach einer Strategie, wie wir, ausgehend von unseren Bedingungen, zur Erfüllung unserer Positionen kommen.

Wenig hilfreich finde ich dabei, wenn man dann nicht bei dem eigentlichen Inhalt des Papiers bleibt, sondern mit eigenen Interpretationen arbeitet, so z.B. von einem geforderten "Vergesellschaftung der Banken" in der Diskussion eine "Verstaatlichung der Banken" macht oder eben von einem "Entwurf zu einer Position" zu einer "sektiererische Verengungen und dogmatischen Positionen" kommt ... nur um eigene subjektive Argumente unterzubringen oder man beruft sich auf "erarbeiteten strategischen Orientierung der DKP 1968", als wäre die Zeit stehengeblieben ... Vielleicht sollte man sich in diesem Zusammenhang mal wieder mit dem "universellen Zusammenhang der Welt" beschäftigen.

Und noch eins: warum wird der "Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit" negativ belegt - wenn wir den nicht mehr hätten, wären wir ja an unserem Ziel und bräuchten diese Auseinandersetzung nicht mehr ...

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



Diese Zeit braucht **UNSERE ZEIT!**

kostenlos

Jetzt 10 Wochen testen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Alles, was hier und heute erreichbar scheint, ist den Autoren verdächtig (Bernd Bücking)

Vorweg: Ich halte es nicht nur für legitim, sondern in einer Partei mit zum Selbstdenken aufgeforderten Mitgliedern für normal, dass nicht nur auf Direktiven des Vorstands gewartet wird, sondern eigene Überlegungen angestellt werden. Insofern begrüße ich so einen Vorstoß wie "Gegenangriff organisieren..."

Nur bin ich vom Ergebnis enttäuscht. Seitenlang werden Analysen verbreitet, die jeder, der das Kommunistische Manifest, unser gültiges Programm oder die aktuellen Berichte -zumindest der UZ - kennt, nur kopfnickend begleiten kann. Aber genau an den 2, 3 Stellen, wo ein Dissens zum Programm besteht, wird dies mit keinem einzigen Argument gestützt, von Analyse (also auch Einbeziehen gegenläufiger Tendenzen!) ganz zu schweigen. Originalton: "Die Theorie eines transnationalen Kapitals, eines kollektiven Imperialismus, hat sich in der Krise als grundfalsch erwiesen". Basta!

Ein anderer Streitpunkt, der mit der ahistorisch verallgemeinerten Liebkechtlosung "Der Hauptfeind steht im eignen Land" beschrieben werden kann, wird auf S.1 deutlich:

"Den Abwehrkampf gegen die Folgen der Krise aber können wir nur hier im eigenen Land führen: Jede Arbeiterklasse muss zuerst mit der eigenen Bourgeoisie fertig werden - und dabei internationalistische Solidarität entwickeln."

Nanu! Bei jeder Gelegenheit geißeln wir die Gewerkschaften, die sich im Gegensatz zum international aufgestellten Kapital höchstens verbal globalisieren und so den Pressionen und Spaltungen der Konzerne hilflos ausgeliefert sind. Aber ausgerechnet die Kommunisten, deren Manifest schon darauf hinweist, dass der politische Klassenkampf erst mit der Koordinierung der gewerkschaftlichen Kämpfe der Betriebe einer Branche auf nationaler Ebene einsetzt, sollen erst mal mit "ihrer" Bourgeoisie abrechnen.

(Wobei der aktuelle "Hauptfeind", die Transnationalen Konzerne, schon längst eine multinationale Eigentümerschaft repräsentieren).

Aber die Ungenauigkeiten sind leider häufiger. Ärgerlich, wenn auch nicht gravierend z.B.: :

"Weil die Profitrate ... fällt, fließt ein großer Teil der Gewinne ... nicht in den Produktions-Kreislauf zurück"

ist so nicht zutreffend. Denn zunächst haben die Konzerne dem entgegengearbeitet, indem sie die Produktion quantitativ erweiterten und so gerade durch Investitionen die Profite absolut erhöhten. Die Grenze dafür ist, wie üblich, die Unterkonsumtion, die Kaufkraftschwäche. Mich stört auch die Rabulistik

"Die Jugend wird zunehmend wieder als Kanonenfutter verheizt",

wenn in den Kriegsabenteuern der letzten Jahre mit Tausenden von Toten insgesamt 35 Bundeswehrangehörige umkamen, meist durch Unfälle.

Entscheidender Mangel aber sind die Schlussfolgerungen, insbesondere die Antwort auf die Frage: Was sollen die Kommunisten der DKP tun?

Fast komisch ist die Entdeckung, dass die Arbeiterklasse "kämpferische Gewerkschaften" braucht. Na so was! Nur wie wir dies bewerkstelligen sollen, bleibt im schon Bekannten und auch Ausgeübten stecken.

Dann kommt eine Liste wichtiger Kampfschwerpunkte als "Sofortprogramm", nicht eingerechnet die "zu diskutierenden !" Forderungen, wie eine ökologisch-soziale, nachhaltige Umwandlung der kapitalistischen Profitausrichtung aussehen sollte. Jede einzelne dieser erfreulich konkreten Forderungen ist auch Programmpunkt der Linkspartei, (die sich bei der Mehrzahl der Verfasser

keiner Beliebtheit erfreut.) Da wäre nun ein Überdenken der eigenen Haltung gegenüber dieser Partei fällig. Aber genau von so etwas verspricht man sich nichts.

Denn auf S.8 wird ganz klar festgestellt:

“Wer die Diktatur des Kapitals, den bürgerlichen Staat akzeptiert, wird Illusionen schüren und Kämpfe lähmen.”

Das heißt doch nichts anderes als: Alle Nichtsozialisten in den Bewegungen schaden dem antikapitalistischen Kampf und sollen ihre reformistischen Pfoten von unserem heiligen Krieg lassen - oder ihrem Reformwahn wie Mindestlohn oder „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ und anderem Firlefanz, der das System nur kratzt, aber die Massen stillstellt, abschwören.

Nur war das 2 Seiten vorher noch Sofortprogramm! Hier haben sich die Verfasser in ihrem eigenen Widerspruch zwischen Verbalradikalismus und real machbaren Politischen verfranst.

Alles, was hier und heute erreichbar scheint, ist den Autoren verdächtig: Verstaatlichung, Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie würden zur Zeit ohne die politische Macht der Arbeitenden entweder Illusion oder Modifikationen kapitalistischer Verwertung sein. Das ist nicht ganz falsch, aber warum kämpfen wir dann gegen die sehr konkret anstehenden Privatisierungen bzw. für Re-Kommunalisierung ehemals öffentlicher Einrichtungen?

Es gibt dazu im Papier durchaus Ansätze aus dem mechanistisch-determinierten Weltbild des Entweder-Oder auszubrechen und die Geschichte als einen Prozess sich ständig wandelnder, gegenseitig beeinflussender Umstände inklusive des Massenbewusstseins zu begreifen: “Doch erst der gemeinsame Kampf wird der Arbeiterklasse ein Bewusstsein ihrer selbst geben, ein Klas-

senbewusstsein bei ihr hervorbringen..... nur im Kampf lernt sie ihre eigene Kraft, aber auch den Gegner und ihre Bündnispartner einzuschätzen.”

Genau das ist es!

Der “gemeinsame Kampf” ist also das magische Moment, auf das wir hinarbeiten müssen. Und wir wären schön blöd, wenn wir dazu nicht die “unausgegorenen, marxismusfernen Illusionisten”, die für mehr Demokratie, soziale Sicherheit und Frieden kämpfen, nach besten Kräften unterstützten anstatt mit warnend erhobenem Zeigefinger erst mal die Macht des Proletariats einzufordern.

Was also bleibt von dem etwas vollmundigen “Gegenwehr organisieren...?”

Noch mehr GenossInnen befähigen und motivieren in allen Bewegungen einschl. Linkspartei mitzuwirken, Ansehen durch Aktivität und Integrität zu gewinnen und marxistische Erkenntnisse einzubringen. Denn die berühmte Marx’sche Forderung, die Kommunisten müssten überall in den Bewegungen die Eigentumsfrage als den Kern hervorheben, heißt ja nicht, überall und stereotyp (und völlig wirkungslos!) die Enteignung der Expropriateure, also den Sozialismus, zu propagieren,. Das bedeutet, die im Charakter der jeweiligen Initiative liegende Stossrichtung zu einer konkreten Zurückdrängung der Macht- und Profitansammlung der TNK auf diesem Sektor zu nutzen.

Dazu brauchen wir die gezielte ideologische Vorbereitung der Gen. auf dem Gruppenabend, die Unterstützung der Partei im öffentlichen Raum und die Nachbereitung, also Einschätzung der Tätigkeit dieser unserer “Front”leute.

Und - ganz originell - wir müssen mehr werden!

„Die besten Worte sind Taten“, ein Anspruch, den wir an uns selbst stellen (Mirko Knoche)

„Die besten Worte sind Taten“,

sagte Che Guevara und formulierte damit einen Anspruch, den wir an uns selbst stellen: wir lassen uns daran messen, wie wir handeln und nicht an dem, was wir versprechen. Wer ein bestimmtes politisches Konzept verfolgt, ist gehalten dessen Gültigkeit in der Praxis zu beweisen. Das stünde unseren 84 Genossen besser zu Gesicht, als eine weitere von schon so vielen Erklärungen. Besonders, weil diese Genossen ihre kommunistischen Ideale im täglichen Leben auch umsetzen. Andererseits können die Hände nicht arbeiten, wenn der Kopf nicht weiß, was er will. Solange die inhaltliche Vorbereitung des nächsten Parteitags nicht zentral organisiert wird, ist es sogar die Pflicht engagierter Genossen, Vorschläge zu unterbreiten. Gewiss hätten Beschlüsse von Parteigliederungen mehr Autorität gehabt als eine Ansammlung von Einzelunterschriften unter einem Positionspapier. Dann hätten in einer kollektiven Diskussion die Schwachstellen des Papers korrigiert werden können. Aber die Dinge stehen jetzt, wie sie sind. Deshalb können sich an der Zukunft der Partei Interessierte derzeit nur am 84er-Papier abarbeiten. Hier eine Reihe von Kritikpunkten zum Positionspapier

1. Die Dialektik von Überakkumulationskrise und Überproduktionskrise ist dankenswerterweise korrekt dargestellt. Leider herrschen in unserer Parte in dieser Frage unzulässig vereinfachende Erklärungen vor. Die Horrorvisionen von Sozialabbau und Faschisierung gehen aber an der Realität vorbei. Kanzlerin Merkel ist schlau genug, nicht die Gewerkschaftsschlichterin im Stile Margaret Thatchers zu spielen. Ihr machtpolitisches Ziel ist es, ein Wiedererstarken der SPD dauerhaft zu unterbinden. Das wird Merkel auch gelingen, wenn sich die Christdemokraten sozialer als die Sozis geben.

2. Widersprüchlich sind die Aussagen zur Staatsverschuldung – erst wird sie als Keimzelle der nächsten Krise identifiziert, dann umgekehrt die Schuldenbremse als künftige Quelle von Sozialabbau erkannt. Die tatsächliche Gefahr liegt aber in der derzeitigen deflationären Preisentwicklung. Finanz- und geldpolitische Konjunkturprogramme verlieren so an Wirksamkeit. Durch die Abwärtsspirale von Preisen und Löhnen verfiel Japan in den 90er Jahren in ein ökonomisches Siechtum. Die Konjunkturpakete in der BRD sind also viel zu klein, nicht zu groß. Wenn durch das im Positionspapier geforderte Investitionsprogramm die Staatsschulden steigen, sind die Zinszahlungen wegen der aktuell niedrigen Zinssätze unbedenklich. Befremdlich ist daran, dass die marxistische Linke in der BRD keynesianischen Modelle regelmäßig in die Nähe des Hitlerfaschismus rückt. Selbst stellt sie aber Forderungen auf, die den Theorien von Keynes direkt entnommen sind. Unsere Genossen in angelsächsischen Ländern können über solch unwissenschaftliches Gebaren nur den Kopf schütteln.

3. „Wir müssen französisch lernen“. „Wir brauchen den Generalstreik“. Mit Verlaub, Genossen – das kennt man zur Genüge aus dem Mund von SAV und Linksruck.

4. Es ist richtig, vor Illusionen in Verstaatlichung und Mitbestimmung zu warnen. Das wird auch gut begründet. Aber auf diese Reformen zu verzichten hieße, systemüberwindende Forderungen aufzugeben – das wichtigste Mittel, um in nichtrevolutionären Zeiten Bewusstsein zu bilden. Die Begründung, man würde andernfalls schon heute zusammengeschoßen, ist an den Haaren herbeigezogen.

5. „Der Sozialismus wird nur durch härtesten Klassenkampf um die politische Macht zu erreichen sein.“ Davon sind wir meilenweit entfernt. Es müssten dringend Zwischenschritte benannt werden.

Nicht als Grundlage einer Debatte geeignet, höchstens als Indikator für deren Notwendigkeit (Thomas M.)

Das Papier „Den Gegenangriff...“ ist so dürftig, dass es nicht als Grundlage einer Debatte geeignet ist, höchstens als Indikator für deren Notwendigkeit. Einerseits gibt's viel Allgemeinplätzliches, einen Haufen allseits anerkannte Grundlagen kommunistischer Politik, teils auch von niemand bestrittene richtige Orientierungen. Andererseits eine Fülle realitätsferner linksradikaler Phrasen.

Erst ein rein defensiver systemimmanenter Forderungskatalog wie die Aufzählung der Kampfschwerpunkte in Ziffer 3, dann kurz drauf superrevolutionär: „Der Abwehrkampf im Rahmen der Krise setzt das Vorgehen der gesamten Klasse und die Notwendigkeit neuer Kampfformen, . . ., voraus: den politischen Massenstreik . . .“ und weitere Teile der Ziffer 3, die erschreckend nach MLPD-Sektierer-Rhetorik klingen, nach Verwechslung von Wunsch und Wirklichkeit.

Weitergehende Forderungen wie „Verstaatlichung der Banken“ werden in der heutigen Situation erst, weil sie angeblich Illusionen in den Kapitalismus schüren, abgelehnt und auf revolutionäre Zeiten verschoben, wo sie dann jedoch plötzlich z.B. unter dem Etikett „Vergesellschaftung der Banken mit demokratischer Kontrolle“ eine Perspektive für den Sozialismus öffnen helfen, trotzdem werden aber „transformatorisch wirkende Reformen“ in Bausch und Bogen als Schritte auf dem Weg zum Sozialismus verworfen, weil der ja „nur durch härtesten Klassenkampf um die politische Macht“ zu erreichen ist. Ja watt denn nu?

Das Verhältnis von Reform und Revolution ist den Verfassern offenbar ganz und gar unklar. Ihrer revolutionären Ungeduld, die die realen Kampfbedingungen und Klassenverhältnisse durch das eigene Wollen ersetzt,

fällt ein richtiges Verständnis und Verhältnis von revolutionärer Politik in nichtrevolutionären Zeiten zum Opfer, obwohl sie diese sogar ausdrücklich zu Anfang richtig charakterisieren: „ . . . heißt vor allem, jedes fortschrittliche Interesse aufzugreifen und gemeinsam mit den Betroffenen Widerstand für die Durchsetzung dieser Interessen zu entwickeln. Das gilt auch für Abwehrkämpfe.“ Stimmt, aber im Vergleich dazu erkennt man in „Gegenangriff“, „in die Offensive übergehen“, „Eigentumsverhältnisse selbst angreifen“, „politischer Massenstreik“, „härtester Klassenkampf um die politische Macht“ sofort die nackte voluntaristische linksradikale Phrase.

Liebe Genossen, der Kampf um Reformen hat zwei Aspekte: Die Reformen, die je nach dem mehr oder weniger systemimmanent sind oder darüber hinausweisen können, von denen wir aber wissen, dass sie allein keine Lösung darstellen können, und daher solche Verkürzungen als rechten Opportunismus ablehnen. Und den Kampf, der - sofern wir uns dabei nicht zu dämlich anstellen - der Klasse Erfahrungen, Erkenntnisse und Perspektiven verschaffen wird, wobei sie lernen kann, dass es dauerhafte Lösungen im Kapitalismus nicht gibt und die eigene Kraft erkennt. Dabei desorientieren linksradikale Phrasen nur und schrecken ab.

Das Papier ist m. E. Ausdruck einer gründlichen Konfusion über solche Fragen wie die nach dem Verhältnis von Reform und Revolution, Opportunismus und Linkssektierertum, den Übergangsmöglichkeiten zum Sozialismus usw., die wir in der Partei offenbar wieder einmal gründlich diskutieren müssen. Auf geht's.

Bietet sich die stark an die Orientierung der KKE erinnernde Begrifflichkeit „Gegenangriff“ für die politische Situation der BRD an? (Udo Paulus)

Zugegeben, die substantiellen Differenzen zwischen der PV-Mehrheitsmeinung und dem 84er-Papier erschließen sich mir nicht recht. Ob die stark an die Orientierung der KKE erinnernde Begrifflichkeit „Gegenangriff“ sich für die politische Situation der BRD anbietet, vermag ich zunächst nicht unmittelbar nachzuvollziehen.

Keine „griechischen Verhältnisse“

Jedenfalls gründet sie sich in Griechenland auf eine stark im Volk verwurzelte Partei, deren antiimperialistische Politik selbst bei vielen Griechen/innen, die sich nicht zur Wahl der KKE entschließen können (noch nicht?!), hohes Ansehen genießt. Und doch auch diese Partei kann bei parlamentarischen Wahlen und in den außerparlamentarischen Bewegungen in den vergangenen Jahren ihren Erfolgskurs kaum zahlenmäßig verbessern. Ich habe in der Schlussphase des Wahlkampfes für die Neuwahlen zum nationalen griechischen Parlament ein bemerkenswertes Verständnis bei den Menschen beobachten können, die wir mit den offensiven Wahlkampfmaterialien ansprachen, ob auf der Straße, in den Kaffees oder bei Hausbesuchen:

- die Einsicht, ohne Beseitigung des Kapitalismus wird sich für die arbeitenden Menschen nichts grundsätzlich verbessern;
- ohne erbitterten Kampf gegen die EU schafft Griechenland keine eigenständige Entwicklung;
- die Menschen in Griechenland haben das Vertrauen gegenüber den Herrschenden im Land, der EU oder insbesondere auch der US-Administration gegenüber verloren.

Und doch haben sie im entscheidenden Moment in der Wahlkabine das Kreuzchen bei den Rechten und „Sozialpartnern“ gemacht und nicht bei der KKE. Sie hat trotz des aufopferungsvoll geführten Wahlkampfes und der bewundernswerten Verankerung tausende an Stimmen verloren.

Müssen wir da nicht tiefer forschen, als zu meinen, noch intensiver im Mund und auf dem Papier geführte revolutionäre Parolen brächten im systemüberwindenden Prozess die Wende nach Vorne, je öfter desto erfolgreicher?

Vielleicht wiegt die Erinnerung der Menschen an die welthistorische Niederlage des Sozialismus im 20.Jh. weit schwerer, als wir wahrhaben wollen.

Wer mag sich schon mit Verlierern einlassen?

Vielleicht sitzt das Wissen der Menschen um die immensen Opfer der Genossinnen und Genossen für die Gesellschaftsordnung der Zukunft, insbesondere in den Kämpfen des vergangenen Jahrhunderts, so tief, dass sie der Einsicht in die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen eben noch nicht die revolutionäre Tat folgen lassen. Wer mag schon Opfer bringen, die angesichts des „zukunftslosen“ aber nichts desto trotz gigantisch starken Klassegegners wohl doch eher zum Scheitern verurteilt sind?

Und die Menschen in Griechenland wissen nur zu gut von den Opfern während der Besatzung des deutschen Faschismus, während des Bürgerkrieges, der Verfolgungen danach bis hin zum Terror der Junta. Und sie wissen ebenfalls nur zu gut von der Stärke des Gegners in Gestalt des deutschen Faschismus, des englischen und amerikanischen Imperia-

lismus, der stets mit aller politischen und militärischen Macht den eigenständigen Weg des griechischen Volkes zu vereiteln wusste.

Die revolutionären Kämpfe sind es, die uns Kommunistinnen und Kommunisten stärken, die Opfer hingegen und die damit verbundenen Niederlagen sind es gleichwohl auch, die sich als große Hürde für die arbei-

tenden Menschen aufbauen, sich in den revolutionären Weg wirklich einzureihen.

Die Menschen trotz alledem dazu zu ermutigen, erscheint mir als „Gebot der Stunde“. Zumindest sollten wir uns den damit verbundenen subjektwissenschaftlichen Problematiken stellen, um den resignativen Bewusstseinsprozessen gegenzusteuern, um sie schließlich zu überwinden.



Ich will mehr Infos über die DKP

Name/Vorname

Straße

PLZ / Ort

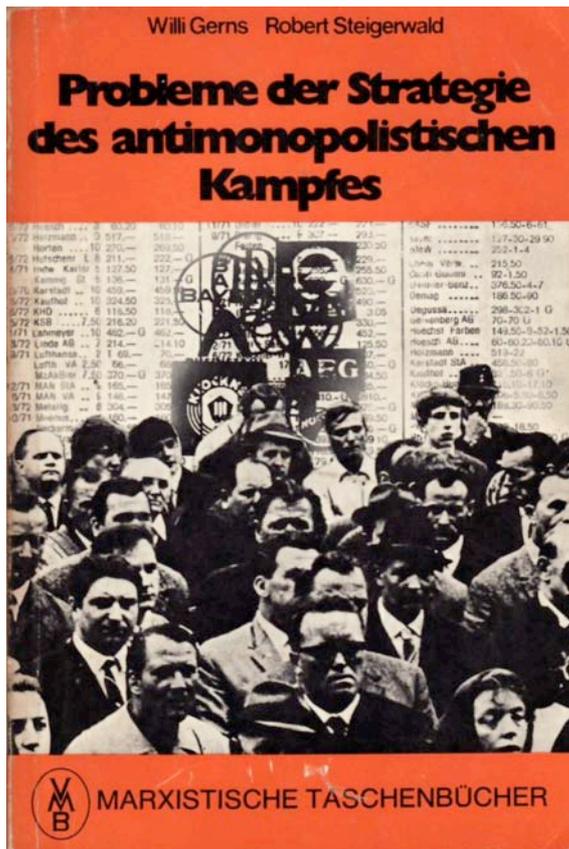
Telefon

E-Mail

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: **DKP-Partei Vorstand • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Homepage: www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de**

Ein Lektürevorschlag (Kurt Wirth)

In Sachen 84-er Papier möchte ich das Augenmerk auf das Büchlein richten:



W.Gerns/R.Steigerwald:
"Probleme der Strategie des
antimonopolistischen Kampfes"

Es liegt mir in der erweiterten Auflage von 1975 vor. Es basiert verständlicherweise allerdings auf historisch überholten Bedin-

gungen (z.B. der unerschütterbaren Existenz des Lagers des realen Sozialismus und der Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus - welcher sich allerdings nun wieder die "84-er" näher fühlen als die dem Parteiprogramm Verbundenen.) Grundsätzliches Manko des Büchleins ist natürlich, dass es nun also 30 Jahre "erfolglos" blieb.

Dennoch gibt es viele Hinweise auf historisch vergleichbare Situationen (VII. Weltkongreß der Komintern - "Volksfrontregierungen", Diskussion um "Arbeiterregierungen" 1922), wo es um die Frage des Kampfes für den Sozialismus in Etappen oder um den (unmöglichen) "Austritt aus dem Kapitalismus" geht. Der Widerspruch zwischen den vorhandenen objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus und den fehlenden subjektiven Bedingungen in der Arbeiterklasse scheint ein ständiger Begleiter der Arbeiterbewegung zu sein und wird uns sicher noch länger beschäftigen.

Ich gehe davon aus, dass wir auch zum Ende des kommenden Parteitags gemeinsam weiterhin guten Gewissens alle Strophen der Internationale singen können, incl. dieser:

*Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch TRIBUN,
uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun*

(und mit "selber" sind sicher nicht nur Generalsekretäre, Sekretariats- oder Politbüromitglieder, PV-Mitglieder oder auch nur Parteimitglieder gemeint!).

Sag mir, wo du stehst (Rolf Priemer)

Als ich das erste Mal das Papier der 84 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in den Händen hielt, musste ich lächeln. „Den Gegenangriff organisieren“ – gerade hatte der Bundeswahlleiter das Ergebnis der Bundestagswahlen und 0,0 Prozent für die DKP bekannt gegeben.

Dann wurde ich auf die Doppelsinnigkeit des Begriffes aufmerksam: „Den Generalangriff organisieren“ – das könnte doch auch gegen die Parteiführung gerichtet sein?

Da musste man den Text lesen. Im Kern läuft er darauf hinaus, dass das Parteiprogramm, über dessen Erarbeitung unter vielen Mühen 16 Jahre gestritten und über das schließlich 2006 mit großer Mehrheit der Parteitagsdelegierten entschieden wurde, revidiert werden soll. Die Begründungen dafür erscheinen mir äußerst dünn, rechthaberisch, allein seligmachend für und bestätigend der eigenen Position.

Ich schaute auf die Unterzeichner, von denen ich die meisten gut kenne. Die wollen alle eine Revision des Parteiprogramms? Gibt es da nicht eher Fragestellungen, die nicht überzeugend genug beantwortet werden, die sich in einer Unterschrift ausdrücken? Zum Beispiel Unsicherheiten, was das Verhältnis der DKP zur Partei DIE LINKE oder zur Europäischen Linkspartei angeht? Oder zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Orientierung der DKP? Fragen zu

unseren Unzulänglichkeiten, die berechtigt kritisiert werden müssen? Oder gibt es da nicht Unklarheiten über den Umgang mit der innerparteilichen Demokratie, wie sie im Statut der DKP verankert ist?

Den Diskussionsbeitrag von Wolfgang Herrmann, der auf eigenen Wunsch inzwischen aus dem Parteivorstand ausgeschieden ist, habe ich aufmerksam gelesen. Sein Anliegen läuft auf die Organisation eines Putsches von Revisionisten und Sektierern zusammen mit Teilen der SDAJ gegen den Parteivorstand hinaus. Das muss verhindert werden durch die Delegierten des Parteitag.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass alle Unterzeichnerinnen und Unterzeichner den Ansinnen von Wolfgang Herrmann folgen wollen. Die Kritik von Mitgliedern, die mit ihrer Unterschrift zum Ausdruck kommt, muss hingegen ergründet, aufgegriffen und überzeugend beantwortet werden. Im Rahmen unserer Parteidiskussionen.

Aber auch die Beantwortung der Frage, sag mir, wo du stehst, steht an.

Ich stehe auf dem 2006 beschlossenen Parteiprogramm der DKP und auf dem 1993 beschlossenen Statut der DKP. Das sind die Grundlagen für meine Mitgliedschaft in der DKP. Und natürlich sind die Positionen des Parteivorstandes der DKP, der zwischen den Parteitag die Geschicke leitet, bindend.

Der übliche Sturm im Wasserglas (Matthias Kramer)

Wir dürfen gespannt sein, welcher Art Formen des parlamentarischen Kasperle - Theaters demnächst neben den Offenen Briefen und Sammelresolutionen in die DKP Einzug halten. Vielleicht erleben wir - falls sich unsere kühnen Klassenkämpfer/innen ein Herz fassen - in Zukunft Sitzblockaden vor dem Parteibüro in Essen oder gar Kopfkissenschlachten auf dem Parteitag.

Verantwortlich für die Situation ist der gegenwärtige Parteivorstand insbesondere der Vorsitzende und seine Stellvertreter/innen. Immer auf der Suche nach einem Politikwechsel und immer nach der Devise "Guten Tag: wir heißen Schmidt und wir machen alles mit" erweisen sie sich unfähig, auch nur ansatzweise eigene Positionen auf der Grundlage unseres Parteiprogramms zu formulieren und organisatorisch umzusetzen.

„Heute ist auf der Grundlage unseres Programms eine politische Alternative zu entwickeln, die mehrheitsfähig wird in der Bevölkerung. Ihr Hauptinhalt müssen die Forderungen nach Frieden, sozialer Sicherheit, mehr Demokratie, Antifaschismus, Bildung, Kultur sein". Dieser Satz aus der Antwort von Heinz Stehr auf das Positionspapier " Den Gegenangriff organisieren" dürfte den gegenwärtigen Kurs des Parteivorstandes eindeutig charakterisieren. Nebenbei bemerkt erübrigt sich auch in Zukunft jeder Versuch einer Charakterisierung des Genossen Stehr mit den üblichen Eigenschaftswörtern. Seine Aussage " Dass das Papier nicht mit dem Programm unserer Partei vereinbar wäre" ist ausreichend genug. Ich habe in dem Papier nichts gefunden - außer den üblichen der teutonischen Bedeutungswut entspringen Worthülsen - (also liebe Genossen/innen, welche Kapitalisten/innen jagen nach dem Minimalprofit? Profit klingt offensichtlich zu schlicht - da muss es denn tatsächlich schon "Maximalprofit" sein) - wel-

ches mit dem Marxismus nicht vereinbar wäre.

Das - was den Parteivorstand und die Schreiber/innen des Papiers eint - ist ein taktisch-opportunistisches Verhältnis zum aktuellen Parteiprogramm. So ist zum Beispiel die Mitgliedschaft in der europäischen Linkspartei mit dem Programm der DKP nicht vereinbar. Empfohlen sei der Artikel des Genossen Andreas Händler. An dieser Tatsache stört sich weder der gegenwärtige Parteivorstandes noch die Mehrheit in der DKP.

Bei dem Positionspapier " Den Gegenangriff organisieren" handelt es sich um den Versuch - durch die Hintertür eines Krisenaktionsprogramms - , die Programmdiskussion erneut zu beginnen. Da wir uns zum Glück noch nicht in jener Partei befinden - die nicht wenige der Unterzeichner/innen sich erträumen - , in dem die Parteimitglieder den Willen des vom Hauch der Geschichte erleuchteten Generalissimus umzusetzen haben, stellt sich die Frage, warum sie dann dies nicht auch so bezeichnen.

Die Frage, was eine erneute Programmdiskussion bringen würde, insbesondere ob sie dazu beitragen würde, die Fähigkeit der DKP zur Organisation des Klassenkampfes zu verbessern, wäre dann eine andere.

Der zweite Punkt, der die Kontrahenten/innen eint, ist die Unfähigkeit, die gesellschaftliche Realität in der BRD zu analysieren. Während der Parteivorstand sich in der Regel an einer so genannten Rechts - Links Entwicklung entlang hangelt, haben die Verfasser/innen des Positionspapiers es gleich unterlassen, ansatzweise die Ausgangsposition in der gesellschaftlichen Realität zu bestimmen.

Wir organisieren uns immerhin in einer Partei, in der dessen stellvertretende Vorsitzende öffentlich bekunden darf, dass dank Schwarz - Gelb es zu einer massenhaften

Verarmung der Kapitalisten/innen kommen würde.

"... Jetzt, da die Wahlen gewonnen sind, wird man die Wähler auch nicht mehr länger vor den Folgen der Krise abschirmen. Nun kommt auf den Tisch, was im Wahlkampf verschwiegen wurde: Die Arbeitslosigkeit wird steigen, Arbeitnehmer werden massenhaft in die Armut abrutschen, ...". (Zitat aus „Die Karten werden neu gemischt“)

Leo Mayer, dem Genossen, ist bist heute nicht klar, wer die Arbeit gibt und wer sie nimmt - so weit kann es mit der postmodernen Selbstverliebtheit kommen.

Wer solche Sätze wie

„Die Aufgabe der Kommunisten ist es, erst recht in Zeiten der massiven Krise des Kapitalismus, Klassenbewusstsein zu verbreiten und zur Formierung der Klasse von einer Klasse „an sich“ zu einer Klasse „für sich“ beizutragen.“ (Positionspapier)

formuliert, sollte zumindest ansatzweise eine Einschätzung der Klasse geben. Mensch muss sich nur die Beweihräucherung der Genossinnen und Genossen aus Berlin anlässlich der Bundestagswahl auf ihrer Homepage ansehen. In Berlin hatten die Neofaschisten NPD / DVU 30 000, solche dubiosen Vereine wie die Tierschutzpartei 23 528, die Violetten 5492, Büso 4700 und die ödp 3220 erhalten. Im Gegensatz dazu die DKP mit immerhin 1894 Stimmen. Es mag stimmen, dass die DKP trotz dieses Ergebnisses gestärkt aus den Wahlkampf herausgegangen ist, aber was diese Ergebnisse für das Bewusstsein der Bürger/innen im allgemeinen und das Klassenbewusstsein im speziellen bedeutet, darüber wird man und frau bei den Berliner/innen kein Wort finden.

Das Ärgerliche an der Situation ist die Tatsache, dass der Weg, der mit dem Alternativantrag zum "Arbeitsvorhaben 2008/2009" in Vorbereitung auf den 18. Parteitag begonnen wurde, ersetzt werden soll mit dieser Ersatzprogrammdiskussion. Würden all die Positionen die im Positionspapier "Den Gegenangriff ..." formuliert worden sind Eingang in das Parteiprogramm finden - würde sich an der Tätigkeit des jetzigen PV nichts ändern. So wie die Genossinnen und Genossen bisher mit den Programm umgegangen sind - sich entweder einzelne Eckpunkte herauszunehmen ohne diese in den Gesamtzusammenhang zu stellen oder es gar überhaupt nicht beachten - siehe Mitgliedschaft EL- würden sie weiter verfahren. Deshalb ist es dringend nötig in Vorberei-

ung auf den Parteitag erneut einen Alternativantrag zum Arbeitsvorhaben des Parteivorstandes mit den Schwerpunkten Kampf in den Kommunen und im Betrieb und die Stärkung der Grundorganisationen zu formulieren. Je konkreter und abrechenbarer dieser formuliert wird - desto besser. Erinnerung sei ausdrücklich an die bittere Realsatire von Heinz Stehr auf dem 18. Parteitag "Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte Euch an die Kampagne - so und so - erinnern die wir alle gemeinsam beschlossen und alle gemeinsam bereits wieder vergessen haben ..."

Neben den inhaltlichen Schwerpunkten müssten aber auch sehr grundsätzliche materielle Voraussetzungen der Tätigkeit der DKP geklärt werden.

Die Finanzen

Bei einem Mitgliederstand von ca. 4500 Mitgliedern und einer Beitragskassierung von über 70 % ist eine stabile und solide finanzielle Grundlage der Tätigkeit der DKP gegeben. Nicht solide ist hingegen die Finanzpolitik des gegenwärtigen Parteivorstandes. Allein die Hiobsbotschaft im letzten Jahr - das wenn die Landesverbände nicht so und so viel für die DKP zur Verfügung stellen würden - die DKP Insolvenz anmelden müsste, wäre ausreichender Grund gewesen das gesamte Sekretariat als auch den Vorsitzenden abzulösen. Offensichtlich liegt der Kalkulation des Parteivorstandes bei einer Beitragskassierung von 100 % plus einem nicht näher definierten "X". Der jetzige Parteivorstand ist dabei, das gesamte Parteivermögen zu verschleudern - siehe die Entwicklung der Rücklagen. Natürlich können wir auch ohne Geld weiter Politik betreiben nur dürfte dies etwas schwieriger werden. Deshalb gehört dieser Punkt auf den Parteitag - die Politik des PV die eigene Unfähigkeit in finanziellen Belangen dadurch auszugleichen, dass der Anteil des PV an den Mitgliedsbeiträgen immer mehr erhöht wird - von ehemals 25 jetzt schon auf 40 und 45% sind andiskutiert - kann so nicht weiter geführt werden. Durch eine vom PV unabhängige Kommission sollte die Ausgabe und Einnahmesituation der Gesamtpartei geprüft werden und konkrete Schritte für die finanzielle Konsolidierung der Partei vorgeschlagen werden.

Hauptamtliche Mitarbeiter

Unmittelbar verbunden damit ist der Einsatz des hauptamtlichen Apparats der DKP einschließlich der Mitarbeiter der UZ. Auch dies scheint innerhalb der DKP ein Tabuthema zu sein, welches offensichtlich im ausgewählten Kreis des Sekretariats besprochen und entschieden wird. Um es deutlich zu formulieren: Hier geht es nicht darum Strukturen zu offenbaren sondern zu klären - wie viel hauptamtliche Mitarbeiter/innen kann sich die DKP leisten und vor allem für welche Schwerpunkte werden die Kader eingesetzt. Auch diese Fakten gehören endlich auf den Parteitag. Wenn von den 4500 Genossinnen und Genossen es 1300 aktive Genossinnen und Genossen gibt, heißt das im Klartext - das die DKP die schlagkräftigste Truppe innerhalb der Linken und kommunistischen Bewegung in der BRD sein könnte.

Richtig ist - dass die Mitgliederzahlen der Partei der Linken weit über der der DKP liegen aber was sagt das aus. Die wenigen aufrechten Genossinnen und Genossen der Linken - mit denen wir noch gemeinsam Dinge organisieren können sind alle in irgendwelchen Gremien des bürgerlichen Parlamentarismus versumpft. Bei der Mehrzahl handelt es sich um Rentner/innen. Die wenigen - die unter 30 sind und sich in diese Partei bewegen, haben für sich klare berufliche Vorstellungen zumindest als Landtagsabgeordnete/r wenn nicht gar als Staatssekretär oder Ministerpräsident in den Ländern.

Das Problem in der DKP sind nicht die aktiven Genossinnen und Genossen, sondern der Parteivorstand, der neben der inhaltlichen Unfähigkeit Schwerpunkte zu setzen ebenso unfähig ist den wenn auch kleinen hauptamtlichen Apparat der DKP effektiv einzusetzen. Auch diese Situation gilt es endlich auf den Parteitag zu diskutieren.

Kaderentwicklung

Ebenso muss die Kaderentwicklung im Parteivorstand endlich in aller Öffentlichkeit diskutiert werden. Die Wahl des Genossen

Heinz Stehr auf dem letzten Parteitag erfolgte mit einer überwältigenden Mehrheit. Aber wen hätten die Delegierten auch sonst wählen können. Weit und breit sind keine Kader in Sicht - die insbesondere für die Funktion des Vorsitzenden der Partei in Frage kämen. Es mag durchaus von Vorteil sein sich selbst medial in Szene setzen und hin wieder einen Satz rhetorisch brillant formulieren zu können, sofern dies nicht der persönlichen Eitelkeit entspringt. Aber dies dürfte wohl die geringste Eigenschaft eines Vorsitzenden sein. Das Verdienst des Genossen Heinz Stehr besteht darin, das er in schwierigen Zeiten den Laden zusammengehalten hat. Aber die Aufgabe einer kommunistischen Partei besteht nicht darin, die eigene Existenz zu sichern sondern in der Organisation des Klassenkampfes.

Also wo sind jene Kader, die in der Lage wären sowohl den Vorsitzenden als auch die Genossinnen und Genossen im Sekretariat zu ersetzen. Die Arbeit mit Kaderperspektivplänen scheint von der Mehrheit des gegenwärtigen Parteivorstandes ebenfalls als Relikt des Stalinismus zu den Akten gelegt worden zu sein.

In allen drei benannten Punkten arbeiten sowohl der Vorsitzende der Partei, das Sekretariat als auch die Mehrheit des Parteivorstandes nach der Devise "Nach uns die Sintflut". Auf dem nächsten Parteitag müssen die inhaltlichen Schwerpunkte für die weitere Tätigkeit beschlossen werden. Aber ebenso müssen dafür die materiellen Voraussetzungen geklärt werden, der effektive Einsatz der finanziellen Mittel und des hauptamtlichen Apparates sowie ein Kaderperspektivprogramm.

Den Genossinnen und Genossen, die das Positionspapier "Den Gegenangriff organisieren" verfasst haben, sei empfohlen entweder es als das zu benennen was es ist - den Versuch einer Programmdiskussion oder es so umzuformulieren - das daraus ein vor allem für die politische Praxis der Realität des Jahres 2010 - zu verwendendes Krisenaktionsprogramm wird.

Offensivgeist ja – aber ohne linkes Überspitzen und plakative Verkürzungen! (Klaus Mausner)

Da ich mich mit einigen kritischen Leserbriefen in der UZ „hervorgetan“ habe, u.a. in Auseinandersetzung mit der EU-Wahlkampflosung „Mensch vor Profit“ und der relativen Hintansetzung des Kampfs gegen Reformismus und Opportunismus im PV-Referat von Leo Mayer, verbunden mit der Empfehlung eines längeren Kandidaturverzichts bei zentralen und regionalen Wahlen, aber eben auch kritisch gegen die Forderung nach einem EU-Austritt, fühle ich mich jetzt verpflichtet, mich ebenfalls kritisch zu diesem Positionspapier zu äußern.

Spätestens mit der Veröffentlichung dieses Positionspapiers wurde die Grundsatzdebatte zum Parteitag eröffnet. Als „Kontrahent“ ist unausgesprochen das ISW und die engere Parteiführung, insbesondere Leo Mayer gemeint.

Wenn diese Debatte genutzt werden kann, um von Pauschalverdächtigungen wegzukommen, aber in sachlich-solidarischer Form möglichst kritisch und präzise unsere Partei-Orientierung weiter zu klären, dann kann sie nur begrüßt werden.

Dabei unterstelle ich persönlich beiden Seiten die besten Motive, um zum schnellstmöglichen Vorankommen unserer Partei und der Klassenkämpfe beizutragen.

Nun bin ich selbst kein Wissenschaftler, also auf Informationen von solchen angewiesen, - aber ich stelle oftmals Differenzen auch zwischen marxistischen Wissenschaftlern fest, sodass nichts anderes übrigbleibt, als mit der gemeinsamen Erfahrung und „kollektiven Weisheit“ der Partei die richtigstmöglichen Entscheidungen zu treffen! Ich will hier mit meinen fast 40-jährigen Parteierfahrungen (und vorher 7 Jahre als SDS-Aktivist) nach bestem Willen beitragen.

Erste Vorbemerkung

Manchmal wundere ich mich schon, wie manche Fragen, die im Laufe der DKP-Entwicklung mehr als ausdiskutiert waren, in neuen Zusammenhängen jetzt wieder auftauchen. Ich kann mir das nur so erklären, dass nicht wenige der Diskutanten die Auseinandersetzung der sechziger bis achtziger Jahre nicht selbst erlebt haben. Das kann man niemand vorwerfen, aber offenbar ist es unvermeidlich, dass jede Generation neu sich Grundsätze und Erfahrungen unserer kommunistischen Strategie aneignen muss.

Zweite Vorbemerkung

Mir gefällt eigentlich das Anliegen der Verfasser, mehr und neuen Offensivgeist in unsere Partei zu bringen. Dieser ermangelte auch nach meiner Einschätzung in manchen Stellungnahmen der Parteiführung in der letzten Zeit und zeigte sich auch in einer etwas unklaren Abgrenzung zur Linkspartei – bei aller notwendigen solidarischen Zusammenarbeit mit dieser. Aber wir brauchen meiner Meinung nach diesen Offensivgeist vor dem Hintergrund deutlicher werdender Klassenwidersprüche, der Offensive des Klassegegners und vor dem Hintergrund der kapitalistischen Krise. Auch der Vorschlag, ein Krisenaktionsprogramm der DKP auszuarbeiten, erscheint mir notwendig und richtig.

Allerdings: Durch markige und oftmals kraftmeierische Sprache und vielfach undifferenzierten und zum Teil undialektischen-unrealistischen Einschätzungen ist es eben auch nicht zu machen!

Aber auch hier scheint mir die Bemerkung Lenins im „Linken Radikalismus“ zu gelten, dass „linke“ Überspitzungen immer auch eine Art Reflex auf Tendenzen des Re-

formismus seien. Inwiefern dies auch auf unsere Partei zutrifft, wäre gesondert zu diskutieren, - aber beide Tendenzen werden deshalb nicht richtig.

Zur Kritik an einzelnen Positionen

1. Ich bin mit den Autoren einig, dass der vom ISW ausgegangene Begriff des „kollektiven Imperialismus“ aus mehreren Gründen untauglich ist (und wohl auch längst zurückgenommen wurde?), - aber im selben Atemzug pauschal die Einschätzung von „transnationalem Kapital“ für erledigt zu erklären, weil sich alle Konzerne von ihren „Heimatabasis-Nationalstaaten“ in der Krise mit Milliardenbeträgen aushalten ließen, erscheint mir doch als zumindest voreilig.

Denn es sind durchaus als Seiten desselben Widerspruchs gleichzeitig „nationale“ wie auch „transnationale“ Züge im selben Konzern zu finden. Selbst wenn die Mehrzahl der Konzerne von der wesentlichen Eigentümerstruktur her ihre „nationale Zugehörigkeit“ inklusive der aggressiven Nutzung ihres jeweiligen Nationalstaats behalten haben, so ist dennoch ihr fortschreitendes transnationales Agieren zu beobachten. Die Diskussion und Klärung dieses widerspruchsreichen Sachverhalts muss anhand der Fakten und nicht polemisch weitergeführt werden. Alle Pauschalisierungen z.B. des ISW stehen einer konstruktiven innerparteilichen Klärung eher im Wege.

Mir scheint allerdings bei der Untersuchung dieses Widerspruchs beim ISW die Seite der Konkurrenz zwischen nationalen Monopolgruppen (und imperialistischen Nationalstaaten) unterschätzt zu werden, während bei den Autoren dieses Papiers die Seite der transnationalen Kooperation und Koordination des Imperialismus unterbelichtet erscheint. Welche Seite dieses Widerspruchs sich mittel- bis längerfristig durchsetzen wird, muss sorgfältig beobachtet und immer wieder neu eingeschätzt werden!

2. Zweitens fällt trotz aller Beteuerungen der internationalen Solidarität die Betonung auf den „nationalen Schwerpunkt“ der notwendigen Kämpfe auf, jeweils „zuerst mit der eigenen Bourgeoisie fertig zu werden – und dabei internationalistische Solidarität zu entwickeln“. So sehr das einerseits einfach goldrichtig bleibt, so sehr wird andererseits

mit fortschreitender internationaler Vernetzung der Konzerne eine internationale Koordination und Vernetzung der Widerstandskämpfe immer wichtiger. Bei einem der erfolgreichsten Kämpfe der letzten Zeit gegen die „Port-Package-Regelung“ wurde dies bildbuchmäßig vordemonstriert.

Dies wird z.B. auch bei Opel, Daimler u.a. in der nächsten Zeit immer wichtiger werden.

3. Dann fällt in diesem Papier auf, dass wir scheinbar im politisch-luftleeren Raum agieren!? Dabei weiß jeder, dass v. a. durch das erfolgreiche Auftreten der Linkspartei incl. Wahlerfolge (trotz aller vorhandenen Widersprüchlichkeit) die politische Landschaft der BRD nachhaltig aufgebrochen wurde. Seit 1953, dem Ausscheiden der KPD und dem späteren KPD-Verbot, gab es im Bundestag keine Partei links von der SPD mehr, erst recht nicht in der jetzt erreichten Dimension von 12%. Bei allen möglichen Inkonsequenzen heißt das zumindest, dass der bei allen anderen Bundestagsparteien vorherrschende Alleinvertretungsanspruch der neoliberalen Ideologie damit in Frage gestellt ist und dass antikapitalistische Ansätze in breiter Front neu diskutabel werden.

Linkes Potential bei „LINKEN“

Das allein wäre schon ein gigantischer Fortschritt, nach der langen Phase einer triumphalistischen Vorherrschaft der Konterrevolution nach 1989 und der langen Total-Defensive aller Linken! Aber darüber hinaus sind viele Mitglieder der Linkspartei in Bewegungen und Kämpfen mittendrin, mit uns und anderen linken Gewerkschaftern oder alternativen Kräften zusammen. In dieser praktischen Aktionseinheit werden weitere Erfahrungen gesammelt und Klassenbewusstsein gemeinsam weiterentwickelt. Bei enger freundschaftlicher Zusammenarbeit - und eben auch solidarischer Kritik an teilweise vorhandenen reformistischen Illusionen und Erscheinungen des Opportunismus (v. a. bei Fragen der Regierungsbeteiligungen), - sind durchaus auch neue Mitstreiter für uns als strategisch weiterdenkende Kraft realistisch.

Der Vergleich der heutigen Linkspartei mit der historischen USPD hinkt sicherlich vom gesellschaftspolitischen Hintergrund

her (damals Krieg und revolutionäre Situation), aber vom Charakter eines Konglomerats von Linksozialdemokraten bis zu Sozialisten und in Teilen sogar Kommunisten gegen eine (zeitweilig?) total auf Systemverteidigung abgerutschten Rechts-Sozialdemokratie gibt es große Ähnlichkeiten. Damals ging die Mehrheit der USPD (mit Clara Zetkin und Ernst Thälmann) schließlich nach Jahren der klärenden Auseinandersetzung mit der KPD zusammen und bildete die „Vereinigte KPD“ (VKPD) (!) – eine Minderheit (mit Kautsky und Bernstein) ging zurück zur SPD!

Die Entwicklung der „LINKEN“ bleibt offen

Dennoch müssen auch ungute Erfahrungen wie z.B. mit der Berliner Linkspartei verarbeitet werden, wo eine weitgehende Anpassung an die SPD und deren neoliberale Politik stattfand, bis zu ausgesprochen gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen! Wohin sich die Linkspartei insgesamt entwickelt, ob sich der sog. „Reformerflügel“ durchsetzt hin zu opportunistischer Einordnung in die „Parteienlandschaft“ Deutschlands mit fast beliebigen Koalitionsmöglichkeiten, ist noch nicht endgültig zu beantworten.

4. Ein weiterer Schwachpunkt (neben im Detail viel Richtigem) ist die Einschätzung gewerkschaftlicher Arbeit. Wird einerseits zurecht die notwendige Mitarbeit in den DGB-Gewerkschaften betont, so kommt an anderer Stelle die grobschlächtige Formulierung vom „Nasenring, an dem die Gewerkschaftsführungen die Arbeiterklasse herumführen“ würden.(S.7)

Bei aller Kompliziertheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung, v. a. der immer noch vorherrschenden „Sozialpartnerschafts-“ bis „Ko-Managements“-Illusionen: Es ist eben nicht nur ein Problem der Führungen (das sicher meistens auch), sondern eben auch der Basis und der mittleren Funktionärssebene, dass äußerst mühsam der Weg von langjähriger Lähmung und Defensive in schrittweise kämpferischere Aktionsorientierung (bis zu politischen Streiks!) gefunden werden muss!

Die Formulierung vom „Nasenring“ ist darüber hinaus nicht nur objektiv falsch, sondern vor dem Hintergrund von RGO-

Erfahrungen (und „Revers“-Erfahrungen) in seiner linksradikalen Überspitzung für unsere gewerkschaftliche Verankerung geradezu gefährlich!! So was kann mal im Eifer an Stammtischen rausrutschen, - in offiziellen Positionen unserer Partei hat das nichts verloren!

Auch hier gilt: Starke Sprüche helfen nicht wirklich weiter! Es gibt keine Alternative zu geduldigem langfristigem und solidarischem Mitarbeiten in betrieblicher Interessenvertretung und Einheitsgewerkschaften, zur damit erreichbaren Verankerung und damit besseren Ausgangslage für kapitalismuskritische und klassenkämpferische Bewusstseinsveränderung.

Die mystische „Klasse“

5. Überhaupt „Die Klasse“! Offenbar sind die Autoren davon überzeugt, dass die fast magisch wirkende Anrufung der Arbeiterklasse als „die Klasse“ die vorliegenden Kompliziertheiten leichter überwindbar machen würden!? Nach meiner Überzeugung helfen solche „magischen Praktiken“ nicht wirklich und können v. a. sorgfältig-differenzierte Analysen nicht ersetzen.

Eine geradezu drollige „Blüte“ ist auf Seite 7 die Formulierung, dass „der Abwehrkampf im Rahmen der Krise das Vorgehen der gesamten Klasse voraussetzt“!! Die „gesamte Klasse“, also wohl die Arbeiterklasse, umfasst in Deutschland je nach Definition 70-80% der Gesamtbevölkerung, inklusive viele komplizierte Differenzierungen bis hin zu lohnabhängigen Mittelschichten und weitverbreitetem kleinbürgerlichem Bewusstsein... Und diese in sich komplizierte Klasse als Gesamtheit „zur Voraussetzung“ von Abwehrkämpfen zu erklären, enthüllt diese Formulierung entweder als inhaltsleere Kraftmeierei, oder würde bedeuten – was sicher nicht gemeint ist – dass Abwehrkämpfe nicht möglich wären, weil die Hürden zu hoch und damit die Voraussetzung für Erfolge nicht zu erreichen wären!??

Die „gesamte (Arbeiter-)Klasse“ in Aktion, für ihre eigenen Interessen, das würde mind. bedeuten, dass die sozialistische Revolution nicht mehr weit entfernt wäre.

Auch hier gilt: Differenziertheit und Dialektik sind für ernstzunehmende kommunistische Positionen unverzichtbar.

Für eine klare Orientierung

Aber voll zu unterstützen ist die kraftvolle Orientierung auf die Arbeiterklasse, auf Interessenvertretung in Kommune und Betrieb, wobei eine Präzisierung auf entscheidende Konzernbetriebe im Produktionsbereich (Kern der Arbeiterklasse) weiterhelfen würde, einschließlich der Frage, wie wir zumindest mittelfristig wieder zu mehr Betriebsgruppen z. B. über den Weg von Betriebsaktiven kommen können.

6. Und überhaupt die Uraltproblematik marxistisch-revolutionärer Strategie vom Verhältnis zwischen Reformen und dem revolutionären Ziel, und die Frage nach Übergangsforderungen und Übergangsphasen vom Kapitalismus zum Sozialismus: Z.B. schürt nach Ansicht der Verfasser „die Forderung nach Verstaatlichung der Banken (unter demokratischer Kontrolle!?) nur Illusionen in die Überparteilichkeit des kapitalistischen Staates“, - und ist daher wohl abzulehnen!?

Das ist schon sehr daneben! Interessanterweise funktioniert der Klasseninstinkt der Bourgeoisie viel besser: Auch wenn sie zeitweise das Eingreifen des Staates z.B. zur Rettung der Banken (extrem bei der HRE) durchaus begrüßt, soll danach schnellstmöglich diese Staatsbeteiligung wieder abgestoßen werden, weil die Bourgeoisie nichts mehr fürchtet, als dass aus einer Teil- oder Vollverstaatlichung weitergehende Forderungen z.B. nach demokratischer Kontrolle mit der Richtung wirklicher Vergesellschaftung des Kapitals abgeleitet werden könnten.

Umgekehrt müsste für uns die Schlussfolgerung lauten: Alle Forderungen, die in die Richtung der Aufhebung der Kapitalalleinherrschaft gehen, sind zu entwickeln und zu unterstützen!

Aber schon immer gilt eben auch die Kompliziertheit: Alle Arten von Reformen, von Mitbestimmung der Betriebsräte bis zur „Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten“ (IGM-Vorschlag) oder eines „Parlaments der Wirtschaftsdemokratie“ (ISW-Überlegung) haben immer einen Doppelcha-

rakter, solange das kapitalistische System als Ganzes noch nicht überwunden werden kann: Gelingt es der Arbeiterbewegung, diese Reformen bzw. Forderungen in einen kämpferischen Zusammenhang zu stellen, dann können sie einen weiterführenden Charakter annehmen; - wenn nicht (oder nicht mehr), dann können sie in einen kapitalistisch-integrativen und illusionsfördernden Charakter umkippen.

Es gibt Zwischenformen

Aber dass der Sozialismus, die politischen Machtergreifung der Arbeiterklasse, nicht in einem Satz „durch härtesten Klassenkampf“ zu erreichen ist, war schon Lenin klar! Er definierte z.B. als Zwischenform 1905 die „revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern“, nach 1945 war die Losung der KPD die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, die DKP entwickelte die programmatische Vorstellung einer „antimonopolistischen Demokratie“ als Übergangsphase vom hochentwickelten Kapitalismus der BRD zum Sozialismus, begleitet außer von „härtestem Klassenkampf der Arbeiterklasse“ von einer weitgefächerten antimonopolistischen Bündnispolitik mit (auch z. T. lohnabhängigen) Mittelschichten und Bauern und Intelligenz. Welche Rolle dabei „transformatorisch wirkende Reformen“ (ISW) spielen könnten, wäre gesondert zu diskutieren. Sie plakativ und pauschal abzulehnen, macht zwar als „radikal-revolutionär“ gemeinter Gestus Eindruck, aber in Wirklichkeit keinen Sinn!!

7. Und als letztes die Frage des (Real-)Sozialismus! Leider ist auch hier die Wirklichkeit komplizierter als den Verfassern und uns allen lieb ist!

Kann ich ihnen vom Ziel her (Seite 8) weitgehend zustimmen, so ist leider die reale Erfahrung nicht mit der Formulierung von Seite 5, dass der „Sozialismus als eine andere Gesellschaftsordnung, die weder Krise noch Krieg gegen unterdrückte Völker kannte“ deckungsgleich.

Bei aller Notwendigkeit, den Realsozialismus mit seinen unstrittigen Errungenschaften zu verteidigen, gilt eben leider andererseits auch: Vor dem Hintergrund von durch den Imperialismus aufgezwungenen Kriegen/ kaltem Krieg/ Rüstungswettlauf

und Blockade-/ Boykottpolitik gelang es dem Realsozialismus in Sowjetunion und DDR u.a. eben auf die Dauer nicht, sich als das ökonomisch überlegene System zu beweisen, mit durchaus krisenhaften Folgen auch im Sozialbereich ..., und letzten Endes dem Verlust an Massenunterstützung und der Macht! Und leider müssen zu den problematischen Erfahrungen des Realsozialismus selbst kriegerische Auseinandersetzungen zwischen der SU und der VR China am Ussuri, zwischen der VR China und der VR Vietnam, zwischen der VR Vietnam und der VR Kambodscha und der tragische Einsatz der Sowjetarmee in Afghanistan hinzugerechnet werden.

Ich kann das hier nicht vertiefen. Klar ist nur, dass eine nachträglich glättende Darstellung oder gar bloße Nostalgie uns nicht weiterhilft, unsere Glaubwürdigkeit bei anderen Linken und Kapitalismus-Kritikern nicht erhöht!

Die Aufarbeitung des Realsozialismus ist nicht abgeschlossen

Auch wenn diese Frage über ein „Krisenaktionsprogramm“ weit hinausgeht: Wenn unsere Partei nicht erneut und wesentlich tiefer als bisher die Kraft zur marxistisch-selbstkritischen Aufarbeitung des Realsozialismus aufbringt (vom Positiven wie vom Negativen), wesentlich weitergehend als der Stand im jetzigen Parteiprogramm, dann überlassen wir diese Kritik dem Klassegegner (der das weidlich und genießerisch tut).

Denn auch hier gilt das Lenin-Wort, dass die Ernsthaftigkeit der kommunistischen Bewegung von der Sorgfalt, Kompromisslosigkeit und Ehrlichkeit im Umgang mit den eigenen Fehlern abhängt – so sehr dies auch wehtun mag!

Erst dann werden wir in der Propagierung eines neuen Anlaufs zu einer besseren sozialistischen Umwälzung, mit einer wirklichen Demokratie im Gegensatz zur bürgerlichen, auch mit Beachtung persönlicher Freiheiten und demokratischer Rechte, effektiveren Entfaltung der Produktivkräfte auf der Grundlage der befreiten Arbeit, einer wahrhaft ökologischen Orientierung und einer Friedensgarantie glaubwürdig und überzeugend auftreten. Vor allem müssten wir bei

einer wirksameren Kontrolle der Macht im Sozialismus vor bürokratischer oder persönlicher Entartung zu tieferen Schlussfolgerungen kommen ...

Also noch viel Arbeit!

In einem „Krisenaktionsprogramm“ sollte aber zumindest die Richtung dieser mittelfristigen Klärungsaufgabe gemeinsam mit anderen Linken und Marxisten (!), angedeutet werden.

8. Schlussbemerkung: Aus diesem Positionspapier spricht viel revolutionäre Ungeduld! So sehr man diese auch emotional verstehen kann, so wenig hilft das wirklich. Nach einer alten Erkenntnis wächst das Gras nicht schneller, wenn man an den Halmen zieht. Im Gegenteil, man reißt es höchstens aus!

Andererseits täte ein bisschen solche revolutionäre Ungeduld auch dem gesamten PV gut! Vor allem zur Schärfung unseres kommunistischen Profils, auch um nicht Gefahr zu laufen, gegenüber der Linkspartei zu verschwinden! Diese Sorge um die Fortexistenz unserer revolutionären Partei ist bei den Autoren des Positionspapiers zu spüren, - und nach meiner Einschätzung auch berechtigt.

Was wäre, was ich nicht hoffe, wenn evtl. eines Tages die Linkspartei keine mehr ist? Wo gehen dann die Enttäuschten hin? Schon jetzt stellt sich diese Problematik z. T. in Berlin, womöglich bald in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt(?), wenn die „Entzauberungsstrategie“ Wowereits/ Platzecks und Co. wirksam wird!? Es ist wie gesagt nicht zu hoffen, aber leider auch nicht ganz auszuschließen.

Aber ich kann den im Positionspapier sich immer wieder durchziehenden linksradikal-sektiererischen Touch nicht billigen. Wenn er sich in unserer Partei durchsetzen würde, wäre es nach meiner Überzeugung von erheblichem Schaden! (Eine sich „marxistisch-leninistisch“ gebende Karikatur auf eine KP namens MLPD gibt es ja schon!!) Ich fordere dementsprechend die Verfasser auf, ihre Positionen selbstkritisch zu überdenken und das Papier zurückzuziehen! Damit wäre auch eindeutig die Gefahr einer Fraktionierung unserer Partei beseitigt, - was andererseits

die Chancen zu offener kritischer, aber sachlicher und solidarischer Debatte auch über Grundsatzfragen begünstigen würde! Dieses Diskussionsklima sollte die Vorbereitung unseres Parteitags prägen.

Andererseits finde ich den Impuls dieses Positionspapiers unterstützenswert, wo es um eine deutlichere kommunistische und Klassenprofilierung unserer Partei geht. In folgenden Punkten sollte auch nach meiner Meinung die Gesamtorientierung unserer Partei überdacht werden:

a) Bei allem unverzichtbaren und dringend notwendigen Weiterentwickeln unserer Aktionseinheits- und Bündnispolitik, um zu mächtigeren Widerstandsaktionen und Bewegungen beizutragen („gesellschaftliche Allianzen“), so dringend ist gleichzeitig z. T. nachzuholen und zu schärfen die Rolle unserer Partei nicht nur als Moderator von Bewegungen! Dies gilt, soweit realistisch vertretbar, auch für unser Auftreten bei Wahlen, denn: „Wer sich selbst vergisst, der wird vergessen!“ Das Kriterium eines „wahlpolitisch zählbaren Raums“ halte ich mind. für fragwürdig, weil wir in den ersten Jahrzehnten der DKP durchaus mit formal-mageren Prozentergebnissen unsere Wahlerfolge v. a. an mehr Bekanntheit und den vergrößerten Möglichkeiten, unsere Argumente und Weltanschauung mehr Menschen nahe zu bringen und durchaus auch somit neue Mitglieder und UZ-Abonnenten gewinnen zu können, gemessen haben.

b) Und kritisches Sichten der meiner Meinung nach überbetonten großen Nähe zur Linkspartei (auch die Frage der Mitarbeit in der „Europäischen Linkspartei“), - so richtig und nötig als Aktionseinheit sie auch weiterhin bleibt!

Das erfordert eine sachlich-objektive Einschätzung der Linkspartei als im Wesentlichen links-reformistische Partei, deren tagesspolitische Ziele oftmals mit unseren weitgehend übereinstimmen und die entsprechend zu unterstützen ist (Aktionseinheit), - die aber bis auf Ausnahmen im Rahmen des Systems Verbesserungen anstrebt. Das macht uns als revolutionäre Partei in keiner Weise überflüssig, sondern erfordert im Ge-

genteil eher die Präzisierung unserer kommunistischen Strategie im Verhältnis von Reformen zum sozialistisch-revolutionären Ziel!

Wenn z.B. die Linke die Losung „Mensch vor Profit“ entwickelt (und damit für sich einen beachtlichen antikapitalistischen Schritt tut, - allerdings mit dieser Losung eben auch klassisch-reformistisch bleibt, denn sie stellt nicht die Profitlogik selbst in Frage, sondern nur den – letzten Endes illusionären – Vorrang“ Mensch vor Profit“), dann sollten wir meiner Meinung nach ohne alle Lehrmeisteri Überlegungen in Richtung einer weitergehenden antikapitalistischen Losung anstellen: z.B. „Politik für Mensch und Natur – Profitsystem überwinden!“ und in die Diskussion einführen.

Sicherlich befinden wir uns auch weiterhin welthistorisch in einer Defensivsituation. Aber nach der alten Devise „Angriff ist die beste Verteidigung“ müssen immer wieder neue Ansatzpunkte für offensives Vorgehen gesucht werden, auch um Teilerfolge zu erkämpfen, zu begeistern und neue Kräfte einzubeziehen und zu mobilisieren! Vor allem die Eigentumsfrage und die grundsätzliche sozialistische Alternative müssen auch in allen Tageskämpfen präsent bleiben (Engels!) und nicht nur als „Duft der Rose“.

Deshalb wäre eine pauschale Zurückweisung oder gar Verurteilung des Positionspapiers mit dem Verweis auf „Sektierertum“ und unser Parteiprogramm nach meiner Überzeugung nicht angemessen und ausreichend, sondern eher schädlich. Man muss sich in „Marxens und Lenins Namen“ immer wieder die Mühe machen, das Sektiererische im Einzelnen nachzuweisen und dazu überzeugend zu argumentieren (vielleicht besser als ich es hier kann), sonst treibt man u. U. wertvolle GenossInnen aus unserer Partei hinaus.

Ohne eine offene und sorgfältig-differenzierende Debatte nach beiden Seiten, ohne zum Reformismus oder zum Linkssektierertum abzudriften, ist nach meinem Eindruck auf die Dauer die Existenz unserer Partei gefährdet!

Den Gegenangriff organisieren! – Aber wie? (Werner Seppmann)

I. „Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren“, das sind große Worte. Die in dem Positionspapier mit diesem Titel angeführten Gründe, warum das nötig ist, sind ja (fast) alle unmittelbar einsichtig. Was jedoch weitgehend fehlt, ist die Benennung relevanter Punkte, weshalb es zu keinem nennenswerten Widerstand der Krisenopfer kommt. Eine Thematisierung dieser Gründe ist jedoch unverzichtbar bei der Beschäftigung mit den Perspektiven der Gegenwehr.

Es ist zwar nicht zu übersehen, dass der Kapitalismus – und zwar schon vor der Krise – weitgehend seinen Kredit verloren hat. Dass er auch nur die drängendsten Probleme zu lösen in der Lage ist, traut ihm eine Mehrheit nicht mehr zu. Für das Alltagsbewusstsein ist dadurch jedoch ein großes Loch, eine Verstärkung der sowieso schon herrschenden Orientierungs- und Ratlosigkeit entstanden, denn nachvollziehbare Alternativen fehlen. Durch stramme Parolen alleine (die natürlich, wenn sie treffend und griffig sind, eine unverzichtbare Rolle in Politisierungs- und Radikalisierungsprozessen spielen), ist dieses Defizit nicht zu beseitigen.

II. Solche alltagspraktisch nachvollziehbaren Alternativen können nicht aus den Hut gezaubert werden, zumal es Gründe für ihre Abwesenheit gibt. Das weitgehende Fehlen alternativer Vorstellungswelten ist Ausdruck einer allgemeinen Krise der Linken, die durch die aktuellen Katastrophenentwicklungen nun wieder erneut sichtbar geworden ist.

Es gibt keine Propheten

Es wäre nicht sonderlich klug, den Eindruck zu erwecken, dass irgendjemand wüsste, wie es konkret und erfolgversprechend weitergehen könnte. Wir befinden uns immer noch in einem Orientierungsprozeß.

Die Demonstration falscher Gewissheiten könnte sich deshalb schnell als kontraproduktiv erweisen,

„denn keiner hat sichere Rezepte in der Tasche, jeder Entwurf ist vorläufig.“ (Hans Heinz Holz)

III. Grundlage jeder erfolgversprechenden Orientierung kann nur die Einsicht sein, dass die Krise zunächst einmal dem Kapital in die Arme arbeitet, weil Angst und Irritationen bei den Lohnabhängigen vorherrschen und der bürgerliche Block immer noch über mobilisierende Ressourcen verfügt. Obwohl die Meinung verbreitet ist, dass der Neoliberalismus durch die Krise abgewirtschaftet hat, ist es durch die massiven Einschüchterungseffekte dem Kapital möglich, die ausbeutungszentrierten Ziele weiter zu verfolgen. Wie auch bei vorhergehenden Krisen wird strukturellen Korrekturen und einem erhöhten Lohn- und Leistungsdruck auf die Arbeiterklasse die Kapitalprofitabilität für die Zukunft gesichert.

Gegenkonzepte können nicht ignorieren, dass der Kapitalismus gerade durch seine krisenhafte Reproduktionsform, durch die systematische Verunsicherung und Demütigung der Menschen Anpassung erzwingt und Unterwerfungsbereitschaft erzeugt.

Der Kapitalismus beherrscht die Köpfe

Das eigentliche Drama der Lebenspraxis im Neoliberalismus (mit weitreichenden politischen Konsequenzen) besteht darin, dass der allergrößte Teil psychischer und intellektueller Energie auf die Existenzsicherung konzentriert werden muss. Dadurch schwindet die Fähigkeit, über den Tellerrand hinaus zu blicken, Alternativen überhaupt noch erfassen zu können. Die Fähigkeit zum perspektivischen Denken zerfällt und gegenwärtige Zustände erscheinen als unüberwindbar: Die Probleme werden verdrängt, weil gerade die akut Bedrohten gar nicht wissen wollen,

wie schlecht es um ihre Interessen und Zukunftsaussichten bestellt ist. Darin liegt eine wesentliche Ursache, weshalb linke Konzepte gerade in der Krise, nicht den Zuspruch finden, der ja eigentlich zu erwarten wäre.

Dass reale, strukturell verankerte Fremdbestimmung durch Akte der Selbstaufgabe, letztlich auch durch Unterwerfung komplettiert werden, ist kein festgefügtter Zustand, aber er muss ernst genommen, bei der Suche nach Konzepten der Gegenwehr in Rechnung gestellt werden.

IV. Faktisch ist es ja so, dass viele Betroffene hoffen, doch noch einmal davon zu kommen. Diese Haltung (die sich schnell als Illusion erweisen könnte), wird durch die Maßnahmen des herrschenden Blocks genährt: Abwrackprämie und Kurzarbeitergeld sind die Surrogate mit denen das Kapital (ob kurz- oder langfristig wird sich zeigen) Zustimmung zu seinen „Krisenbewältigungsstrategien“ zu mobilisieren in der Lage ist. Aufgrund herrschender Verunsicherung und Verängstigung ist es nicht mehr nötig, den Eindruck zu erwecken, dass den Arbeitern das „Himmelreich nahegebracht“ (Friedrich Engels) wird. Es reicht mittlerweile schon das vage Versprechen, sie von der Hölle der Randständigkeit und Arbeitslosigkeit zu bewahren.

Was geboten wird, sind ja auch nicht nur Surrogate: Sie bedienen tatsächlich auch Interessen der Lohnabhängigen. Es wäre sträflich diesen unmittelbaren Erwartungshorizont der Kolleginnen und Kollegen zu ignorieren, beispielsweise, dass sie durch das Kurzarbeitergeld (vorläufig) vor Arbeitslosigkeit geschützt bleiben! Das schließt natürlich eine kritische Haltung zu dieser Art staatlichen Interventionismus trotzdem nicht aus.

Problemangemessene strategische Überlegungen müssen zunächst einmal die Spaltungen innerhalb der Lohnabhängigen thematisieren und nachdrücklich die Frage stellen, wie sie überwunden werden können. Sonst bleibt jede Aussage zur radikalen Reaktion auf die Krise plakativ. Es muss ernsthaft darüber diskutiert werden, wie der Widerspruch zwischen den differenzierten Interessenwahrnehmungen und dem Bewusstsein eines gemeinsamen Klasseninteresses verringert werden kann.

V. In den meisten Diskussionen fehlt ein wichtiger Punkt zum Verständnis des Gegenwartskapitalismus. Unabhängig von der gegenwärtigen Krise, resultiert aus seiner Organisationsform

a) eine Vergrößerung des „sozialen Bodensatzes“, also jener Menschen, die aufgrund der Rationalisierungsstrategien und der Produktivitätssteigerungen für die Mehrwerterzeugung nicht mehr gebraucht werden und

b) eine zunehmende gesellschaftliche Verarmungstendenz, weil immer mehr Ressourcen zur Aufrechterhaltung der Reproduktionsfähigkeit des Kapitalismus aufgewandt werden müssen (Beseitigung der ökologischen Schäden und sozialen Defekte, konkurrenzbedingter ökonomischer Verschleiß etc.).

In diesem elementaren Sinne sind wir mit einer Struktur- und keiner Konjunkturkrise konfrontiert.

Die Kämpfe werden härter

Die sozialen Kämpfe werden durch die Reduktion des verteilungsfähigen Reichtums zwangsläufig härter.

VI. Trotz ihrer zunächst einschüchternden Wirkung und der Gefahr einer Zunahme irrationalistischer Orientierungen und autoritärer Unterwerfungsbereitschaft bietet die Krise, bei einem realistischen Verständnis der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, dennoch die Chance, die Widerstandsfähigkeit zu stärken. Angesicht der gegenwärtigen Schwäche der antikapitalistischen Kräfte, kann das zunächst nur im gewerkschaftlichen Rahmen geschehen. Dazu müssten es jedoch diese Klassenorganisationen zunächst wieder lernen, die sozialen Auseinandersetzungen mit einer Intensität zu führen, die den Problemen angemessen ist - und wie es das Kapital immer getan hat. Nur dann kann es gelingen, die gegenwärtige Defensivposition zu überwinden. Mit reiner Interessenvertretung und bloßen Abwicklungsstrategien wird das nicht gelingen. Der Kampf muss politisch werden, in seinen Orientierungen, so wie das Kapital es macht, aufs „Ganze“ gehen und die gesellschaftlichen Strukturierungs- und Organisationsprinzipien thematisieren.

Die Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, die sagen, das ist illusionär, die Belegschaften seien zu passiv, können zweifellos viele Erfahrungen anführen. Aus der gegebenen Defensive lassen sich erfolgreiche Kämpfe nur sehr schwer führen. Um so wichtiger ist es, wenn günstige Konstellationen existieren, die Gelegenheit beim Schopfe zu fassen!

Der politische Streik

Meist entstehen sie unerwartet, deshalb gilt es auf solche erfolgversprechenden Aktionsbedingungen (beispielsweise, wenn die Kämpfe in einer bestimmten Branche von allgemeinem Interesse für alle Lohnabhängigen sind, weil die erkämpften Sicherungsstandards ausgehebelt werden sollen und eine „allgemeine“ Wut sich schon aufgestaut hat) vorbereitet zu sein. Existieren sie, ist das naheliegende Mobilisierungsmittel der politische Streik, wie das Positionspapier richtig hervorhebt.

VII. Der politische Streik (und das dazu vermittelte politische Mandat der Gewerkschaften) ist wahrscheinlich die einzige Möglichkeit, aus der Defensive zu kommen. Er muss nachdrücklicher, als es bisher geschehen ist, Interessenvertretung mit dem politischen Kampf verbunden werden.

Natürlich kann ein politischer Streik nicht blind vom Zaun gebrochen werden, jedoch die Bereitschaft ihn in Betracht zu ziehen (und sei es nur in der Form massenhafter „Warnstreiks“), muss vorhanden sein, um den Allmachtsansprüchen des Kapitals etwas entgegenzusetzen zu können und der schleichenden Aushöhlung gewerkschaftlicher Handlungsmacht zu begegnen.

Solch günstige Voraussetzungen gab es in der BRD beim Tarifikampf um die Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst vor einigen Jahren. In diesem Konflikt handelte der Staat stellvertretend für das Kapital, um neue Standards zu setzen und auch, um die Gewerkschaften demontieren zu können, indem Tarifverträge gekündigt wurden, um die Arbeitszeiten zu verlängern. Das Kalkül ging auf: Die Niederlage war vorprogrammiert, weil es zu den gemeinsamen Aktionen, zumindest eines Teils der DGB-Gewerkschaften, die als Abwehrmaßnahmen

notwendig gewesen wären, nicht gekommen ist.

VIII. Die in dem Positionspapier formulierten und geforderten Dinge, sind ja eigentlich in unserer Partei eine Selbstverständlichkeit. Vor allem denke ich, dass das in dem Papier gezeichnete Kapitalismusbild (auch wenn seine Konturen etwas schwach sind) konsensfähig ist. Immerhin: Wir sind in der BRD die einzig nennenswerte Partei, die einen kompromisslosen Anti-Kapitalismus vertritt. Berechtig aber ist die Frage, ob das in der politischen Praxis, den Stellungnahmen und den Selbstdarstellungsformen unverwechselbar „hindurchscheint“ und zum Ausdruck gebracht wird.

Bündnispolitik ohne Selbstverleugnung

Es kann durchaus der Eindruck entstehen, dass ein Gleichgewicht zwischen einer bündnisfähigen Haltung zur Linkspartei (was sicherlich keine leichte Aufgabe ist), bei gleichzeitiger unmissverständlichen Betonung unserer gesellschaftsverändernden Positionen nicht immer klar zum Ausdruck kommt. Sollen Frustrationen und Enttäuschungen vermieden werden, darf Bündnispolitik noch nicht einmal im Ansatz in den Verdacht einer Selbstverleugnung der eigenen Positionen geraten.

Aber als die Kehrseite der Medaille gilt auch, dass die formulierten Ansprüche in politische Konzepte umgesetzt werden müssen. Da bleibt das Positionspapier vieles schuldig.

IX. Unverzichtbar ist ein Bündel überzeugender Übergangsforderungen. Mit der Thematisierung der Arbeitszeitfrage weist das Positionspapier in die richtige Richtung. Daran muss weiter gearbeitet werden, zumal hierbei auch auf „vergessene“ Forderungen der Gewerkschaften Bezug genommen werden kann: „35 Stunden sind genug!“ Es gibt keinen Grund, angesichts der sich auftürmenden Beschäftigungsprobleme diese Forderung nicht zu aktualisieren, zu propagieren und zu begründen, dass 30 Stunden genug sind!

Aber die Orientierungen müssen weit darüber hinaus gehen. In dieser Frage ist es möglich, von den aktuellen Problemen ausgehend, den Horizont konkreter Utopie, die

Notwendigkeit einer sozialistischen Übergangsgesellschaft zu thematisieren.

X. Wir müssen auch unseren bescheidenen Beitrag zu der Diskussion leisten, wie die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse, ja innerhalb der einzelnen Betriebe überwunden werden kann. Es muss z. B. heraus gearbeitet werden, dass es auch ein innergewerkschaftlicher Skandal ist, wenn im Einflussbereich der IG-Chemie an den Maschinen eines Betriebes die Kollegen zwischen 4,50 (Leiharbeiter) und 17,50 (Festangestellter) pro Stunde verdienen. Oder wenn von einer besonders pervertierten Form „flexibler“ Verfügung über die Arbeitskraft aus einer Betriebsstätte der Bayer AG berichtet wird, in der einem Teil der Leiharbeiter, die nur bei einem tatsächlichen Arbeitseinsatz bezahlt werden, zugemutet wird, jeden Tag bis eine Viertelstunde nach Schichtbeginn zu warten, um eventuell einzuspringen, oder unverrichteter Dinge wieder heimzufahren, wenn kein Bedarf nach ihrer Arbeitskraft besteht.

Keine Schonung für falsche Gewerkschaftspolitik

Es muss skandalisiert werden, dass eine der großen bundesrepublikanischen Gewerkschaften es zulässt, dass auf diese Weise das Arbeits- und Tarifrecht unterlaufen wird und ein Teil der Belegschaft besonders demütigenden Bedingungen unterworfen ist. Aus keiner temporären Defensivposition lässt sich dieses Maß an sozialer Gleichgültigkeit (und letztlich Komplizenschaft mit dem Kapital) entschuldigen.

Dass es anders geht und möglich ist, (und davon wäre zu lernen!) beweist tagtäglich die International Transport Workers Federation, die einen internationalen Tarifvertrag für Schiffsbesatzungen, die unter Billigflaggen fahren, durchgesetzt hat. Ihre Machtbasis hat sie bei den Hafentarifbestimmungen in vielen wichtigen Häfen, die sich weigern, Schiffe zu löschen, deren Redereien nicht die Tarifverträge einhalten, bzw. sich weigern, überhaupt welche abzuschließen. Die Strategie der Reeder, ihre Schiffe in exotischen Ländern ohne Schutzbestimmungen für die Seeleute zu registrieren, wird damit erfolgreich unterlaufen. Es ist absehbar, dass bald die Hälfte aller international verkehrenden

Schiffe den Tarifbestimmungen unterworfen sind.

Die Hafentarbeiter, deren Kampfbereitschaft der Dreh- und Angelpunkt der gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit ist, treten auch für ihre ureigensten Interessen ein. Das System funktioniert nicht aufgrund abstrakter Solidaritätsapelle, sondern weil zentraler Bestandteil der durchgesetzten Tarifverträge das Verbot ist, die Besatzungen für Löscharbeiten einzusetzen. Die Schauerleute schützen damit ihre eigenen Arbeitsplätze, sichern sich vor dem Import von Niedriglohnbeschäftigten. Mit Nachdruck wäre zu überlegen, wie dieses Modell in die Realität der Industriebetriebe übersetzt werden kann.

Und die Chancen stehen ja auch gar nicht so schlecht, denn gerade bei konkreten Situationen, wo die Leiharbeiter sich immer öfter aus hinausgedrängten ehemaligen Beschäftigten rekrutieren, ließe sich, ein entsprechender Wille voraus gesetzt, verdeutlichen, dass die Vertretung der Interessen der besonders Schwachen im Interesse aller Lohnabhängigen liegt, weil sie sich jederzeit in diesen Zonen der Demütigung und Entrechtung wiederfinden können.

XI. Nun jedoch zum letzten und vielleicht wichtigsten Punkt. Unsere politischen Aktivitäten sind an der unrealistischen Vorstellung orientiert, dass wir immer noch eine „Massenpartei“ wären. Auch das Positionspapier strahlt eine solche Selbsteinschätzung aus. In den 70er und frühen 80er Jahren hatte eine solche Positionierung sicherlich ihre Berechtigung, jetzt jedoch ist sie die Quelle von Fehlentscheidungen und vermeidbaren Erfahrungen des Scheiterns.

Die DKP ist keine Massenpartei

Es ist sicherlich ein ehrenwerter Wunsch, dass (wie es im Positionspapier heißt) „die DKP dazu beitragen muss, den Abwehrkampf zu organisieren“. Aber was können wir in der Regel tatsächlich leisten? Nichts von den konkreten Aktionen und Kämpfen der Genossinnen und Genossen soll gering geschätzt, in seiner Bedeutung relativiert werden. Doch ergibt sich in der Summe daraus ein geschlossenes, überzeugendes und zukunftsfähiges Konzept, dass dem Anspruch

einer kommunistischen Partei genügen kann?

Wirklich etwas in den Klassenauseinandersetzungen „organisieren“ können wir doch nur in Ausnahmefällen. Verbaler Radikalismus wirkt in dieser Situation nur, wie das Pfeifen im Walde. Was wir jedoch zu leisten in der Lage sind, ist Orientierungen zu vermitteln, also im Sinne des „Kommunistischen Manifests“ der „entschiedenste, immer weiter treibende Teil“ der Arbeiterbewegung zu sein. Dann wird es – in günstigen Situationen – auch möglich sein Prozesse voranzutreiben. Die radikalisierten Ziele und Forderungen habe jedoch nur dann eine politische Wirkung, wenn sie zur eigenen Sache der Kolleginnen und Kollegen werden, also von ihnen aufgegriffen werden. Nur dann kann sich eine Perspektive vom Ende des Kapitalismus entwickeln, wenn durchsetzungsfähige Bevölkerungsteile ihre eigenen Interessen erkennen und gesellschaftsverändernd aktiv werden.

XII. Bei einer schonungslosen Analyse unserer Situation, kommen wir um die Erkenntnis nicht herum, dass „wir als kommunistische Partei ... für die KollegInnen – bis auf wenige Ausnahmen – nicht wahrnehmbar [sind] Insofern haben es die Menschen schwer, marxistische und antikapitalistische Positionen zu gewinnen.“ (Heinz Stehr)

Brauchen wir eine Kaderpartei?

Daraus sollten konzeptionelle Schlüsse gezogen werden. Wir müssen ernsthaft darüber diskutieren, ob eine modifizierte Form der Kaderpartei in der jetzigen Situation nicht das Richtige wäre.

Es sollte uns zu denken geben, dass mit einer solchen Konzeption die Troztkisten, jedoch auch die „Gruppe Arbeiterpolitik“ gegenwärtig wohl mehr aktive Mitglieder zu mobilisieren in der Lage sind, als unsere, von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründete Partei.



Ich will mehr Infos über die DKP

Name/Vorname

Straße

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: **DKP-Parteivorstand • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Homepage: www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de**

Abwehrkämpfe führen, Sozialismus propagieren! (Björn Blach)

Als Unterzeichner des Papiers möchte ich zu den bisherigen Beiträgen Stellung nehmen. Ich freue mich über die rege Beteiligung an diesem Diskussionsforum und hoffe, dass dies auch das Auftreten der Partei nach außen beflügeln wird.

Klaus Köhler und Walter Herbst haben z.B. in ihrem Beitrag zentrale Punkte herausgearbeitet.

Damit besteht die Chance, die Diskussion so zu führen, dass wir in wichtigen Punkten zu Übereinstimmungen gelangen.

1. Krisenaktionsprogramm oder neues Programm

In vielen Beiträgen im Forum wird kritisiert, was alles nicht im Papier steht. Es fehle eine Einschätzung des Bewusstseins der Klasse, zur Frage der Übergänge und zur Einschätzung der DKP und ihres Verhältnisses zu anderen Organisationen. Es ging mir bei der Unterzeichnung des Papiers darum, in die Diskussion um ein Krisenaktionsprogramm der Partei zu kommen.

Deshalb müssen zwangsläufig einige Punkte fehlen. Einschätzungen zu diesen Punkten finden sich im aktuellen Programm. Dass man da einiges diskutieren kann und muss um es an der Wirklichkeit zu überprüfen steht außer Frage, es ging aber darum nicht. Das war aber nie die Hauptintention des Papiers. Zu unterstellen die Unterzeichner würden die Bewusstseinslage nicht einschätzen oder deren aktuellen Zustand einfach übergehen, wie Frank Dähler es macht, ist wenig zielführend. Ich stimme mit Frank in seiner schlaglichtartigen Analyse des Bewusstseins überein.

Die Frage stellt sich doch aber, welche Aufgabe ergeben sich für die DKP um Bewusstsein zu entwickeln, was sollen und wollen wir in die Köpfe bringen. Ich bin überzeugt, dass es in der momentanen Kri-

sensituation wichtig ist, über den Sozialismus zu reden und ihn zu diskutieren. Um einen Gegenangriff zu starten, ist es notwendig dies vermehrt zu tun, also auch in den Öffentlichkeitsmaterialien. Wenn Materialien des PV den Begriff nicht mehr enthalten, wie in der ersten Erklärung halte ich dies für falsch. Im Gegenteil bin ich der Meinung, das muss verstärkt passieren sein und es reicht nicht wie im aktuellen Material „DKP Info“ am Ende nur kurz darüber zu schreiben.

Zum Stil des Papiers ist auch einiges eingewandt worden. Ein Aktionsprogramm ist m. E. ein Agitationsmaterial, das sich an die Öffentlichkeit wendet. Von daher muss sich sein Stil auch dementsprechend ausrichten. Dabei bleibt es aber dabei, dass der Inhalt die Form bestimmt. Ob der Stil nun allen gefällt ist deshalb eine zweitrangige Frage. Notwendig ist aber einen Stil zu finden, der auch Siegesgewissheit ausdrückt. Der Pathos der jungen Sowjetliteratur, der auch maßgeblich die KPD in ihren erfolgreichsten Jahren geprägt hat, mag nicht jedem gefallen. Er war aber Ausdruck von einem enormen Selbstbewusstsein der Arbeiterbewegung, welches wir verloren haben und es gilt, dieses zurück zu gewinnen, auch über eine neue Sprache.

2. Transnationales Kapital oder transnational agierende Konzerne

Ein zentraler Kritikpunkt, der am Papier vorgebracht wird, ist die Feststellung, dass die Theorie des transnationalen Kapitals gescheitert ist. Das heißt natürlich nicht, dass die Existenz von Konzernen, die auf der ganzen Welt nach Profiten jagen, eben transnational agierende Konzerne, geleugnet wird. Im Gegenteil gibt es wohl kaum ein Monopol, welches nicht mindestens in großen Teilen der Welt aktiv ist. Gescheitert ist aber die Annahme, dass es ein transnationales Kapital gäbe. Als erstes bleibt festzuhalten, dass diese Theorie meines Wissens nirgendwo zu-

sammenhängend dargelegt ist. Die Fragmente, die sich ja auch im Parteiprogramm finden lassen, gehen davon aus:

1. Die internationale Verflechtung hat eine neue Qualität angenommen.
2. Dies führt zu einer Verschiebung im Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz der Tanks,
3. Daraus folgt die Verschiebung der politischen Entscheidungen auf übernationale Strukturen.
4. Strategisch muss die DKP deshalb mehr auf internationale Kämpfe setzen.

Diese Theorie halte ich für grundfalsch, da sie meines Wissens bis jetzt noch nicht dargelegt hat wie sich das Kapitalverhältnis entwickelt habe. Eher habe ich den Eindruck, dass diese Erkenntnis unterbelichtet bleibt. Es wird kaum darauf geachtet, dass es sich beim Kapital um ein gesellschaftliches Verhältnis handelt. Konkret hat Lenin untersucht, wie sich der Grundwiderspruch des Kapitalismus im Monopolkapitalismus entwickelt hat.

Dies bleiben die Theoretiker des transnationalen Kapitals bis jetzt schuldig. Wie unterscheidet sich beispielsweise transnationales Kapital von normalen Monopolkapital? Wie sieht es nun in der aktuellen Krise aus? Wo wird die Politik für die Monopole gemacht?

Die Treffen der G8 oder auch G20 in den letzten Monaten haben kaum Ergebnisse gebracht. Die Bundesregierung schwadroniert weiter von der Notwendigkeit die angloamerikanischen Heuschrecken und Banken eingrenzen zu müssen, während aus den anderen Ländern Deutschland aufgefordert wird, seine exportorientierte Politik aufzugeben und endlich den Binnenmarkt zu stärken.

Das hat wenig Gemeinsames, sondern da versucht jeder auf Kosten des anderen zu gewinnen. Auch auf EU Ebene hat die Bundesregierung gemeinsames Krisenmanagement verhindert. IWF, Weltbank und WTO sind in den Medien im Vergleich zu den Jahren vorher fast verschwunden. In der Krise besinnen sich die Monopole offensichtlich auf ihre Nationalstaaten, sie nutzen sie um aus der Krise gestärkt hervor zu gehen, wie es ihre Politiker in Deutschland formuliert haben. Weiterhin aufschlussreich sind die

Untersuchungen von Beate Landefeld, die nachweist, dass sich die Machtverhältnisse, d.h. die entscheidenden Mehrheiten in den Eigentumsverhältnissen bei den größten deutschen Konzernen, in den Jahren nach 1945 nicht signifikant verändert hat. Alles das führt mich dazu die Theorie eines transnationalen Kapitals als gescheitert anzusehen.

Wir brauchen keine neuen Begriffserfindungen, sondern müssen weiterhin die Verhältnisse im Monopolkapitalismus untersuchen, bei dem die Tendenz der Konkurrenz die Entscheidende gegenüber der Tendenz der Kooperation ist.

3. Wo also kämpfen?

Im Beitrag von Bernd Bücking wird es auf den Punkt gebracht: „Wobei der aktuelle „Hauptfeind“, die Transnationalen Konzerne, schon längst eine multinationale Eigentümerschaft repräsentieren.“ Die Schlussfolgerung daraus lautet „Globalisierung“ des Klassenkampfes. Das hieße, sich nicht von den Konzernen spalten zu lassen. Auch hier wird etwas altes als Neu verkauft. Da man Monopole jetzt TNKS nennt, muss man auf einmal den Klassenkampf international führen. Wie das geht steht aber auch nicht drin. Natürlich gibt die verkürzte Formulierung im Antrag Grund zur Kritik.

Aber den Klassenkampf im jeweiligen Land zu führen und sich eben international und solidarisch zu verhalten, indem man sich abspricht um gegen die Ausspielung des Kapitals vorzugehen und nicht in Standortlogik zu verfallen, wird in Berndts Beitrag umgedeutet. Hier wird versucht, dem Antrag einen Strick zu drehen und ist eher eine Unterstellung. Wie ist es denn beim Paradebeispiel PortPackage gelaufen? In jedem Land wurde organisiert, mobilisiert und gestreikt. Man hatte sich eben abgesprochen. Neu ist das nicht. Im Gegenteil.

Dort wo national kein Bewusstsein vorhanden ist zu kämpfen und gekämpft wird, kann auch nicht das Bewusstsein entstehen, dass wir auch international als Klasse die gleichen Interessen haben. Also: Wenn es keine Aktionen in den einzelnen Ländern gibt, gibt es auch nichts zu „globalisieren“. Und nichts anderes meint die Formulierung im Antrag. Die Anbetung des globalisierten

Klassenkampfes hingegen birgt die Gefahr, nationale Kämpfe unterzubewerten und eben Reformen auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben, wenn eben ohne diese Kämpfe nichts mehr möglich sein soll.

4. Abwehr und Angriff

„Ohne real erscheinende Alternativen wird kein gesellschaftlich wirksamer Widerstand entstehen und ohne Widerstand bleiben alle progressiven Reformvorstellungen reine Illusion.“ (Programm der DKP)

In vielen Beiträgen wird vorgeworfen, das Papier würde die Dialektik von Abwehrkämpfen und Herankommen an den Sozialismus nicht verstehen. Hans-Peter Brenner stellt die Frage: „Ist „Offensive“ also eigentlich nichts anderes als „Abwehr“ plus vermehrtes Reden über Sozialismus?“

Ja und Nein: Die DKP muss in die Aktion kommen und dabei die Sozialismus Propaganda verstärken. Was dabei m. E. aber wichtig ist, weg zu kommen von dem bunten Blumenstrauß der Eingriffsmöglichkeiten, die natürlich auf Angriffen des Gegners beruhen. Es muss darum gehen, die Kräfte an strategischen Punkten zu sammeln und dort die Angriffe zu führen. Dafür gibt es im Papier Vorschläge von denen ich den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung für zentral halte.

Hier müssen die Abwehrkämpfe geführt werden und hier muss die Diskussion für den Gegenangriff losgehen. Die auch in gewerkschaftlichen Bereichen diskutierte Forderung hier wieder wirkliche Reformforderungen zu kommen muss von uns KommunistInnen in den Vordergrund gestellt werden. Jetzt in der Krise neue Kampffelder aufzumachen und die Forderung nach Bankenentmachtung oder Wirtschaftsdemokratie zu stellen, orientiert die Klasse falsch.

Erstens wird der Propaganda, dass die Krise nur eine Angelegenheit von gierigen Bankern sei, indirekt beigepflichtet. Zweitens wird die ja leider schwache Kampfkraft nicht auf ein klassenmäßiges Auftreten orientiert, wie etwa bei der Arbeitszeitverkürzung, sondern es birgt im schlimmsten Falle die Gefahr, die Illusion von gutem (schaffendem) und schlechtem (raffendem) Kapital zu schüren. Zumindest einige Begrifflichkeiten der Standortlogik haben sich auch in die offizielle Sprache der DKP eingeschlichen:

„In dieser Situation hilft nur branchenübergreifender Protest als Antwort auf soziale Grausamkeiten. Und es ist notwendig, Alternativen zu entwickeln, die Standorte und Arbeitsplätze sichern können.“ (Heinz Stehr an die KollegInnen von Quelle)

Deshalb denke ich, brauchen wir keine neuen Kampffelder, sondern müssen unsere Aktivitäten in den strategischen Bereichen verstärken und dabei über den Sozialismus reden.

Das angebliche „Rufen von Sozialismus“ kann es nicht sein, weil es darum geht in den Klassenkämpfen eine Position zu erarbeiten, die uns ermöglicht Zuhörer zu finden. Damit ändern sich dann auch letztendlich die Kräfteverhältnisse.

5. Sozialismus und antimonopolistische Demokratie

In der momentanen Etappe des Klassenkampfes befinden wir uns in der Defensive. Wir müssen über die punktuellen Gegenangriffe versuchen den Gegner zu stoppen und in diesem Prozess wieder die Offensive zu erlangen.

Die Punkte dafür werden oben genannt. Erst wenn uns dies gelingt werden wir über die nächsten Schritte, eben auch z.B. Verstaatlichung von Banken diskutieren können. Diesen Gegenangriff zu organisieren und gleichzeitig für die grundlegende Überwindung dieses Systems zu werben ist ureigenste Aufgabe von uns KommunistInnen. Und wir müssen beide Aufgaben am besten bewältigen, da wir mit dem Marxismus die Weltanschauung an der Hand haben, die uns den Weg weist.

Natürlich tun wir dies in Bündnissen mit anderen Organisationen und Parteien und aber auch mit anderen Klassen und Schichten. Die KommunistInnen sind aber dazu verdammt, wollen sie KommunistInnen bleiben, eben die einzig konsequente, weil auf die Systemüberwindung hinarbeitende Kraft, zu sein.

Sowohl im Kampf um Reformen als auch in der Revolution. Dass wir andere Kräfte dabei als inkonsequent beurteilen, heißt ja nicht, dass wir nichts mehr mit ihnen zu tun haben wollen. Das Gegenteil muss der Fall sein. Nun also die Frage der Übergänge. Sie wird im Papier nicht behandelt. Ich finde

dies richtig, da wir erstens in einer anderen Etappe sind, zweitens es nicht Aufgabe eines Aktionsprogramms sein kann. Trotzdem möchte ich meine Meinung zum Thema kundtun. Es ist unzweifelhaft, dass es einen Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus geben wird.

Die Frage, die für mich nicht entschieden und im Moment auch nicht zu klären ist, wie eigenständig sie sein wird. Historisch mussten die Bolschewiki diese Frage nach guten 6 Monaten klären, die DDR hatte etwas länger Zeit und in Venezuela dauert diese Periode nun schon ca. 10 Jahre.

Daraus für ein imperialistisches Hauptland in vollkommen anderen Kräfteverhältnissen jetzt abzuleiten, diese Etappe wird sich entwickeln wie in den 70ern unter den Bedingungen einer Systemkonfrontation mit starker Arbeiterklasse, halte ich für fragwürdig. Und einfach aus der Niederlage und den

ungleich schlechteren Kräfteverhältnissen eine noch größere Notwendigkeit einer eigenständigen Etappe zu postulieren, wie Willi Gerns es tut, überzeugt mich nicht. Es geht also nicht darum diese strategische Orientierung einfach über den Haufen zu werfen. Ich halte es für notwendig sie zu überprüfen, es steht aber nicht auf der Tagesordnung. Heute gilt es, Kräfte an den strategischen Punkten zu sammeln und aus der Verteidigung in den Gegenangriff zu kommen.

Dafür brauchen wir auch die Diskussion um den politischen Streik als Kampfmittel. Und wenn wir diese Kämpfe nicht verbinden mit einer verstärkten Propaganda für den Sozialismus und seine historischen Leistungen, um die fortgeschrittensten Teile der Klasse für unseren Kampf zu gewinnen, dann werden wir niemanden für die Stärkung der kommunistischen Partei in Deutschland gewinnen.

✂

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



Diese Zeit braucht **UNSERE ZEIT!**

kostenlos

Jetzt 10 Wochen testen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Sozial is'mus(s) (Dieter Keller)

Nur ein Wortspiel, nur eine Forderung unserer Partei oder mehr? Es ist mehr. Darin zeigt sich die Spannweite und die Verknüpfung des Kampfes um tagespolitische, um soziale Interessen mit unseren Zukunftsvorstellung dem Sozialismus. Um als kommunistische Partei überhaupt erfolgreich sein zu können und sich nicht von der Arbeiterklasse zu isolieren, ist diese Verknüpfung notwendig. Es war Lenins Aufforderung an die Bolschewiki, sich jeder auch noch so kleinen Alltagsnot der Menschen anzunehmen. Den deutschen Kommunisten schrieb er ins „Stammbuch“, dass die Arbeiter den Kommunisten nicht folgen werden im Kampf um den Sozialismus, wenn diese es nicht verstünden, den täglichen Kampf der Arbeiter im Betrieb zu organisieren. Bertolt Brecht hat das im „Lob des Revolutionärs“ den Kampf ums Teewasser genannt.

„Er organisiert seinen Kampf um den Lohn Groschen, um das Teewasser. Und um die Macht im Staat. Er fragt das Eigentum: Woher kommst du? Er fragt die Ansichten: Wem nützt ihr?“

Dies als Vorbemerkung zum vorliegenden Papier.

Wertvolle Gedanken

Ich halte es für gut, dass sich Genossinnen und Genossen Gedanken machen um die weitere Entwicklung der Partei und diese zu Papier bringen. Vieles davon halte ich für richtig. Dazu will ich nicht argumentieren. Der Titel ist gut gewählt. Wer von uns Kommunistinnen und Kommunisten will nicht die sich mehrheitlich in der Resignation befindende Klasse aus ihrer Resignation herausführen. Wer von uns will nicht „Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren!“ Und wer von uns Kommunistinnen und Kommunisten möchte nicht heraus aus der seit Jahren anhaltenden Stagnation unserer Partei. Doch gibt dazu das Papier die richtige Antwort? Ich habe da erhebliche Zweifel. Ei-

nige Kernaussagen halte ich für einengend, falsch und unserer gemeinsamen Sache nicht dienlich. An vier Gründen möchte ich das festmachen. Sie stehen nicht isoliert sondern in einem gewissen Zusammenhang.

Fehlende Verknüpfungen

Erstens: Es fehlt die Verknüpfung von tagespolitischen Forderungen mit der Propagierung unseres Zieles dem Sozialismus. Das wird zwar eingangs kurz erwähnt, dann beginnen aber sofort die Verengungen und die Trennung vom langfristigen Kampf für eine Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt über eine antimonopolistische Demokratie zur Öffnung des Weges zum Sozialismus. Da dieser Weg oder Zusammenhang von Übergangsformen ausgeblendet und durch teilweisen Wortradikalismus ersetzt wird entsteht der sicherlich ungewollte Eindruck, wir stünden kurz vor einer revolutionären Situation. Schön wär's. Dem ist aber nicht so. Unterstrichen wird dieser Eindruck durch die Formulierung:

„Der Abwehrkampf im Rahmen der Krise setzt das Vorgehen der gesamten Klasse und die Notwendigkeit neuer Kampfformen voraus.“

Die gesamte Klasse, in einheitlicher Aktion, für ihre eigenen Interessen und neuen Kampfformen. Schön wär's. Es gab zwar in diesem Jahr einige hoffnungsvolle Aktionen. Die UZ berichtete ausführlich darüber. Viele von uns und unsere Partei waren dabei. Aber die gesamte Klasse in einheitlicher Aktion für ihre gemeinsamen Interessen? Davon sind wir aber meilenweit entfernt.

Was die Menschen derzeit auf die Straße treibt ist nicht der Kampf um eine sozialistische Gesellschaft sondern das Gegenteil: Es ist der verzweifelte Versuch, den Status quo zu erhalten. Sie befindet sich im günstigsten Falle in Abwehrkämpfen. Dies in der Regel nicht in der gemeinsamen Aktion oder vernetzt, sondern eher nach Standortinteressen.

Zugespitzt nach dem Motto: Jeder stirbt für sich alleine. Es ist Aufgabe unserer Partei daran anknüpfend, die Arbeiterklasse und insbesondere die Gewerkschaften für den gemeinsamen Kampf sowie die hart gebeutelte Mehrheit der Bevölkerung für weitergehende Forderungen zu überzeugen und dafür selbst aktiv zu werden. Dies im Betrieb und auf der Straße. Die Utopie besser gesagt die Wissenschaft vom Sozialismus haben wir Kommunisten. Aber hat sie „die Arbeiterklasse“? Nein! Die Utopie/Wissenschaft alleine genügt auch nicht. Notwendig ist neben anderen wichtigen Faktoren eine starke und schlagkräftige kommunistische Partei die dies erkämpfen will. Haben wir diese? Den Willen dazu haben wir. Auch jene die diesem Papier kritisch gegenüber stehen. Aber haben wir gegenwärtig die Kraft und die Stärke dazu? Nein! Selbstüberschätzung hilft uns da nicht weiter.

Um Kraft und Stärke zu erreichen braucht es in jeder Situation eine kluge, eine taktisch strategische, eine sozialistisch, revolutionäre Politik. Es ist ein Kampf mit Zwischenschritten mit Übergangsformen. Dass bei einer solchen Herausforderung und Kompliziertheit dem Parteivorstand und der gesamten Partei Fehler unterlaufen, es Mängel in unserer Politik und deren Umsetzung gibt, ist für mich unbestritten. Doch mit unserem beschlossenen Parteiprogramm können wir wirkungsvoller und besser „den Gegenangriff organisieren“ und die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren als mit dem vorliegenden Papier. Dabei ist überhaupt nichts einzuwenden gegen treffende Losungen die bestimmte Fragen zuspitzen oder in Kämpfen entstehen. Da dürfen wir alle gemeinsam, nicht nur der PV, durchaus einfallsreicher werden. Da gibt es im Papier durchaus positive Ansätze.

Klassenkampf! Aber wie?

Zweitens: Richtig ist die Losung und Erkenntnis: „Was macht den Bossen Dampf? Klassenkampf!“ Diese Losung habe ich selbst schon oft bei Arbeitskämpfen gerufen und auch schon getragen. Auch durch die siebenmalige Betonung des Klassenkampfes auf einer halben Seite wird er nicht richtiger oder wichtiger. Entscheidend ist nicht, wie oft das schreiben, sondern entscheidend ist wie es gelingt den überwie-

genden Teil, von der Notwendigkeit des Klassenkampfes zu überzeugen und für diesen Kampf zu gewinnen. Diese Antwort bleiben die Autoren schuldig. Ich mache ihnen daraus auch keinen Vorwurf. Es ist und bleibt ein komplizierter Vorgang. Für mich könnte ein wichtiger Punkt, um aus der Verteidigung zum Gegenangriff zu gelangen eine neue Kampagne für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich sein. Dies erfordert aber nicht nur die Forderung aufstellen, sondern sie in den Gewerkschaften zu problematisieren damit sie dort auf die Tagesordnung kommt. Außer Frage stehen für mich auch die Forderungen und der Kampf um die Umsetzung des politischen Streiks.

Doch mit der Formulierung es sei notwendig „dass auch wir erklären: Es herrscht Klassenkampf ... wird der völlig falsche Eindruck erweckt, wir würden das nicht tun. Ich frage mich, was sollen solche Unterstellungen? Bereits auf Seite 1 steht in unserem Parteiprogramm.

„Der Klassengegensatz ist schärfer, der Klassenkampf härter geworden.“

Auf Seite 2 dann die Feststellung:

„Das kapitalistische Profitprinzip ist zu einer Gefahr für den Fortbestand der menschlichen Zivilisation geworden.“

Es folgt von Karl Marx aus dem Kapital, dass die kapitalistische Produktion

„die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“

Dann wird weiter festgestellt:

„Gegen diese vom Imperialismus ausgehenden Bedrohungen formiert sich Widerstand.“

Es werden die Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten in diesen Widerstandsbewegungen umrissen, die dafür wirken, „dass der Widerstand und die Abwehrkämpfe in eine gemeinsame Offensive für die Interessen und Bedürfnisse all jener münden können, die vom Monopolkapital ausgebeutet und unterdrückt werden. Eine andere Gesellschaft ist notwendig und möglich.

Nur der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen beseitigt letztendlich die Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung, Krieg, Verelendung und Zerstörung unserer natürlichen Umwelt.“

Das ist sicherlich kein Wortradikalismus, aber eine revolutionäre Strategie und Taktik die auch durch die größte kapitalistische Krise der Nachkriegszeit ihre Richtigkeit nicht verloren hat. Dass die Arbeiterklasse dabei eine strategische Bedeutung hat ist in der DKP unbestritten. Warum wird denn der Eindruck erweckt das sei nicht so. Es gibt dazu im Programm einen ganzen Abschnitt: Arbeiterklasse – entscheidende gesellschaftliche Kraft. Am Schluss dieses Abschnitts heißt es dann: „Das Zusammengehen der Klasse mit ganzer Kraft zu unterstützen, das Einigende in den Vordergrund zu rücken, gemeinsame Aktionen zu fördern und zur Entwicklung des Klassenbewusstseins beizutragen – das ist Aufgabe und Grundsatz der DKP.“

An den Gewerkschaften führt kein Weg vorbei

Unbestritten und auch im Programm nachzulesen ist die Feststellung im Papier, um den notwendigen Klassenkampf aufzunehmen braucht die Arbeiterklasse eine kämpferische Gewerkschaft. Sozialpartnerschaftliche Illusionen und Lohnverzicht zur vermeintlichen „Standortsicherung“ schwächen die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterbewegung. „Ja wir kämpfen gegen das Kapital und für Gegenmachtpositionen der Gewerkschaften“. Als Kommunist, von Jugend an bis zum heutigen Tage noch aktiver Gewerkschafter (bin Vorsitzender des DGB Ortsverbandes Fellbach) habe ich das immer getan und kenne das auch nicht anders von meiner Partei. Dabei gab es insbesondere bei der KPD auch sektiererische Positionen und Verengungen, die schädlich waren für die Arbeiterbewegung und für unsere Partei. Diese wurden bewusst genutzt um uns in den Gewerkschaften nicht nur zu isolieren sondern uns auch von wichtigen Funktionen zu entfernen. Immer war dies verbunden mit großen Rückschlägen unseres Einflusses in Betrieb und Gewerkschaften.

Aus dieser Sorge heraus frage ich mich allen Ernstes. Wie soll es uns gelingen „die Arbeiterklasse“ zu gewinnen wenn wir ihr zum Vorwurf machen dass sie „sich nicht mehr von den Gewerkschaftsführungen am Nasenring herumführen lassen.“ Da genügt nicht die Formulierung, dass sie an der Nase her-

umgeführt werden. Nein, damit es besonders martialisch klingt muss das noch am „Nasenring“ geschehen. So weit mir bekannt werden am „Nasenring“ Zuchtbullen herumgeführt um sie zu bändigen. Hört also auf mit solchen Formulierungen. Sie sind nicht hilfreich. Sie schaden.

Das wird der Arbeiterklasse nicht gerecht. Sie ist keine dumpfe Masse, sondern in sich sehr differenziert. Vieles in ihr ist in Bewegung, in Veränderung. Da gibt es lähmendes und kreativ kämpferisches. Diese Differenziertheit gilt es zu beachten. Falsche Zuspitzungen oder Beschimpfungen bringen uns nicht weiter. Was uns weiter bringt ist die konsequente inhaltliche Auseinandersetzung mit hemmenden und falschen Positionen in Betrieben und Gewerkschaften. Das erfordert eine geduldige revolutionäre Überzeugungsarbeit und keinen Scheinradikalismus. Mir geht es um die Überwindung von Widersprüchen und Inkonsistenzen in der gewerkschaftlichen Politik, um die Herstellung ihrer Glaubwürdigkeit, Kampfkraft, Autonomie und konsequente Gegenmacht.

Völlige Fehleinschätzung der eigenen Möglichkeiten

Drittens: Geradezu selbstherrlich halte ich die Feststellung:

„Das erfordert von den Kommunistinnen und Kommunisten, Illusionen in den Kapitalismus nicht zuzulassen.“

Da liegen nun Anspruch und Wirklichkeit gleich millionenfach auseinander. Da sollen 5 000 Kommunistinnen und Kommunisten mit ihren begrenzten Möglichkeiten, die darüber hinaus kaum noch in Betrieben organisiert sind, keine Illusionen zulassen bei 42 Millionen Beschäftigten. Das soll mir mal eine/einer sagen wie das möglich ist. Selbstverständlich haben Kommunistinnen und Kommunisten die Aufgabe Illusionen in den Köpfen der arbeitenden Menschen zu zerstreuen, über die Verbrechen des Kapitalismus aufzuklären und diese zu bekämpfen. Aber hier und heute Illusionen nicht zuzulassen, bei unserer Erkenntnis dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt? Auch hier halte ich es mit unserem Parteiprogramm. Dort ist zu lesen: Kommunistinnen und Kommunisten leisten theoretische und praktische Beiträge dazu, die Klassen-

orientierung der Gewerkschaftspolitik zu stärken, dafür antikapitalistische Positionen zu entwickeln und das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft in ihnen als notwendig und möglich zu propagieren. Das aber ist doch etwas ganz anderes als wir dürfen „Illusionen in den Kapitalismus nicht zulassen.“ Gleichzeitig zeigt dies den Prozesscharakter unserer Arbeit und Aufgaben in der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften.

Einseitige Ausrichtung

Viertens: Aus einer notwendigen Orientierung unserer Partei auf die Arbeiterklasse, die in Übereinstimmung steht mit unserem Parteiprogramm sehe ich neben dem bereits geschriebenen zwei weitere entscheidende Schwächen.

Das sind eine völlige Negierung der Bündnispolitik unserer Partei und bei einigen Fragen das Warten bis wir den Sozialismus errungen haben. Dann werden wir alles lösen. Das allerdings würde dann auch unser Parteiprogramm außer Kraft setzen. Wir können im Kampf gegen den Kapitalismus und gegen das Finanzkapital nicht auf aktuelle Forderungen verzichten. Auch wenn sie einen „Doppelcharakter“ haben. Beim Lesen des Abschnitts Vergesellschaftung der Banken habe ich mich gefragt ob ich den Aufkleber der DKP von Baden Württemberg:

*Unser Ziel bleibt sozialistisch, weil der Kapitalismus
Mist ist!
Enteignet Banken und Finanzkonzerne
Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle
nach Artikel 14 und 15 des Grundgesetz!*

weiter kleben darf oder ob ich damit warten muss, bis die Vergesellschaftung des Bankensektors im Sozialismus verwirklicht ist. Ich habe mich entschieden weiter zu kleben. Das nur nebenbei. Viel entscheidender ist: Auch dieser Abschnitt zeigt die Missachtung der Dialektik des tagespolitischen Kampfes mit unserem sozialistischen Endziel.

Schlussbemerkung

Ich habe erhebliche Zweifel, dass uns der vorliegende Entwurf für ein Krisenaktionsprogramm der DKP in die Offensive bringt. Ich befürchte dass wir uns aus den erwähnten Gründen eher in der Arbeiterklasse und Gewerkschaften isolieren. Das will sicherlich niemand in unserer Partei. Ich unterstelle den Unterzeichnern, die sicherlich aus den unterschiedlichsten Gründen, Motiven, Ungeduld, Unzufriedenheit und teilweise auch Verärgerung das Papier unterzeichneten, dass es ihnen wie mir um mehr Einfluss in der Arbeiterklasse und um den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Partei geht.

Ein Krisenaktionsprogramm der DKP kann dazu hilfreich sein. Viele Forderungen und Formulierungen im Papier sind das sicherlich. Wenn aber ein neues Papier, dann auf der Grundlage des Parteiprogramms. Nicht als eventueller Versuch einer politischen Korrektur oder Neuauflage einer Programmdiskussion.

Das Positionspapier tut gar nicht weh. Allerdings hilft es auch nicht weiter (Leander Sukov)

Das Positionspapier „Den Gegenangriff organisieren“ kann jeder Kommunist getrost unterschreiben. Es tut gar nicht weh. Allerdings hilft es auch nicht weiter. Denn das Papier ist deshalb jederzeit unterschreibbar, weil es sich auf eine eigentümliche Art im Nichts bewegt. Es ist eine Aneinanderreihung von Maximal- und Minimalforderungen im gegenwärtigen Gesellschaftszustand.

All das, was dort steht, ist Allgemeingut; jedenfalls weitgehend. Man mag sich über die Frage der Transnationalität streiten. Man kann es aber auch lassen. Letztlich ändert das Ergebnis eines Streits ja nichts am Papier, wenn das bleibt, wie es ist. Mir liegt das wesentlichste Lorient-Zitat auf der Zunge, wenn es um dieses Papier geht: „Ach“. Mehr ist eigentlich nicht zu sagen. Es handelt sich um ein umfängliches Flugblatt. Allerdings ist es für die Außendarstellung wegen der verwendeten Sprache nicht zu gebrauchen.

Das hätte so nicht sein müssen. Denn vor der Organisation eines Angriffs, insbesondere eines Gegenangriffs sollte man sich um die eigenen Truppen kümmern. Wenn man weder weiß, mit wie viel Kraft man zurückschlagen kann und auch nicht, wo man damit am Besten beginnt, versandet der Angriff. Wenn man Pech hat, verblutet er. Nichts davon findet sich in dem Papier.

Ganz ohne Frage befindet sich die Arbeiterklasse in einer angegriffenen Situation. Übrigens in jedem Sinne des Wortes „angegriffen“. Sie leidet nicht unter einer leichten fiebrigen Erkältung, sondern unter schwerer Blutarmut. So wie es ihr geht, geht es auch uns. Wir sind ein Teil dieser Klasse und wir geben kein gutes Bild ab. Die Haut ist fleckig, die Stirn schweißbedeckt und die Haare fallen aus. Ich habe sogar schon eine Glatze. Da wir im Familienkrankenzimmer bettlägerig in keiner Heine'schen, sondern einer Marx'schen Matrazengruft liegen, sollten wir über-

legen, wie wir wieder zu Kräften kommen. Tun wir das? Vielleicht. Aber vielleicht auch nicht so, wie es nötig wäre. Statt ein dialektisches Aktionsprogramm zu diskutieren, welches uns nach Einschätzung unserer noch verbliebenen Stärken helfen würde, das Siechenlager zu verlassen UND für ein paar ordentliche, warme Kampfgerichte zu sorgen, rufen wir ständig aus den Kissen, jetzt solle aber mal schön gegen die Krankheit angekämpft werden. Da kommt einem doch in den Sinn, dass die Forderung nach kollektiven Gebeten auch nicht mehr weit sein kann.

Während also die Bazillen der kapitalistischen Krise angegriffen (das wäre der andere Sinn von „angegriffen“), tun wir so, als ob lautes Rufen und evtl. vermehrte Verbaldiarrhö, eine Veränderung bringen würde. Das wird, Genossen und Genossinnen, nichts werden.

Wir brauchen also, was diese Sache angeht, ein paar grundlegende Informationen. Wir haben sie nicht. Wir müssen sie uns folglich beschaffen: Wo sind welche GenossInnen aktiv? Wie ist der reale Altersdurchschnitt. Über wie viele Sympathisanten verfügen wir wo? Wie können wir in den Bereichen punkten, die nicht Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sind? Wie schaffen wir es z.B. den Jugendbereich zu stärken? Wie gewinnen wir an den Universitäten wieder mehr Einfluss? Was haben wir bei Kunst und Kultur zu melden? Warum ich die Punkte erwähne, die nicht „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ betreffen? Weil wir offenbar einen Überblick über die gewerkschaftlich und betrieblich Aktiven haben, der uns anderswo fehlt.

Aber Anderswo ist kein unwichtiger Ort. Wenn wir zu einer wahrnehmbaren Kraft werden wollen, also zu etwas, was die DKP war, müssen wir auch wissen, welche Hebel wir haben.

Die Arbeit des Parteivorstandes ist dabei von großer Wichtigkeit. Arbeitet er schlecht, schlingert er inhaltlich, weiß er organisatorisch über die Potentiale der Partei nicht Bescheid, so schadet er. Hat er in der Vergangenheit geschadet? Ich glaube schon. Das liegt auch, ich wiederhole mich da, am Aufbau der Partei. Ich glaube übrigens nicht, dass man die Sache personalisieren kann. Ich glaube auch nicht, dass durch das Auswechseln des Vorstandes etwas erreicht werden kann. Aber man sollte diskutieren, ob wir einen Vorstand mit Vorsitzendem und Sekretariat wirklich brauchen. Wo ist die historische Notwendigkeit dafür. Wäre es angesichts der jetzigen Situation nicht sinnvoller eine Art von Sprecherrat zu wählen und den erweiterten Parteivorstand als Delegiertenkonferenz? Was hindert uns daran, Abschied zu nehmen von Strukturen, die offensichtlich nicht voranbringen, die also eine Form bilden, die nicht mehr um den Inhalt passt? Ich

bin übrigens dafür, Heinz Stehr in einem solchen Sprecherrat zu haben. Nicht nur für seine Verdienste um den Zusammenhalt der Partei, sondern auch deshalb, weil seine Positionen bislang die der Mehrheit sind und er in der Lage wäre, auch weiterhin eine Klammerfunktion zu erfüllen.

Wenn man also das „Gegenangriffspapier“ entwickeln kann, wenn die Lage der Organisation und die kybernetisch notwendigen Prozesse zu ihrer Verbesserung einfließen und sich zudem die Positionen aus dem Allgemeinen ins Konkrete bewegen, hielte ich es für einen sinnvollen Kampfplan. So aber, in der vorliegenden Form ist es nichts, als ein Sammelsurium von Allgemeinplätzen, die zwar, weil man ja etwas will, ein gutes Gefühl vermitteln, aber keinen Deut voranbringen. Auch der schönste Besinnungsaufsatz nützt nichts, wenn als Gesamtbeurteilung nichts bleibt als „Sie haben sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten stets bemüht“.

Ich fürchte, das Papier tut doch weh (Jane Zahn)

Wenn Leander meint, das Positionspapier tut gar nicht weh, könnte ich ihm fast zustimmen:

Eigentlich ist das meiste in diesem Papier bereits mal gesagt und geschrieben worden, neues bringt es nicht.

Aber ich frage mich, wie die Unterzeichner anfangen wollen, den Gegenangriff zu führen, wenn sie erst einmal potentielle Bündnispartner angreifen?

Dieter Keller hat richtig darauf hingewiesen, dass das Bild der von „der Gewerkschaftsführung am Nasenring gezerzten“ Arbeitern nicht gerade bündnisfähig ist.

Ich fürchte, das Papier tut doch weh. Statt verbalradikaler Attacken brauchten wir den Mut, sich in der Öffentlichkeit und in Bündnissen mit unseren Positionen zu stellen.

Und zwar mit unserem Parteiprogramm. Und nicht mit Selbstüberschätzung.



Ich will mehr Infos über die DKP

Name/Vorname

Straße

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: **DKP-Partei Vorstand • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Homepage: www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de**

Namensverzeichnis

- Bahlo, Sebastian, 15*
Baur, Marion, 15
Beese, Jürgen, 15
Beltz, Erika, 15
Beltz, Michael, 15
Berger, Louis, 29
Bernhardt, Markus, 15
Bernstein, Karl, 66
Berrios, Mario, 15
Bigus, Achim, 15
Blach, Björn, 15, 75
Bratanovic, Daniel, 15
Brecht, Bertolt, 79
Brenner, Hans-Peter, 16, 24, 27, 33, 34, 36, 77
Bücking, Bernd, 53, 76
Buffet, Warren, 13, 33
Carlens, Sebastian, 15
Dähler, Frank, 41, 75
Dimitroff, Georgi, 17, 18, 32, 33, 35
Dittmar, Fritz, 15
Dölzer, Hans, 15
Dunkhase, Helmut, 15
Dussman, Anke, 15
Engels, Friedrich, 5, 19, 29, 44, 46
Erler, Tunia, 52
Feldmann, Manfred, 15
Feldmann, Werner, 15
Feuerstein, Dieter, 15
Fichte, Gottlieb, 32
Galwas, Marc, 15
Garbers, Wolfgang, 15
Gerns, Willi, 36, 59, 78
Glaser-Baur, Hermann, 15
Graubner, Pablo, 15
Grotehusman, Ulrike, 15
Grüß, Michael, 15
Guevara, Che, 55
Hammer, Heinz, 15
Händler, Andreas, 61
Harms, Olaf, 15
Hartle, Andreas, 15
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 32
Hentschel, Christoph, 15
Herbster, Walter, 43, 75
Herrmann, Wolfgang, 15, 21, 60
Holz, Hans Heinz, 15, 70
Hör, Matthias, 15
Hüllinghorst, Andreas, 15
Humburg, Heide, 15
Jost, Ludwig, 15
Kant, Immanuel, 32
Kautsky, Karl, 66
Keller, Dieter, 79, 85
Kelley-Wischnewetzky, Florence, 46
Keynes, John Maynard, 55
Klein, Günther, 15
Knecht, Thomas, 15
Knoben, Hans-Joachim, 15
Knoche, Mirko, 55
Köbele, Patrik, 15, 28
Köhler, Klaus, 43, 75
Köhler-Terz, Toni, 15
Koppey, Axel, 15
Koschmieder, Dietmar, 15
Kramer, Matthias, 61
Kriegeskorte, Manfred, 15
Krüger, Detlef, 15
Landefeld, Beate, 76
Latzo, Anton, 15
Lenin, 17, 19, 22, 25, 29, 36, 40, 76
Liebknecht, Karl, 20, 74
Lloyd, Jürgen, 31
Lochmann, Simon, 15
Lorenzen, Stefan, 15
Lühr, Thomas, 15
Luxemburg, Rosa, 25, 46, 74
M., Thomas, 56
Maercks, Michael, 1
Magel, Johannes, 15
Mammitzsch, Siw, 15
Markowski, Jutta, 15
Marx, Karl, 8, 22, 24, 29, 32, 44, 54
Marx, Stefan, 15
Mausner, Klaus, 64
Mayer, Leo, 22, 32, 62, 64
Merkel, Angela, 55
Metzroth, Volker, 47
Meyers, Mathias, 15
Müller, Brigitte, 15
Müller, Wolfgang, 15
Müller-Weathersby, Bernd, 30, 40
Münchow, Herbert, 24, 40
Münder, Renate, 15
Nagelsmann, David, 15
Natke, Stefan, 15
Nebel, Uwe, 15
Niemann, Tobias, 15
Niknafs, Ghassem, 15
Paulus, Udo, 57
Perschewski, Rainer, 15
Petri, Dietmar, 15
Petz, Sabine, 15
Pflüger, Jörg, 15
Platzeck, Matthias, 68
Priemer, Rolf, 60
Raussendorff, Klaus von, 15
Reschke, Christian, 1
Richter, Ilja, 51
Richter, Wera, 15
Richter, Wolfgang, 15
Rosenberger, Gerd-Rolf, 15, 25
Schmidt, Ansgar, 15
Schmidt, Nadja, 15
Schmidt, Roland, 15
Seppmann, Werner, 70
Stehr, Heinz, 21, 22, 31, 33, 34, 61, 62, 74, 77
Steigerwald, Robert, 26, 28, 34, 40, 59
Sukov, Leander, 20, 83
Szalkiewicz, Hans-Günther, 15
Tacke, Jan, 15
Thaler, Gregor, 15
Thälmann, Ernst, 66
Trauth, Carli, 49
Vogt, Ursula, 15
Wegner, Christel, 6
Weißmann, Klaus, 87
Wendt, Holger, 15
Willmitzer, Peter, 15
Wirth, Kurt, 59
Wolf, Thomas, 15
Wowereit, Klaus, 68
Zahn, Jane, 85
Zeise, Lucas, 18
Zetkin, Clara, 66

Impressum

Die „Debatte“ fasst in unregelmäßigen Zeitabständen die Diskussionen auf der von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) betriebenen Plattform www.kommunisten.de zusammen. Sie wird online zum kostenlosen Download angeboten und unterliegt der creative commons Lizenz. D.h. Inhalte daraus dürfen in nichtkommerziellen Medien unter Nennung der Quelle www.kommunisten.de sowie des vollständigen Autorennamens aufgenommen werden, sofern diese Medien unter gleichen Lizenzbedingungen veröffentlicht werden.

Die Beiträge der einzelnen Autoren sind Diskussionsbeiträge. Sie geben nicht unbedingt die Meinung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), eines ihrer Gremien oder der Redaktion wieder. Verantwortlich für die einzelnen Beiträge sind allein die Autoren. Zwischenüberschriften sind in der Regel von der Redaktion hinzugefügt.

Redaktion: Michael Maercks, Christian Reschke.

Titelphoto: Sergio Alvarez.

V.i.S.d.P.: Klaus Weißmann, Bundesgeschäftsführer, DKP-Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen